Donnerstag, 18. August 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 191 - 33.W. - Preis 1,20 DM - H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 S. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Dollar gibt nach: Die amerikanische Währung hat im internationalen Devisenhandel weiter nachgegeben. In Frankfurt verlor der Dollar bei der Mittelkurs-Feststellung fast drei Pfennig: 2,6473 Mark (2,6772 am Vortag), obwohl die Bundesbank beim „Fixing" nicht eingriff. Als Gründe führte der Handel sowohl technische Faktoren als auch die Erwartung von Zinssenkungen in den USA an.

Geringere Neuverschuldung: Bundesfinanzminister Stoltenberg erwartet aufgrund höherer Steuereinnahmen als projiziert eine geringere Neuverschuldung als im Haushaltsplan vorgesehen. Sie könne „deutlich" unter 40 Milliarden liegen.

Planwirtschaft bleibt: Die sowjetische Führung wird bei ihren Wirtschaftsexperimenten vorsichtig vorgehen, erklärt Planungschef Baibakow. Keinesfalls solle die zentral gelenkte Wirtschaft abgeschafft werden.

Interessen wahren: „Nicht jede Einigung" von USA und UdSSR bei den Genfer Verhandlungen über Begrenzung der Mittelstrecken-Rüstung ist für die Union akzeptabel. Fraktionschef Dregger: Solange bei den Sowjets die SS 20 bleibe, sei bei uns die Pershing 2 „nicht verzichtbar".

Mutterschaftsgeld: Der Sozialausschuß des Bundesrats lehnt den Antrag Bayerns ab, mit dem die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen des Mutterschaftsgeldes verhindert werden sollten. Von der Konferenz der Länder-Finanzminister heute wird ein entsprechender Beschluß erwartet.

Bedauern wegen Barbie: Die US-Regierung hat sich bei Frankreich dafür entschuldigt, daß der frühere Gestapo-Chef von Lyon, Barbie, nach dem Krieg von US-Geheimdienstleuten geschützt worden ist. Frankreich hat die Erklärung begrüßt.

Honecker in Polen: Der SED-Chef bekräftigt in einem Trinkspruch die Unterstützung der „DDR" für die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981.

Flugzeuge nach Tschad: Nach einem Bericht von „Le Monde" beordert Frankreich jetzt auch Kampfflugzeuge nach Tschad. Die französischen Truppen sind vor die Verteidigungslinien der tschadischen Einheiten gelegt worden.

Shamir gegen Konferenz: Israels Außenminister lehnt den Vorschlag des rumänischen Staatschefs Ceausescu ab, in einer internationalen Nahost-Konferenz auch mit der UdSSR und der PLO zu verhandeln.

Heute: Länder-Finanzminister tagen in Bonn. – NRW-Ministerpräsident Rau reist nach China. – Empfang von US-Senatoren durch Parteichef Andropow in Moskau erwartet.

ZITAT DES TAGES



„Ganz abgesehen von historisch-moralischen Gesichtspunkten würde eine Lieferung des Waffensystems Leopard-2 an Saudi-Arabien Gefahren für Israel bringen."

Israels Botschafter Yitzhak Ben-Ari in einem WELT-Interview (Seite 4).
FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

EG: Die Bundesregierung wird die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Importrestriktionen für Fleisch und Getreidesubstitute sowie die Fettsteuer ablehnen.

USA: Boom erkennbar durch Juli-Anstieg der Industrieproduktion (1,8 Prozent) sowie anhaltende Erholung im Wohnungsbau.

Lehrstellen: DIHT ruft zu Zusammenarbeit auf, etwa in Form von Ausbildungsverträgen durch mehrere Betriebe, wenn einer allein keinen Lehrling ausbilden kann.

Erdgas: Im Oktober neue Verbilligung erwartet nach Preisrückgang bis zu 7,1 Prozent 1982.

Wertheim: Anders als die Mutterfirma Hertie schon 1982 wieder Gewinn (drei Millionen DM).

GTZ: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit hat 1982 mit Neuaufträgen von 1,4 Milliarden DM ein Prozent Plus erzielt.

BASF: Im ersten Halbjahr 358 Millionen DM Gewinn, 40,4 Prozent über Vorjahresniveau.

Wella: Von Herbst an werden Aktien für 27 Millionen DM an der Börse angeboten.

Ruhrkohle: 29,8 Millionen Tonnen Steinkohle 1983 gefördert, 28,1 Millionen Tonnen abgesetzt.

Badische Stahlwerke: Klage gegen Bonn wegen „wettbewerbswidriger" Unterstützung für Arbed Saarstahl.

Börse: An den Aktienmärkten kam es durchweg zu Kursrückgängen, die als technisch bedingt bezeichnet wurden. Der Rentenmarkt blieb weiter freundlich. WELT-Aktienindex 140,8 (141,4). Der Dollarkurs ging um drei Pfennige auf 2,6473 (2,6772) Mark zurück. Goldpreis pro Feinunze 422,50 (420,50) Dollar.

KULTUR

Türkei: „Milliyet", die führende liberale Zeitung, wurde von den Militärbehörden verboten.

„DDR": Die ersten Bände einer „Selbständigen deutschen Nationalgeschichte" aus SED-Sicht in zwölf Bänden werden in diesem Jahr in Ost-Berlin erscheinen.

Stern-Affäre: Der Hoffmann-und-Campe-Lektor Röhring ist wegen des Streits um Erich Kubys Buch zurückgetreten.

SPORT

Motorsport: BMW zieht sich aus der Formel 2 zurück. Das Münchner Werk hofft so, noch mehr Formel-1-Wagen mit seinen Turbo-Motoren ausrüsten zu können.

Segeln: Der schon 48 Jahre alte Hamburger Uwe von Below ist die Überraschung bei der WM der Starboote vor Los Angeles. Nach zwei Wettfahrten ist er Zweiter.

AUS ALLER WELT

Dürre: In verschiedenen Städten Brasiliens haben hungernde Dürre-Opfer Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte gestürmt.

Digital-TV: Sony hat nach eigenen Angaben ein digitales Fernseh-Empfangssystem entwickelt, mit dem bessere Bilder billiger erreicht werden können.

Wetter: Heiter, zeitweise wolkig, weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen bis 29 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der Dollar fällt, die Mark steigt. Rätselraten über die Ursachen

Devisenexperten verunsichert: Ist das die Wende? Und für wie lange?

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

*Bei ungewöhnlich hektischem Geschäft ist der Dollarkurs gestern wei*ter gesunken. Bei der amtlichen Frankfurter Notierung ging er um fast drei Pfennig von 2,6772 auf 2,6473 DM zurück, im außerbörslichen Handel sogar bis auf 2,6430 DM. Für die letzten vier Tage summieren sich die Kursverluste auf rund zehn Pfennig. Damit sind die Gewinne der vorangegangenen letzten neun Tage des Dollarhöhenflugs wegradiert. Gleichzeitig gewann die bis vor kurzem noch schwache D-Mark gegenüber den meisten Währungen weiteres Terrain zurück, vor allem gegenüber dem japanischen Yen, dem Schweizer Franken und dem Pfund Sterling.

Devisenhändler charakterisierten den gestrigen Tag als den heißesten seit Wochen. Bei Dollarkursschwankungen von einem halben Pfennig und mehr innerhalb weniger Minuten seien die Marktverhältnisse chaotisch gewesen. Viele solide Banken zogen sich wegen der Risiken zeitweilig aus dem wilden Markt zurück. Das Ausbleiben der kursglättend wirkenden Devisenarbitrage zwischen den Banken machte den Markt noch schwankungsanfälliger. Zentralbanken unternahmen nach Beobachtun*gen von Händlern gar nicht erst den* Versuch, gerordnete Marktverhältnisse wiederherzustellen. Zwar soll die französische Notenbank vorgestern und gestern umfangreiche Dollarbeträge gegen Franc verkauft haben; doch verstärkten diese Abgaben noch den Druck auf den Dollar.

Die Gefechtslage an der Devisenfront hat sich während der letzten Tage völlig verändert. Verunsichert fragen sich die Devisenexperten: Ist das jetzt wirklich die Wende? Ist der Höhenflug des Dollars zu Ende oder nur unterbrochen?

Begründungen dafür, daß der Dollar jetzt von seinem Gipfel herabsteigen mußte, gibt es praktisch „zum Aussuchen". Vor allem wird die in amerikanischen Marktkreisen aufgekeimte Hoffnung genannt, daß die US-Zinsen nun wohl ihren Höhepunkt erreicht hätten. Diese Hoffnung, die nach dem verlangsamten Geldmengenanstieg in der ersten Augustwoche aufkam, steht jedoch nach Auffassung nicht weniger Experten noch auf tönernen Füßen, solange keine Aussicht auf eine Reduzierung des US-Budgetdefizits berechtigt ist.

Der Dollarhöhenflug sei seit der *letzten Juliwoche stark spekulativ* übertrieben worden und bedürfe einer Korrektur, so lautete eine weitere Begründung, die auch am Dienstag schon von einem amerikanischen Broker zu hören war, der tags zuvor noch eine Reihe von Gründen für einen weiteren Dollarkursanstieg zur Hand hatte. Er stand übrigens mit seinem abrupten Meinungswandel nicht allein da. Tatsache ist, daß jetzt spekulative Haussepositionen aufgelöst werden aus Angst, der Dollar würde weiter fallen.

Davon profitiert die bis vor wenigen Tagen noch verschmähte Mark. Unter Hinweis auf die günstige Entwicklung der Leistungsbilanz und der Preise gilt sie plötzlich am Markt als unterbewertet. Vom „heißen Raketenherbst" will man nichts mehr wissen. Der Dollar ist „out", die D-Mark ist wieder „in", obwohl sich an den fundamentalen Fakten für die Währungsbewertung in letzter Zeit nichts geändert hat. Geändert – und zwar in vernünftige Richtung – hat sich nur die Meinung vieler Marktteilnehmer.

DER KOMMENTAR

Kampfansage

ENNO v. LOEWENSTERN

Wacht auf, Kündigungsschutzbedürftige dieser Erde ... Kaum sind gewisse Reformabsichten mit Dezentralisierungsplänen in der UdSSR bekanntgeworden, kaum kursiert ein gewisses Papier aus Nowosibirsk, da meldet sich schon der Planungschef höchstpersönlich. Genosse Baibakow, der internationale Pressekonferenzen nicht öfter veranstaltet als etwa der Chef der Geheimpolizei, reservierte extra einen Raum im Moskauer Außenministerium, um den westlichen Korrespondenten gegenüber zu beteuern, es werde „überhaupt" nicht daran gedacht, „das Prinzip des Zentralismus in der Wirtschaft aufzugeben".

Der Herr über mehr als fünf Millionen Planungsbeamte, die jahrein, jahraus den Bedarf der Krasnojarsker Jugend an Schuhen der Größe 38 und der Wladiwostoker Hausfrauen an Nähnadeln errechnen und das alles und mehr in meterdicken Folianten niederlegen, hat nicht nur Angst vor der Aussicht, daß diese Bürokraten zu produktiver Arbeit herangezogen werden könnten – und womöglich er selber auch. Zwar gebrauchte Baibakow selber die Formel, es gehe um den Abbau einer „zu großen Bevormundung" gegenüber den Betrieben. Aber seine eigentliche Botschaft lautet, daß selbstverständlich eine angemessen große Bevormundung bleiben muß – und er ist ihr Garant. Denn Freiheit beginnt immer im kleinen, im privaten, also im wirtschaftlichen Bereich. Wenn erst jeder produzieren kann, was er will, und allein die Allgemeinheit bestimmt, was davon angenommen wird, dann dauert es nicht lange, und die Allgemeinheit bestimmt, welche Politik und welche Politiker angenommen werden.

Dieser Gefahr im Verteidigungsministerium oder in der Lubjanka entgegenzutreten, war freilich nicht zu machen – da hätten die westlichen Korrespondenten einen Schock bekommen. So stellte ein anderer alter Herr, der die Autorität eines Politbüromitglieds besitzt, dem Subalternen seine Räume zur Verfügung.

Was Baibakow vortrug, war eine Kampfansage an den Parteichef, der Reformen anstrebt, die letztlich das „Prinzip des Zentralismus" in Frage stellen. Falls Baibakow den Eindruck erwecken wollte, es bewege sich nach wie vor nichts im „monolithischen Block", nicht einmal ein Machtkampf, so hat er das präzise Gegenteil bewirkt.

Planchef verteidigt Zentralismus

Baibakow versucht, Andropow-Rede zu relativieren / Richtungsstreit?

DW. Moskau

In die interne Debatte über eine Wirtschaftsreform in der Sowjetunion hat gestern in Moskau auch der oberste Planungschef eingegriffen und dabei vor zu „hohen Erwartungen" und „falschen Interpretationen" der Absichten der Sowjetführung gewarnt. Auf einer internationalen Pressekonferenz erklärte der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees (Gosplan), Nicolai Baibakow, es werde „überhaupt" nicht daran gedacht, daß „Prinzip des Zentralismus in der Wirtschaft aufzugeben".

Wie Baibakow sagte, zielten die neuen Wirtschaftsmaßnahmen und -experimente verschiedener Ministerien im Gegenteil darauf ab, „das bestehende Prinzip zu stärken und effizienter zu machen". Man suche allenfalls eine „optimale Kombination zwischen zentralisiertem Management und größeren Rechten der einzelnen Betriebe".

Baibakow, der in den 40er Jahren unter Stalin eine Blitzkarriere in der sowjetischen Regierung machte und seit 1955, mit einer achtjährigen Unterbrechung, Gosplan-Vorsitzender ist, wird zu den „beharrenden" Kräften in der Staats- und Parteibürokratie gezählt, die sich im Gegensatz zu Staats- und Parteichef Jurij Andropow gegen radikale Reformen in der Wirtschaft stellen. Westliche Beobachter in Moskau schließen nicht aus, daß Andropow, wie einst Chruschtschow und Kossygin, mit seinen Reformplänen an diesen Kräften scheitern könnte.

SEITE 7:
Das Papier von Nowosibirsk im Wortlaut

Auf Chruschtschow und Kossygin spielte offensichtlich Baibakow an, als er vor der Presse erklärte, die Anweisungen für effizienteres Management und mehr Rechte für die Betriebe seien gar nicht neu. Frühere Reformbestrebungen seien aber nicht in die richtige Richtung gegangen.

Es gehe jetzt um den Abbau einer „zu großen Bevormundung" seitens der Planbehörden gegenüber den Betrieben sowie um eine Reduzierung der überstarken Reglementierung. Die Entscheidungsrechte der Betriebe sollten erhöht werden. Wichtigster Aspekt aller neuen Maßnahmen bleibe aber auch weiterhin die „Erfüllung der Pläne und vertraglichen Verpflichtungen".

Die Echtheit einer der westlichen Presse zugespielten Analyse von Experten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, in der das System der zentralen Planung als überholt bezeichnet und eine Dezentralisierung gefordert wird, wollte Baibakow weder bestätigen noch dementieren. Er sagte lediglich, ihm sei ein solches Papier nicht bekannt. Die darin aufgestellten Thesen widersprächen „den wirtschaftlichen Tatsachen" in der Sowjetunion.

Auf der Pressekonferenz kam auch der für die Überwachung der Durchführung der jüngsten Kampagne für Arbeitsdisziplin zuständige Justizminister Wladimir Terebilow zu Wort. Er erklärte, von der Bevölkerung sei an sein Ministerium der Wunsch herangetragen worden, „mehr Strenge bei der Verfolgung von Disziplinlosigkeit zu üben". Bei der Ahndung von Verstößen werde sich das Ministerium streng „an die bestehenden Gesetze halten".

Bonn will „nicht jede" Genfer Einigung akzeptieren

Dregger betont deutsche Sicherheitsinteressen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat durch ihren Vorsitzenden Alfred Dregger deutlich gemacht, daß sie „nicht jede Einigung" der beiden Großmächte bei den Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Genf akzeptieren kann. Die deutschen Sicherheitsinteressen müßten dabei voll berücksichtigt werden, sagte Dregger gestern auf einer Pressekonferenz in Bonn, bei der er neueste Zahlen über den militärischen Kräftevergleich zwischen Ost und West vorlegte.

Dregger untermauerte seine Forderung mit dem Hinweis, solange die SS 20 auf sowjetischer Seite bleibe, sei die Pershing 2 auf westlicher Seite „nicht verzichtbar". Bei dieser Ausgangssituation wäre ein Verzicht auf die Pershing „eine falsche Konzession". Auch bei einer Übereinkunft auf niedrigerem Niveau sei eine Kombination aus Marschflugkörpern und Pershing-Raketen sinnvoll.

Diese Klarstellung Dreggers ist offenkundig sowohl an die Adresse von Bonner Politikern als auch an Teile der amerikanischen Administration gerichtet. Dregger betonte, er vertrete hier dieselbe Position wie Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher. Die sowjetische Hochrüstung könne nach objektiven Maßstäben „mit defensiven Absichten weder erklärt noch gerechtfertigt werden". Ziel Moskaus sei es, den Westen, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, erpressbar zu machen. Von „Wettrüsten" könne keine Rede sein, denn der Westen sei nicht in der Lage gewesen, dem Tempo der sowjetischen Hochrüstung zu folgen. Die westliche Strategie der „Flexible Response" „verliert ihre den Krieg verhindernde Wirkung, wenn der Westen nur von einer Unterlegenheit in die nächste eskalieren kann".

Nach den von Dregger vorgelegten Zahlen hat Moskau 599 Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (einschließlich der SS 20) stationiert, während die NATO dazu keine Gegenwaffe habe. Bei den Kurzstreckenraketen sei das Verhältnis zwischen Ost und West 6:1. Eine große Unterlegenheit der NATO gebe es außerdem bei Flugzeugen, Panzern und auch bei chemischen Kampfstoffen.

Es fiel auf, daß im Beisein Dreggers der Abrüstungsexperte der Unionsfraktion, Todenhöfer, fünf weitgehende Kriterien für die nächste Verhandlungsrunde und eine Übereinkunft in Genf formulierte. Dazu gehörte die Forderung nach „weltweiten" Obergrenzen für die USA und die Sowjetunion. Eine Beschränkung müsse nicht nur die SS 20 im westlichen, sondern auch im östlichen Teil der Sowjetunion, vor allem die in Nowosibirsk und Chita, begrenzen. Auch sie stellten eine Bedrohung Westeuropas dar, sagte Todenhöfer, der außerdem erneut die Einbeziehung der französischen und britischen Atomwaffen in die Verhandlungen ablehnte. Über den bisherigen Katalog hinaus geht die Forderung, zur Überprüfung eines Abrüstungsabkommens seien auch Bodeninspektionen erforderlich.

Stoltenberg: Geringere Verschuldung?

Höhere Steuereinnahmen als erwartet / Kein Nachtragshaushalt geplant

HEINZ HECK, Bonn

Den von der SPD mehrfach geforderten Nachtragshaushalt 1983 mit einem Volumen bis zu fünf Milliarden Mark wird es nach Meinung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) nicht geben. Im Gegenteil: Stoltenberg erwartet sogar, wie er gestern in Bonn vor Journalisten erklärte, daß die Neuverschuldung des Bundes wegen höherer Steuereinnahmen „deutlich" unter 40 Milliarden liegen wird (die gesetzliche Ermächtigung im Haushalt beträgt 40,9 Milliarden).

„Der bisher voll befriedigende Haushaltsvollzug 1983" und die günstige Einschätzung für das Jahr insgesamt änderten jedoch nichts an den finanzpolitischen Prioritäten für die kommenden Jahre, betonte der Minister. Die Neuverschuldung des Bundes sei „immer noch weit überhöht". Trotz verstärkter Konsolidierungsbemühungen mit Blick auf 1984 werde die Nettokreditaufnahme mit 37 Milliarden Mark immer noch fast 2,5 Milliarden „über der Verschuldungsgrenze (liegen), die Artikel 115 Grundgesetz für eine konjunkturelle Normalsituation vorschreibt. Von neuen finanzpolitischen Handlungsspielräumen sind wir damit noch weit entfernt." (Die Verfassungsbestimmung schreibt vor, daß die Neuverschuldung die Investitionsausgaben nicht überschreiten dürfe und Ausnahmen nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig seien.)

Vor dem Hintergrund der neuerdings laut gewordenen Kritik an der Haushaltsführung aus zwei verschiedenen Richtungen plädierte Stoltenberg für „einen mittleren Weg, der die Konsolidierung schrittweise verwirklicht, zugleich aber konsequent den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt". Weder den Befürwortern höherer Staatsausgaben und damit höherer Verschuldung noch den Verfechtern einer drastischeren Rückführung der öffentlichen Ausgaben will der Finanzminister folgen.

SEITE 2:
Das Sparschwein als Raubtier

Grundlage der künftigen Politik sei die Koalitionsvereinbarung, wonach 1985 bis 1987 die Bundesausgaben jährlich nicht stärker als drei Prozent wachsen sollen, also deutlich geringer als die voraussichtliche Zunahme des Bruttosozialprodukts. Leitlinie bleibe der Kabinettsbeschluß zur Mittelfristigen Finanzplanung, der die Verringerung der Nettokreditaufnahme des Bundes auf rund 22,5 Milliarden für das Jahr 1987 vorsieht. Der Staatsanteil soll zurückgeführt werden als Voraussetzung „für eine dauerhafte Entlastung der Bürger und Betriebe".

Als „Etappenziel für 1983" bezeichnet es Stoltenberg, den Kreditzuwachs im Bundeshaushalt unter Kontrolle zu bekommen, die Zahlungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu erhalten und „den schweren Rückgang" der wirtschaftlichen Entwicklung aus dem Vorjahr zu stoppen.

Wie bereits von Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht in der Vorwoche erklärt, rechnet die Bundesregierung mit einem realen Wirtschaftswachstum von „gut 0,5 Prozent", ei-

■ Fortsetzung Seite 8

„DDR" sucht historische Basis

Wissenschaftler sollen zwölfbändige Nationalgeschichte aus Ostberliner Sicht schreiben

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED-Führung hat prominenten „DDR"-Historikern in zentralen Forschungsplänen die Aufgabe zugewiesen, eine „selbständige deutsche Nationalgeschichte" aus der Sicht der „DDR" zu schreiben. Die ersten Bände einer geplanten zwölfteiligen Arbeit sollen in diesem Jahr im „Deutschen Verlag der Wissenschaften" in Ost-Berlin erscheinen.

Dies geht aus Angaben des in Leipzig erscheinenden Börsenblatts für den „DDR"-Buchhandel hervor. Jetzt macht der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, in den regelmäßig erscheinenden „Informationen" seines Hauses auf diesen bislang umfangreichsten Versuch Ost-Berlins aufmerksam, die deutsche Geschichte von der Ur-Gesellschaft bis heute zu interpretieren und die „DDR"-Herkunft im Nationalstaat der Vergangenheit zu verankern.

Federführend für das umfangreiche Geschichtswerk ist das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der „DDR", das sich die Aufgabe gestellt hat, „damit erstmals in einem geschlossenen Gesamtbild der Nationalgeschichte auch neuen, durch die Forschung gewonnenen Aspekten Geltung zu verschaffen" (Börsenblatt).

Wie sehr dabei die „DDR"-Forscher von der Partei angewiesen werden, einen Gesamtbezug zwischen der „DDR" und der deutschen Geschichte herzustellen, macht das Leipziger Fachblatt mit der Bemerkung deutlich: In der zwölfbändigen „Deutschen Geschichte" werde sich erweisen, „daß das marxistisch-leninistische Geschichtsverständnis sowohl die Komplexität, Formen und Vielfalt der Klassenauseinandersetzungen, das Wirken aller Klassen und Schichten in gesamtchronologischem Ablauf, als auch die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen der ganzen deutschen Geschichte umfaßt".

Die Forschungen der eigenen Historiker, so das „DDR"-Fachorgan, hätten „wesentlich dazu beigetragen, eine differenziertere und ausgewogenere Einschätzung des widersprüchlichen Charakters der Leistungen herrschender Ausbeuterklassen und ihrer Repräsentanten in der deutschen Geschichte vorzunehmen."

Die Zielrichtung der mit Beginn der Preußen-Renaissance Ende der siebziger Jahre in der Bundesrepu-

● Fortsetzung Seite 8

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf den Klippen

Von Jan Brech

Die Krise im deutschen Schiffbau nähert sich ihrem Höhepunkt. *Im Zentrum steht dabei das wirtschaftlich ohnehin* stark angeschlagene Land Bremen, das in seinen Mauern allein zwei Großwerften beherbergt, von denen eine mit Sicherheit *zu viel ist. Die Probleme beschränken sich freilich* nicht nur auf den Stadtstaat an der Weser. Die deutsche Werftindustrie ganz generell muß um ihr Überleben kämpfen.

Ihre *mißliche Lage ist dabei nicht Folge der schlechten* Weltkonjunktur. Der Schiffbau steckt ähnlich wie Kohle und Stahl in einer tiefgreifenden Strukturkrise, die mit guten *Worten und Durchhaltesubventionen nicht mehr zu lösen ist.* Das Problem reduziert sich im Kern auf den Sachverhalt, daß es weltweit zu viele Schiffbauplätze und zu wenig Beschäftigung gibt.

Im Wettrennen um diese zu wenigen Aufträge sind die deutschen Werften nahezu ohne Chance. Das gilt besonders für Großschiffe in Serie, auf deren Bau manche deutsche Werft in der Vergangenheit die Anlagen ausgerichtet hat. Dank niedrigerer Löhne und höherer Subventionen sind Länder wie Japan, Brasilien, vor allem aber Südkorea 30 bis 40 Prozent billiger als deutsche Anbieter.

Selbst bei vollen Kassen der öffentlichen Hände wäre es auf Dauer unmöglich, diese Nachteile auszugleichen. Dem Schiffbau bleibt kein anderer Weg, als die Kapazitäten weiter zu reduzieren, sich auf Spezialschiffbau zu konzentrieren und mit unternehmerischer Wendigkeit und auch finanzieller Hilfe eine Mindestbeschäftigung zu verteidigen.

Dies weiß man natürlich auch in Bremen, und nicht erst seit ein paar Tagen. Der Bremer Etat reicht auch nicht im entferntesten aus, um über Zuschüsse die vorhandenen Überkapazitäten zu beschäftigen. Umso skandalöser ist es, daß Politiker und Anteilseigner im Vorfeld der Wahl die Probleme nur hin und her schieben. Die Politiker wollen beschäftigungspolitische Verantwortung nicht übernehmen, die Aktionäre die finanziellen Lasten auf andere schieben. Daß Bonn hier nicht mitmacht, ist nur gut. Die Karten müssen endlich auf den Tisch. Es gibt keine Lösung ohne schmerzliche Opfer für Arbeitnehmer, Aktionäre, Bremen und auch Bonn.

Der Selbstbestimmer

Von Enno v. Loewenstern

Eigentlich müßten die Polen aufjauchzen. Ein Staatsbesucher hat ihnen soeben das Recht auf Selbstbestimmung bestätigt. Und ihr Militärdiktator Jaruzelski warf ihn nicht etwa hinaus, sondern applaudierte. Wenn man nun noch hinzufügt, daß der Gast deutsch sprach …

Damit es keine Verwechslung gibt: Der Gast hieß Honecker. Zur Feier des sich anbahnenden Orwell-Jahres 1984 hat er eine kabarettreife Neusprach-Version geliefert: In Wahrnehmung des jedem Volk zustehenden Rechts auf Selbstbestimmung hätten die Maßnahmen der polnischen Militärregierung all denen den Weg verlegt, die die sozialistische Ordnung in Polen beseitigen und Volkspolen aus der sozialistischen Gemeinschaft hätten herausbrechen wollen. Das Rad der Geschichte könne nicht zurückgedreht werden, Volkspolen und der Sozialismus blieben „eine unlösbare Einheit".

Selbstbestimmung *besteht also darin, zu verhindern, daß* das Volk selbst bestimmt, ob es diese Einheit nicht doch lösen will. Dafür wird auch jenes Bündnis Polen–„DDR" sorgen, das „eine historische Leistung der deutschen und der polnischen Arbeiterklasse und ihrer führenden Parteien" ist, wie Honekker den Polen hinrieb. Außerdem teilte Honecker den Polen auch noch mit, daß sie „völlig solidarisch" mit UdSSR und „DDR" nichts anderes im Sinn haben als „entsprechende Gegenmaßnahmen" gegen die westlichen Gegenmaßnahmen gegen die sowjetischen Vorausmaßnahmen auf dem Gebiet der Raketen.

Wenn man dies so versteht, wie es verstanden werden müßte – Honecker sprach von einem „sehr gefährlichen Spiel" des Westens –, dann müßte man eigentlich auf gegenseitige Distanz gehen. Aber genau das empfahl Gastgeber Jaruzelski nicht. Vielmehr teilte er betreten mit, daß die „verderblichen *Tendenzen in der Wirtschaft*" *abgewendet seien*, und: „Obwohl wir es weiterhin schwer haben, gibt es eine sichtliche Verbesserung." Das ist nun unüberhörbar an die gefährlichen Spieler im Westen gerichtet, die gerade über die Umschuldung der polnischen 25-Milliarden-Dollar-Last beraten. Hier spielen sich die wirklichen Ost-West-Beziehungen ab, auf dem Felde der Mitbestimmung durch westliche Banken, und weder Honecker noch Jaruzelski haben ein Interesse daran, daß ihre Drohungen von denjenigen ernstgenommen werden, die im Westen etwas zu sagen haben.

Helfer und Gaffer

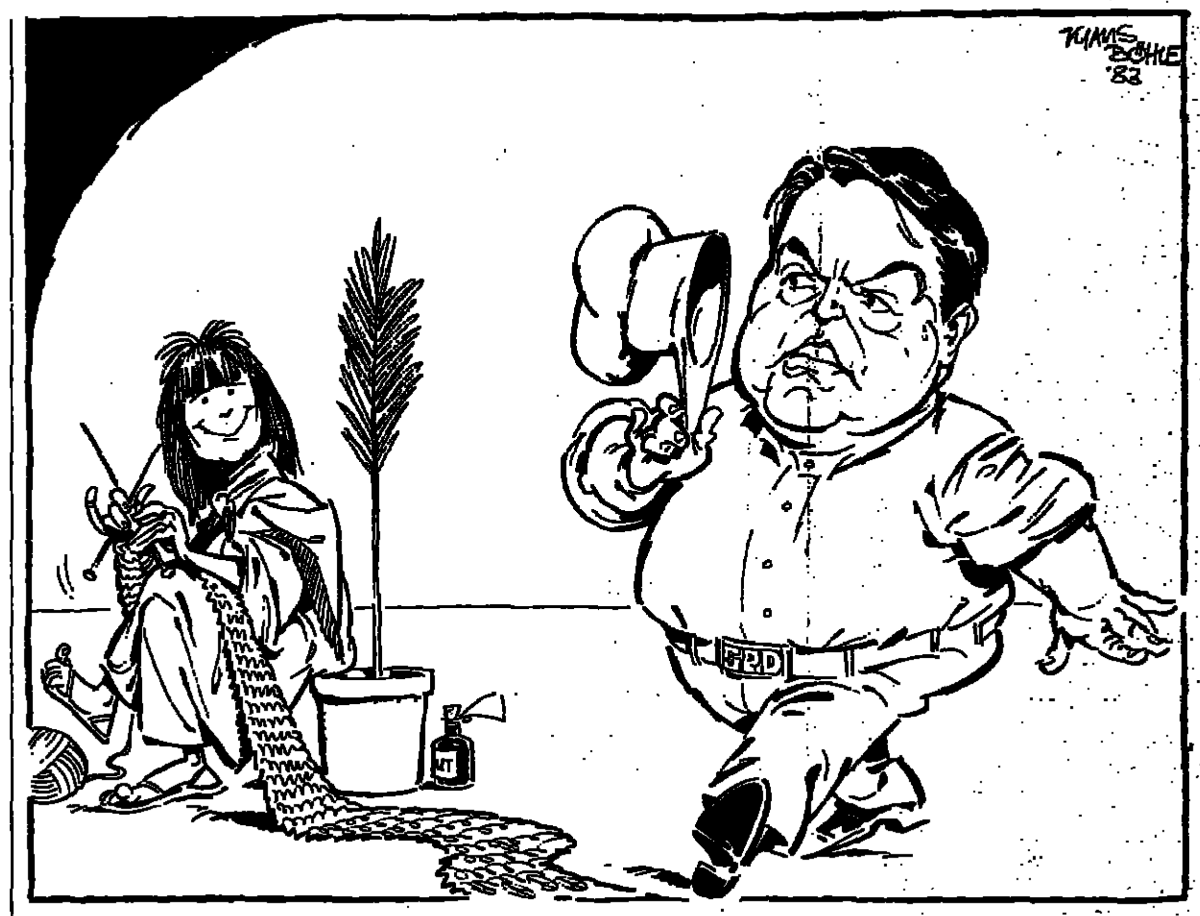
Von Heinz Barth

Nach der neuesten Meinungsumfrage sind 53 Prozent der Franzosen *gegen jedes militärische Engagement in* Tschad – und das, obwohl nach derselben Umfrage 74 Prozent im libyschen Staatschef Khadhafi eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden erkannt haben. Blankes Entsetzen müßte eigentlich alle packen, die über diesen Widerspruch nachdenken, den die große Mehrheit in Frankreich offenbar nicht mehr als Widerspruch zu empfinden vermag.

Das ist die gleiche „Ohne-mich"-Mentalität, die den Franzosen schon einmal, im „drôle de guerre" des Winters 1939/40, zum Verhängnis wurde. Das Bedürfnis der „Friedensfreunde", sich in nichts verwickeln zu lassen, ist so überwältigend – und ihr Gedächtnis für frühere Lektionen so kurz –, daß sie imstande sind, dem Frieden einen sanften, pazifistischen Tod zu bereiten, bevor er von den Profis des Terrors ermordet werden kann.

Vor dem Weltsicherheitsrat haben Khadhafis Sub-Satelliten aus Prag und Ost-Berlin die USA als Aggressor beschuldigt, weil sie Tschad gegen die libysche Invasion nicht militärisch, aber mit nicht allzu umfangreichen Waffenlieferungen unterstützten. *Der US-Delegierte erwiderte, es sei eine moralische* Pflicht, Wehrlose zu schützen, die vor aller Augen von einem Unhold zusammengeschlagen werden.

Dies ist eine Antwort, die eigentlich alle stutzig machen sollte. Ist es nicht tatsächlich so, daß wir täglich Klagen hören über mißhandelte Kinder, verbunden mit der Frage, warum die Nachbarn sich nie „eingemischt" *haben? Laufen nicht* immer wieder Berichte ein über Menschen, die auf der Straße überfallen werden, ohne daß die Passanten helfend eingreifen? (Wenn, dann bleiben sie höchstens zum Gaffen stehen!) Da sind es gerade die humanitären liberalen Menschheitsbeglücker, die ihren allzu gleichgültigen oder allzu feigen Mitmenschen feurig die Leviten lesen. Faktisch aber machen diese genau das im privaten Bereich, was dieselben Menschheitsbeglücker ihnen in der Politik als höchste Tugend anerzogen haben.



… grüß mich nicht Unter den Linden!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Sparschwein als Raubtier

Von Peter Gillies

Mit Erstaunen vernehmen wir seit einigen Wochen Ratschläge, *die vor „überzogenem* Sparen" warnen und wieder die verstärkte Nachfragebelebung empfehlen. Der Überraschungseffekt wächst dadurch, daß sie aus Quellen stammen, die noch kürzlich nicht heftig genug mit dem Rotstift herumfuchteln konnten.

Zuvor muß mit zwei weitverbreiteten Vorurteilen aufgeräumt werden. Das erste lautet, dieser Staat habe bereits gespart; das zweite, er habe eine rigide Angebotspolitik eingeleitet. Von beidem kann keine Rede sein. Die Schuldenlast ist so riesig und wird nahezu unverändert bedrohlich weiterklettern, daß das Sparen nur in Spurenelementen erkennbar ist. Und: Die alte wie die neue Bundesregierung haben stets eine gemischte Politik betrieben, also einerseits versucht, die Kosten zu senken und Produktionen attraktiv zu machen, andererseits die Nachfragebelebung nie *vernachlässigt. Nur im Akzent lag* der Unterschied.

Mit forcierten Staatsschulden in *die Vollbeschäftigung zurückzufinden*, darf weltweit als gescheitert betrachtet werden. Das Ergebnis war vielmehr noch mehr Arbeitslosigkeit bei kaum mehr beherrschbaren Kreditbergen. Die aus Staatskrediten erzeugte Nachfrage erwies sich als vorgetäuschte Rentabilität, als Wohltat, die die Beglückten hernach selbst zu bezahlen hatten.

Gleichwohl gibt es die klassische Situation, in der der Staat einspringen muß, um erloschene private Nachfrage aufzufüllen. Sie liegt beispielsweise vor, wenn bei niedrigen Zinsen und ansonsten attraktiven Bedingungen die Pferde nicht saufen wollen. Davon kann jedoch heute keine Rede sein. Vielmehr sind die Realzinsen auf Rekordhöhe und die Investitionsbedingungen beileibe nicht attraktiv genug.

Die Wünsche nach Beschäftigungsprogrammen, nach Aufrechterhaltung von Einkommen und staatlichen Unterstützungen ohne Rücksicht auf deren Finanzierung, vertagen die Konflikte unter Verschleierung der Kosten. Ein Merkposten hierzu: Schon heute gibt der Bund für den Schuldendienst fast fünfmal soviel aus wie für seine gesamte Entwicklungshilfe. Auch wenn die jetzige „Konsolidierungspolitik" fortgesetzt würde, steigen die Staatsschulden munter weiter. Der Zeitpunkt, an dem auch nur eine Kreditmark zurückgezahlt wird, ist für dieses Jahrhundert eigentlich nicht zu erkennen.

Der Sparpolitik mit einem Hauch von Kurswechsel in die richtige Richtung kann man mithin nicht den Vorwurf machen, sie vernachlässige die Nachfrageseite. Allein die noch immer riesigen Defizite sprechen dagegen. Die Steigerung der Steuern und Sozialabgaben, die Aufrechterhaltung von eigentlich nicht mehr finanzierbaren Besitzständen laufen aber der Konsolidierung entgegen.

„Zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht", formulierte 1982 der Sachverständigenrat. *Diese Mahnung gehört* wiederholt. Der Streit um das Mutterschaftsgeld scheint ein prototypisches Politmuster zu sein. Selbst wenn Strauß seine Forderung nach höheren Zuschüssen für Mütter zurückziehen sollte – der Schaden ist *schon jetzt enorm.*

Bei den Gruppen, auf die es wirklich ankommt, den Investoren, wachsen die Zweifel, ob diese Regierung ihre schmerzhaft ausschauende, aber gemessen an den Problemen vorsichtige Sparpolitik *überhaupt durchzustehen* vermag. Der Druck jener Gruppen und Parteien, die ihre Verteilungsverheißungen noch stets höher einschätzten als ihre Erwirtschaftung, ist latent und bricht sich immer wieder Bahn.

Otto Schlecht, Dauerstaatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hat die drei goldenen Regeln einer gutgemischten Konjunkturpolitik zutreffend so umschrieben: Nicht alles und auf Dauer auf ein Theorie-Pferd setzen – nicht von einem Extrem ins andere fallen – nicht alles „Neue" ist zugleich besser.

An der Mischung fehlt es eigentlich nicht, wohl aber an Beharrlichkeit, Gradlinigkeit und Berechenbarkeit. Das mag Politikern gegen ihren Strich gehen, denn ihre Sicht ist überwiegend die kurze. Auch der Bürger ist in Vorstellungen befangen, die Automatismen unterstellen („Schließlich hat der Führer doch damals Autobahnen gebaut und damit sofort die Arbeitslosigkeit beseitigt", was übrigens so keineswegs der Fall war!). Gleichwohl erteilte der gleiche Bürger politisch ein gegensätzliches Votum: *Er entschied* sich für eine Gesundung, um ihre Schmerzhaftigkeit wissend (oder sie zumindest ahnend).

Ein Auto mag in Sekundenschnelle um einen Baum gewickelt sein – Abschleppen und Reparatur dauern länger. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder auf Wachstum und Gesundung zu trimmen, ist ein Prozeß, dessen Dauer jeden *Aktionismus* verbietet. Im Grunde hat dieser Prozeß erst in Ansätzen begonnen. So zu tun, als neige es sich bereits dem Ende zu, ist fahrlässig – vor allem für jene, die sich in die Pflicht genommen haben.

Der Bundesfinanzminister verdiente eigentlich stärkere und öffentliche Unterstützung durch den Kanzler, zumal er verwundert Rempeleien von den eigenen Leuten einstecken mußte. Das mag Sommertheater gewesen sein, vielleicht. Aber Investoren *und* Finanzmärkte sind auch im Sommer ein aufmerksames Publikum. Und sehr sensibel.

Jeder Konkurs beginnt mit der ersten Kreditmark, jede Sanierung mit der ersten Sparmaßnahme. Es muß deshalb an Beharrlichkeit und Verläßlichkeit erinnert werden, die die Regierenden anmahnten, als sie noch Oppositionsbänke drückten. *Vom Geist der Ungeduld* zeugt es andererseits auch, daß zu viele schon jetzt den Stab brechen wollen. Einen Marathonläufer nach den ersten *hundert* Metern auszupfeifen, ist töricht. Worauf es ankommt, ist, daß er ankommmt.



Kurshalten ist schwer: Stoltenberg, Lambsdorff FOTO: EGON STEINER/DPA

IM GESPRÄCH Cacharel

Kommunisten ins Museum

Von Heinz Weissenberger

Nach einer unaufhaltsamen Karriere im *Modebusineß*, die seinen Namen in allen Erdteilen bekannt machte, ist Jean Bousquet alias Cacharel, jetzt dabei, im Alter von 50 Jahren eine neue Karriere aufzubauen – und das in der Politik!

Der Modemacher mit dem dichten Haarschopf und den strahlend blauen Augen wurde im März bei den französischen Kommunalwahlen in einem „Kampf mit harten Bandagen" zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Nimes gewählt. Er bekam 400 Stimmen mehr als *sein* Gegner, der Kommunist Emile Jourdan, 68, der achtzehn Jahre lang Bürgermeister von Nimes gewesen war.

Seit 75 Jahren hatte Nimes „links" gewählt, und die Kandidatur von Bousquet als Einheitskandidat der Opposition hatte bei den Sozialisten und Kommunisten nur ein Lächeln hervorgerufen. Doch mit seinen Manager-Methoden, seinem Sinn für Publicity und seinem Enthusiasmus, mit dem er alles anpackt, gewann er die Herzen der Wähler, nicht zuletzt der *weiblichen Wählerinnen, denen* „Cacharel" seit zwanzig Jahren ein Begriff ist.

In den fünf Monaten seit seiner Wahl hat Cacharel in Nimes einen neuen Stil eingeführt. Die etwas verschlafene Stadt mit ihren römischen *Ruinen, vor allem den riesigen guterhaltenen* Arenen, ist in Frankreich wieder „im Gespräch". Cacharel packt die Werbung für seine Stadt an, wie er eine neue Kollektion seiner Pret-a-porter-Modelle lanciert.

Anfang August strömten Tausende von Besuchern aus ganz Frankreich nach Nimes zu einem denkwürdigen Abend in den fast zweitausend Jahre alten Arenen: Gleich drei Europameisterschaften im Boxen fanden dort statt, dazu eine bemerkenswerte Ausstellung von Picasso-Gemälden. Für *nächstes Jahr denkt Cacharel an ein* Opernfestival. Außerdem will er das alljährliche Jazzfestival „anreichern" und vielleicht eine Boxweltmeisterschaft veranstalten.

Bei all dem geht Cacharel, dessen Vater in Nimes Nähmaschinen ver*kaufte, politisch behutsam vor.* Er will die linke Wählerschaft nicht wie andere Oppositionspolitiker, die im März kommunistische Hochburgen eroberten und jetzt mit Holzhammermethoden die „Roten" verjagen, vor den Kopf stoßen. Zumal da viele dieser Wähler *seine eigenen* Angestellten sind.



Nach der Mode die Politik: Bürgermeister Jean „Cacharel" Bousquet FOTO: CAMERA PRESS

Aus Liebe zu seiner Heimatregion errichtete Cacharel, *mit* umgerechnet 160 Millionen DM Jahresumsatz einer der Größten seiner Branche, seine fünf Fabriken alle in Nimes oder dicht dabei. In Nimes ist er mit fünfhundert Angestellten und Arbeitern der größte private Arbeitgeber, und insgesamt beschäftigt er in der Region 1300 Personen. Nur wenige Wochen nach seiner Wahl kaufte er in mehreren großen Zeitungen gleich ganze Seiten, auf denen er andere Industrielle aufforderte, sich in Nimes niederzulassen, von dessen 140 000 Einwohnern 10 000 Arbeitslose sind.

Dem kommunistischen „Parteienfilz" in Nimes allerdings will Cacharel *den Garaus machen. Den kommunistischen* Stadtsekretär entließ er und einige kommunistische Rathausfunktionäre fanden sich als Wächter im städtischen Museum wieder. „Als ich mein neues Amt antrat, waren die Stadtfinanzen zwar in Ordnung, aber bei der Durchsicht der Bücher stellten wir fest, daß zu viele Gelder in irgendwelchen undurchsichtigen Kanälen verschwanden", sagt Cacharel.

„Doch all das interessiert mich eigentlich nicht sehr. Was mich interessiert, ist in Nimes einen gründlichen Wandel herbeizuführen, der unsere Stadt auf den Rang bringt, der ihr gebührt. Ich bin der Meinung, daß Unternehmer auch politisch tätig sein sollten." In Nimes werden heute schon Wetten darüber abgeschlossen, daß Jean Bousquet bei den nächsten Wahlen für den Regionalrat und in drei Jahren bei den politisch ungeheuer wichtigen Wahlen zur *Nationalversammlung in Paris* antreten wird. Denn der „politische Virus" hat den Modemann sichtlich gepackt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Bild

Zur Lehrstellen-Aktion vermeldet das Blatt:

Die große „Bild"-Lehrstellenaktion in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit hat erste Erfolge: Schon mehr als 200 neue, zusätzliche Lehrstellen sind geschaffen. Trotzdem geht die Meckerei weiter. Inge Brusis, DGB-Vorstandsmitglied, meckerte im Fernsehen: „Wir halten… *die Maßnahmen für rechtlich* unzulässig." Frau Brusis irrt. In Paragraph 29, Absatz 2 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) steht ausdrücklich, daß bei der Lehrstellensuche „Kenntnisse und Möglichkeiten Dritter zu nutzen" seien. Meckerei schafft *nicht* eine einzige Lehrstelle!

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu Vogels Vorschlag von Kontakten Volkskammer–Bundestag bemerkt das Blatt:

Daß es „drüben" keine freie Wahl gibt, weiß jeder, daß aber die Fraktionsstärken der „Parteien und Massenorganisationen" nicht einmal formal den Volkswillen spiegeln, son*dern vorher festgelegt werden, ist* bei uns weniger bekannt. Wenn also zwei Organe so unterschiedlicher Qualität auf eine Stufe gestellt würden, gewinnt das eine unverdientermaßen ein Ansehen, das es vor seinen eigenen Bürgern nicht besitzt, das andere büßt seine Würde ein. Gewiß müssen Regierungen um der Staatsräson willen, und sei es zähneknirschend, sachliche Kontakte pflegen. Die Volkskammer hingegen ist noch aus einem anderen als den erwähnten Gründen kein Partner: Sie verfügt über keinerlei Macht, hat nichts zu entscheiden und kann nichts bewegen.

Westfälische Nachrichten

Zu Honeckers Polen-Reise heißt es hier:

An dem ungeheuren Druck, den die Sowjetunion in den vergangenen drei Jahren auf Polen *ausübte, hatte* Honecker jedenfalls seinen redlichen Anteil. Es war der besonnenen Haltung des polnischen Volkes und nicht der besseren Einsicht der Nachbarn zu verdanken, daß dem Land ein gewaltsames Eingreifen von außen und damit möglicherweise auch ein zweiter Einmarsch deutscher Truppen erspart blieb, wie ihn die Tschechoslowakei 1968 erleben mußte. *In* der polnischen Bevölkerung dürfte das nicht von heute auf morgen vergessen sein.

Entwicklungshilfe: Soll man sie überhaupt einstellen?

Radikale Vorstellungen aus der London School of Economics / Von Manfred Neuber

Mehr geben oder nichts mehr *geben – auf* diese extremen Positionen hat sich in letzter Zeit die internationale Diskussion über den Sinn und Nutzen der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt zugespitzt.

Sekundiert vom zweiten Brandt-Bericht, dringen die Staaten der Dritten Welt auf Abhilfe. Sie artikulierten ihre Forderungen auf der Gipfelkonferenz der Blockfreien im März in Neu-Delhi, in der „Gruppe der 77" im April in Buenos Aires und bei der Welthandelskonferenz Unctad in Belgrad.

Dagegen legten die sieben bedeutendsten Industrienationen auf dem *Weltwirtschaftsgipfel* in Williamsburg im Mai ihre Haltung fest. Weniger die Nöte der Entwicklungsländer als vielmehr die Konsequenzen, die ihre Zahlungsunfähigkeit für das Bankensystem des Westens hätte, sind ihre primäre Sorge.

Während die neue Bundesregierung in Bonn andere Akzente in *der Entwicklungspolitik setzen* will, die an der Effizienz der Hilfe und dem Wohlverhalten der Empfänger orientiert sein sollen, ist in angelsächsischen Ländern eine Grundsatz-Debatte über die Unterstützung für die Dritte Welt entbrannt.

In einem leidenschaftlichen Appell an die USA *schrieb Edward* Heath, der ehemalige konservative Premier Großbritanniens, es sei eine moralische Verpflichtung der Amerikaner, mehr Hilfe zu leisten. Das gebiete wirtschaftliches Eigeninteresse und ihr historisches Mitgefühl für die vom Schicksal Benachteiligten.

Dagegen empfahlen unlängst *zwei Professoren der London* School of Economics, Peter Bauer und Basil Yamey, der Westen sollte jede Hilfe an die Länder der Dritten Welt einstellen.

Ihre Thesen lauten: Entwicklungshilfe vermag weder die Länder der Dritten Welt entwickeln noch die Armut dort beseitigen. Sie könne auch nicht die interna*tionale Finanzkrise mildern.* Beschäftigungspolitisch tue sich der *Westen damit keinen Gefallen, und* Freunde gewinne er unter den Empfängern selten.

Die beiden Wirtschaftswissenschaftler weisen auf Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika hin, die ohne fremde Hilfe besser vorangekommen seien. *Dagegen* vermehre ausländische Unterstützung die Bürokratie, lähme die Eigeninitiative und verleite zu Prestigeprojekten, von denen die Bevölkerung kaum Nutzen habe.

Als unrealistisch wird von ihnen die Auffassung abgetan, das Nord-Süd-Gefälle sei potentiell gefährlich für den Weltfrieden. Mit solcher Sicht werde *nur* vom Ost-West-Konflikt abgelenkt. Auch treffe es nicht zu, daß die Dritte Welt dank westlicher Hilfe friedlicher werde. Ihre massiven Waffenkäufe widerlegten diese Ansicht.

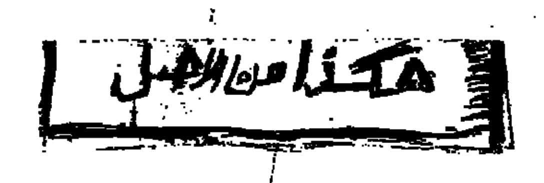
Die Londoner Professoren lassen nicht einmal die Behauptung gelten, die Entwicklung der südlichen Halbkugel sei unerläßlich für das *Wohlergehen des Nordens*, weil davon seine Ausfuhren und Arbeits*plätze abhingen. Auf Pump* gekaufte Waren seien heute in Wahrheit fast geschenkt. Geschenke aber vermehren den Wohlstand der Schenkenden nicht.

Nachdrücklich warnen die Experten vor Schuldenaufschub und Schuldenerlaß. Damit würden inkompetente und leichtfertige Regierungen belohnt. Wenn es erst *einmal* einreiße, sich der Verpflichtungen auf diese Art zu entziehen, schlügen immer mehr Staaten diesen leichten Weg ein.

Weit gefehlt, meint Edward Heath. Die Industrienationen dürften die Entwicklungsländer nicht im Stich lassen. Zwar müsse die Privatwirtschaft am stärksten zum finanziellen und technischen Transfer in den Süden beitragen, doch ohne staatliche Unterstützung und durch internationale Organisationen gesteuerte Hilfe *gehe* es nicht.

Die Botschaft des Tory-Premiers lautet: Wir sitzen im selben Boot. Wenn die Dritte Welt kentert, gehen auch wir unter. Er sieht in der wirtschaftlichen Malaise der Entwicklungsländer die Gefahr radikaler politischer Veränderungen, die von der Sowjetunion für ihre Zwecke genutzt würden. Entwicklungshilfe sei deshalb auch im strategischen Interesse des Westens.

In Bonn steht eine Klärung in dieser Frage noch aus. Sicher wird man dem radikalen Rat der Londoner Denker nicht folgen. Ebenso sicher aber hat man in Bonn längst erkannt, daß Entwicklungshilfe nur einen Sinn hat, wenn sie an harte Auflagen gebunden wird – *ohne* Rücksicht auf das übliche Gejammer über „Einmischung". Wer Einmischung in Form von Gaben wünscht, der *muß auch Einmischung* in Form einer Kontrolle dulden, daß die Gaben *nicht* umsonst gegeben werden. Sonst kommt es trotz aller westlichen Opfer zu jener Verarmung und daraus folgenden Radikalisierung, vor der Heath warnt.



Die Insel des Gutseins, für viele ein Himmel auf Zeit

Der Papst-Besuch hat Lourdes wieder ins Scheinwerferlicht gerückt. Lourdes, wo Kreuz und Kommerz aufeinanderprallen, ein sakraler Ort zwischen Massensuggestion und Quelle echter Tröstung.

Von HERMANN RENNER

Papierfähnchen mit dem vatikanischen Wappen überall. In den Fenstern, über den Straßen, in den Auslagen, in den Läden und Lädchen. Girlanden über Girlanden: gelb, weiß, hellblau wie der Himmel. Dazwischen, von den Bürgersteigen bis zu den Dachrinnen, Papstporträts, die weiße Gestalt auf rotem Grund: „Heiliger Vater – Willkommen."

Der Geehrte gleitet im weißen Jeep hinter Panzerglas auf schmaler, mühsam freigehaltener Gasse durch die Menge. Jubelwogen, die Welle eifrig bewegter gelber Winketücher rollt mitsamt dem Triumphgefährt durch die weltlichen Viertel hinein in den „Heiligen Bezirk" und dicht bis vor die Felsnische, in der die 14jährige asthmatische Bernadette Soubirous vor 125 Jahren von der Madonna angesprochen wurde.

Papst Johannes Paul II. lächelt, winkt, breitet die Arme, stellt auf unnachahmliche, auf seine Weise, Kontakt mit der Menge her. Gefangener *im Sicherheitskäfig* – doch nahe, frei, ein Mensch, begnadet mit der Gabe, Menschen zu erreichen.

Dies geschah am Sonntag, dem 14. August. Es war der Einzug des Heiligen Vaters in seine heilige Stadt Lourdes. Es war der erste Besuch eines Papstes an dem Ort, zu dem Europas Gläubige jährlich zu Millionen wallfahren: Hommage für eine spirituelle Quelle des europäischen Katholilizismus.

Der Papst war gekommen, um einen Tag Pilger unter Pilgern zu sein. So sagte er. Doch Johannes Paul II. ist ein pastoraler Papst. Was immer er tut, ob er versunken vor der weißen Statue an der Grotte von Massabielle betet, ob er den speckig-grauen, von ungezählten Händen glattgestreichelten Fels küßt – er setzt Zeichen.

Zwei Phänomene flossen bei der Visite ineinander: Die nimmerendene Pilgerseligkeit des Ortes, die sich Jahr für Jahr verstärkt, dieses wahre und unwiderlegliche Lourdes-Wunder – und dieser polnische Papst, von dem man vorerst nur begriffen hat, daß er wie keiner seiner Vorgänger die Menge hautnah sucht und formiert.

Zuerst die Pyrenäen-Gemeinde Lourdes: Mit 18 000 Einwohnern in romantischer Vorgebirgslandschaft so etwas wie ein südfranzösisches Oberammergau, zerfällt sie in drei Teile. Und sie hat zwei Gesichter.

Da ist das alte Bergdorf, das dank der Pilgergelder ein verhältnismäßig wohlhabendes Städtchen wurde. Da ist der Touristenteil. Mit heute 450 meist mittelgroßen Häusern, bildet er nach Paris und Nizza die drittgrößte Hotel-Agglomeration Frankreichs. Da ist schließlich der sogenannte „Heilige Bezirk"; zaunumfriedet, sehr groß, mit zwei Krankenhäusern, zwei oberirdischen und einer unterirdischen Kirche, einer riesenhaften Versammlungs-Wiese, die man „Prärie" nennt, und mit der Grotte samt Heiliger Quelle und Madonnen-Standbild. Der Bezirk ist durchflossen und geteilt durch den kalten Forellenfluß Gave.

Zwei Gesichter hat Lourdes, weil Kommerz und Kreuz hier so brutal aufeinanderprallen wie wahrscheinlich nirgendwo sonst in der Welt. Das erhobene und entnüchterte Publikum lebt sich aus im Einkauf: Rosenkränze in Silber oder Glas, rosa oder hellblau, aus Kunststoff oder überdimensional und hölzern aus den Pyrenäen.

Für das Heil und Heilung versprechende Lourdes-Wasser, das man an der Quelle kostenlos schöpft, gibt es niedliche Plastikkanister mit eingestanzter Jungfrau. Es finden sich auch kleinere Fläschchen, die dann der Massabielle-Statue nachempfunden sind, mit abschraubbarem Kopf. *Beliebt sind herzförmige Feldflaschen,* für unterwegs, mit Tragebändern in den Farben der diversen Pilgernationen. Die Angebotspalette ist unendlich – und sie endet nicht mit den „Pastilles de Lourdes" oder bei den garantiert mit Lourdes-Wasser fabrizierten Bonbons. Wer die Mutter Gottes gleich erwerben will, kann sie sogar im Kranz rhythmisch aufleuchtender vielfarbiger Sternchen haben – sofern er einige Mark mehr anlegt.

Man weiß es nun schon: Es sind vornehmlich die kleinen Leute aus Europas minderprivilegierten Gebieten, die in Lourdes Trost suchen. Die Italiener kommen meist aus dem armen Süden und aus Sizilien. Die Spanier, die in mächtigen Gruppen auftreten, sind häufig Gastarbeiter aus der Schweiz oder aus Westdeutschland, die auf der Urlaubsreise bei der Madonna einkehren. Die Iren pilgern nur zum Teil aus Irland, offenbar reisen die meisten aus den Randvierteln der englischen Industriestädte an, aus Birmingham, Coventry oder Liverpool.

Die soziologische Analyse kann freilich nur das Allzumenschliche, das Marktgesicht dieser Stadt erklären, dagegen kaum die Atmosphäre, die in mancherlei Hinsicht heiligmäßig anmutet. Es ist, als stünden all die Menschen unter dem Gelübde, sich für die Zeit ihrer Pilgerfahrt gegenseitig als Geschöpfe Gottes zu begreifen. Verunsichert zuerst, bestürzt dann, wird man allerorts Zeuge der vielfältigsten Gesten der Nächstenliebe: Der Jüngere stützt buchstäblich den Älteren, der Sehende führt den Blinden – fast wie auf mittelalterlichen Tafelbildern, wie in den idealisierten Darstellungen der Nazarener des 19. Jahrhunderts.

Unter dem Gesetz des Ortes haben die Wallfahrer auf Attitüde, auf Maske verzichtet, freilich mitunter auch auf Scheu: Krankheitsgeschichten, ja Erweckungserlebnisse werden untereinander getauscht, unter bis dahin völlig Fremden.

Das konkrete Heilungs-Wunder allerdings, an das der nichtkatholische Europäer in erster Linie denkt, wenn von Lourdes die Rede ist, ereignet sich nicht mehr: Noch immer ist die Zahl 70 nicht erreicht, und diese anerkannten Wunder stammen fast durchweg aus den frühen Jahren. Das „Wunder" ist sehr selten geworden am Ufer des Gave; seltener, seit die Kirche die Prüfungsbestimmungen für die offizielle Anerkennung verschärft hat, seltener, seit die Pilger aufgeklärter sind, seltener, seit *die Sozialgesetzgebung* der europäischen Länder die hochtechnische Medizin allen eröffnete, seltener auch, seit die katholische Theologie im Zuge der modernen Leben-Jesu-Forschung sich sogar zu den Wundern des Neuen Testaments nach innen durchaus aufgeklärt, nach außen jedenfalls reserviert verhält.

Nein, das Wunder von Lourdes liegt nicht in der spontanen Heilung kranker Individuen. Es ist nicht so irdisch, nicht so faßbar. Es geschieht dafür tausendfach, wahrscheinlich hunderttausendfach immerzu in den Köpfen und Herzen der Wallfahrer.

Es geschieht sogar regelmäßig, täglich, wenn nämlich auf dem Oval vor der Rosenkranz-Basilika die Kranken der Messe lauschen, wenn die Priester die Monstranz vorübertragen, sie zu den Hilflosen neigen, und wenn die Hilflosen sich dem Allerheiligsten entgegenrecken. Das ist so unmittelbar, so erhaben über jede Ironie und so jenseits der „Naturgesetze unserer Gesellschaft", daß das Wunder Gestalt geworden ist.

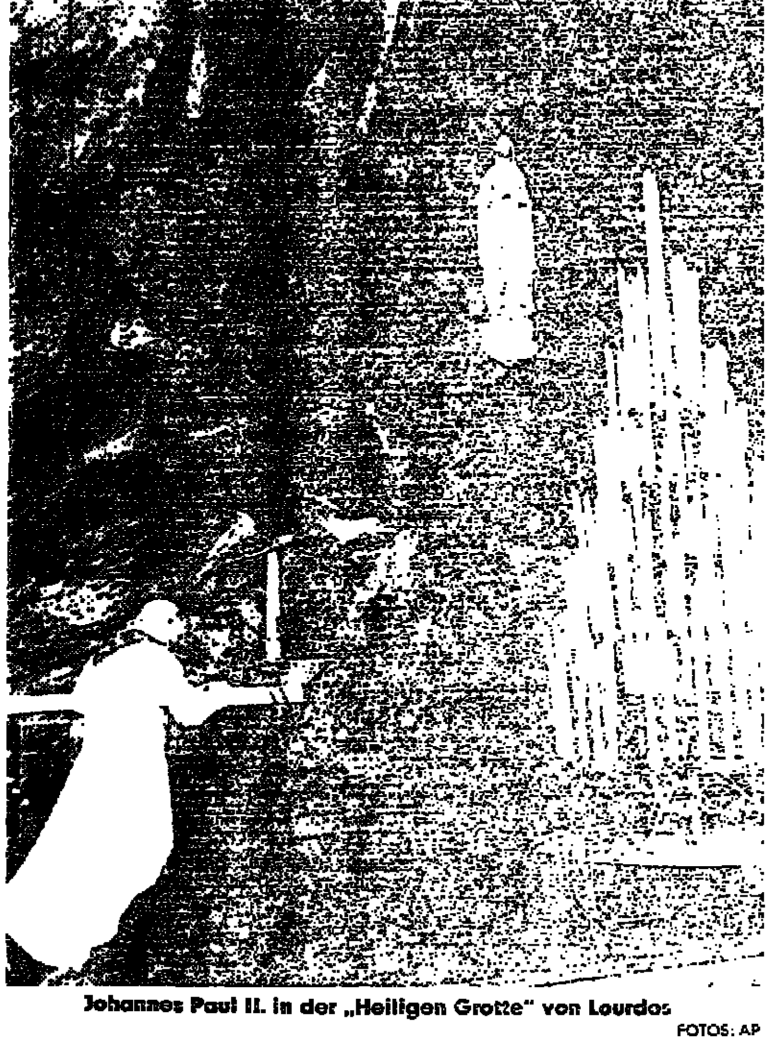
150 000 etwa mögen als Pilger am vergangenen Wochenende in Lourdes gewesen sein. 50 000 kamen zusätzlich, um den Papst zu sehen. Etwa 2000 Rollstühle und Bahren waren im Halbrund aufgereiht. Johannes Paul II. flüsterte hier dem einen Behinderten etwas zu und beugte sich dort zum nächsten Krüppel. Er segnete alle – und er machte die meisten glücklicher. Es war eine Szene, wie sie sich auch hätte im historischen Galiläa ereignen können oder unten am Jordan zur Zeit jenes Pilatus, dessen Bronzestatue am Kreuzweg drei Tage vor der Visite von Vatikangegnern gesprengt wurde.

Papst Karol Wojtyla, von dem man so vieles sieht, hört und liest, und von dem man im Grunde so wenig weiß – wer ist das, welchen Platz wird ihm die Geschichte der römischen Pontifices zuweisen?

Wojtyla entwickelte nach dem Kriege im ehemaligen K. und K.-Polen sein pastorales Talent – und pflegte seine Beziehungen nach Rom und Paris. Er wurde Erzbischof von Krakau, nach und neben Kardinal Wyszynski Polens zweiter Kirchenfürst. Es war eine Art Arbeitsteilung: Wyszynski, der Patriarch, war zuständig für alle politischen und nationalen Fragen, Wojtyla kommunizierte mit dem Kirchenvolk. Was man bis dahin noch für pastorale Begabung halten konnte, erwies sich nun als das Charisma des religiösen Inspirators.



Papst und Pilger: Trost für die Kranken



Johannes Paul II. in der „Heiligen Grotte" von Lourdes

FOTOS: AP

So der sichtbare Hintergrund des Papstes, der die lange Reihe seiner italienischen Vorgänger mit doppeltem Paukenschlag unterbrach.

Politisch, weil die Wahl eines Polen zum höchsten Repräsentanten der katholischen Kirche eine in ihren Folgen noch unübersehbare Herausforderung für die atheistische Weltmacht bedeutete.

Kirchengeschichtlich, weil mit dem heiteren Christen Wojtyla ein ganz neues Element der papalen Selbstdarstellung in Erscheinung trat. Die Kirche hat seit 1978 ein Oberhaupt, das sich auf die elektronischen Medien nicht minder versteht als auf die tridentinische Messe.

In wenigen Jahren hat der Unermüdliche sämtliche Probleme der Welt flugs angefaßt, angesprochen. Wenn er auch keines löste, so rüttelte er doch auf. 18 große Reisen hat er unternommen, mehr als alle seine Vorgänger in diesem Jahrhundert zusammen. Er hat sich wohl 50 Millionen Menschen gutgelaunt, segnend, vielsprachig, leibhaftig vorgestellt.

Ist er nun ein moderner Papst, weil er die medialen Chancen nutzt, weil er sich locker gibt, oder ist er – Pole, auch unter der Tiara – konservativer Priester geblieben? Und das eben ist das Merkwürdige: Man hört ihn, man sieht ihn oft, doch bis heute hat er viel mehr Distanz zwischen sich und seinen Historiographen gehalten als beispielsweise der im Vergleich zu Wojtyla so introvertierte Paul VI., der Montini-Papst.

Für Johannes Paul II. gilt, was Dante über Franz von Assisi, den heiligen Franziskus, sagte: Er macht sich im Lichte unsichtbar. Man könnte verdeutlichend hinzufügen: ... im Rampenlicht, in den Lichtkegeln der Televisions-Techniker.

Der Marien-Kult, insbesondere Maria als Trösterin der Mühseligen und Beladenen, wie sie in Lourdes waltet, und der Papst aus Polen, in dessen ehemaligen Bistum Krakau die „Regina Poloniae", die „Schwarze Madonna", am vergangenen Sonntag ebensoviel Menschen nach Tschenstochau führte wie die Madonna von Massabielle nach Lourdes – beide ergänzen sich in wundersamer Weise.

Sie gehören zueinander: „Totus tuus" – „ganz und gar der Deine", so versprach Wojtyla der Madonna nach seiner Ernennung zum Bischof.

Ist der gegenwärtige Bischof von Rom, Johannes Paul II., also ein „marianischer Papst" – ein Papst, der nach der Unterbrechung durch das II. Vatikanische Konzil, den Marienkult weiter vorantreiben wird – so wie es Pius IX. und Pius XII. vorher taten? Selbst hier muß die letzte Antwort offen bleiben. Das Marienproblem ist vielschichtig und dieser Papst zu wetterfühlig, zu politisch wohl auch, um durch neue dekretale Akzentuierung der weiblichen Dimension Gottes den in der Kurie eben auch vorhandenen ökumenischen Ehrgeiz zum Scheitern zu verurteilen.

Lourdes – Ärgernis oder Glücksort. Massensuggestion nur oder echte Quelle der Tröstung? Man sollte die Menschen aussagen lassen, die hierherkommen. In dem Sonderzug etwa, den der 30 000 Mitglieder starke Kölner Lourdes-Verein vergangene Woche an die Wallfahrtsstätte schickte, waren diejenigen in der Minderheit, die zum erstenmal Kosten und Strapazen auf sich nahmen.

Letztlich aber genügt für die Antwort auf die Lourdes-Frage der Blick auf die vielen tausend durchweg nobel wirkenden Jungen und Mädchen, die mit rührendem Eifer die selig lächelnden Krüppel auf Karren durch die Kitsch-Gassen zu den Messen im „Heiligen Bezirk" ziehen. Es genügt, sich die Leute aus ganz Europa zu betrachten, die freiwillig und unentgeltlich Tag für Tag und stundenlang ohne Pause Behinderte entkleiden und in die Bottiche mit dem Wunderwasser heben. Beschenkt wirken beide: Samariter wie Kranker.

Die Madonna inspiriert wieder Jugend. Sie birgt selbst Träumer und Weltflüchtlinge unter ihrem Schutzmantel: „Ave Maria, Ave ..."

Lourdes – was immer der Verstand dazwischen flüstert, Herz und Gefühl begreifen: Hier liegt eine Insel des Gutseins im Meer der Selbstsucht. Wer es nüchterner mag: Hier finden Europas kleine Leute ihren Himmel auf Zeit, den sie mit mehr Muskel für das Nachher wieder verlassen.

Im Einsatz gegen den schwarzen Markt der Arbeit

Die illegale Arbeit in der Bundesrepublik blüht. Allein im Baugewerbe sind 300 000 „Illegale" tätig, während 125 000 Bauarbeiter arbeitslos sind. Fahnder in 26 Arbeitsämtern sind nun verstärkt dem Übel auf der Spur.

Von E. NITSCHKE

„Man muß in Kauf nehmen, zu unüblichen Zeiten zu arbeiten, und wenn es sein muß, auch mal einen unruhigen Klienten während der Untersuchung in einen Schrank zu sperren."

Lothar Steinebach, der das erzählt, ist weder Polizist noch Psychiater. Er steht vielmehr im Dienst von „BillBG", dem „Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung", genauer gesagt, im Dienst einer der jetzt 26 „Bearbeitungsstellen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung", die von der Bundesanstalt für Arbeit in ebenso vielen Stützpunkt-Arbeitsämtern zwischen Flensburg und Passau eingerichtet wurden.

Die große Kampagne „zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit, die Bundesminister Norbert Blüm in Bonn ankündigte, beginnt für den Kölner „Stützpunkt"-Leiter Lothar Steinebach am Tresen einer Gaststätte weit draußen in der Vorstadt. Wenige Stunden zuvor hatte er einen anonymen Telefonanruf mit dem Hinweis bekommen, daß hier immer an bestimmten Tagen von blitzschnell auftauchenden und wieder verschwindenden Unbekannten an illegale Arbeiter der Wochenlohn ausgezahlt werde. Es ist zwar Sonntag, aber Steinebach tut Dienst, er trinkt ein Bier und plaudert mit den Leuten links und rechts ein wenig.

Ergebnis: Außer Spesen nichts gewesen. Und allzu direkt wollte er auch nicht fragen, zumal „das, was wir machen, nicht ungefährlich" ist. Doch dann findet er bei einer Aktenüberprüfung heraus, daß die Gaststätte gleichzeitig Deckadresse einer Scheinfirma ist. Es wird die Verbindung zu einem „Subunternehmer" mit einem Arbeiter offenbar. Als Steinebach auf der Baustelle auftaucht, verschwindet der in halsbrecherischer Flucht auf dem Fahrrad.

Wenn man so will, war das „Fall 521", denn 350 Fälle aus den Bereichen Köln, Bergisch-Gladbach, Bonn und Brühl hat Steinebach von Düsseldorf nach Köln mitgebracht, als hier das Büro mit der geheimnisvollen Bezeichnung „BillBG" am Klingelknopf aufgemacht wurde, und 170 sind seitdem schon dazugekommen.

Nicht immer war die Lösung so einfach wie im Fall des Jugoslawen, der nach seiner Rückkehr in die Heimat dem früher für ihn zuständigen Arbeitsamt in Deutschland einen Brief schrieb. Darin schilderte er – „weil es meinen Landsleuten bei euch nicht auch so gehen soll" – seine phantastische Geschichte. Er hatte illegal gearbeitet und dabei einen Unfall erlitten. Da für ihn keine Versicherungsbeiträge entrichtet worden waren, bot ihm ein Kollege an, auf seinen Krankenschein unter falschem Namen ins Krankenhaus zu gehen, dafür sollte er aber 500 Mark bezahlen. Er lehnte ab und gab jetzt aus der Ferne Namen und Adressen seiner „Arbeitsvermittler" bekannt.

Wenn die Kölner, die zur Zeit mit zwölf Planstellen arbeiten und darauf achten, daß kein Gesicht ihrer Fahnder fotografiert wird, einmal richtig ausräumen, dann langen die Autos nicht, um das Beweismaterial sicherzustellen. Notfalls geht man mit dem „Schlüsseldienst" in enttarnte Vermittlerbüros, nimmt Zeugen mit und hinterläßt ein Durchsuchungsprotokoll und eine Liste der beschlagnahmten Gegenstände. Gesucht wird der „Schlüssel", nach dem das Unternehmen seine Stundenlöhne ausrechnet, wobei der „Illegale", für den keine Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden, meist schamlos ausgebeutet wird.

Ulf Höltkemeier, Referent für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung beim Landes-Arbeitsamt Düsseldorf: „Das Ganze bringt den illegalen Vermittlern irres Geld – es ist wie beim Rauschgift. Wer hundert Leute hat, verdient an denen pro Tag 10 000 Mark – einfach an der Differenz, was er sich vom Arbeitgeber zahlen läßt und was er selbst davon weiterzahlt."

Während die in Nordrhein-Westfalen besonders aktiven Holländer und ihre „Koppel-Baazen" (Kuppel-Chefs) eigene Landsleute, die zu Hause Arbeitslosengeld kassieren, in großer Menge als Tagesgäste einschleusen, betreiben deutsche, türkische oder vor allem im Wuppertaler Raum aktive italienische Verleiher das Geschäft mit Ausländern aus Nicht-EG-Staaten, die aus Angst vor der Ausweisung zu jedem Preis arbeiten.

Den Vermittler-Firmen auf die Schliche zu kommen, ist deswegen so schwierig, weil sie 30, 40 oder 50 Firmen gleichzeitig gründen, bevorzugt in ländlichen Regionen. Für jeweils einen Arbeitnehmer werden normale Steuern und Abgaben gezahlt, so erhält man die „Unbedenklichkeitsbescheinigung" der Behörde, die zu „Werksverträgen" mit großen Firmen führt. Zur Ausführung der Aufträge kommen dann die „Illegalen". Fliegt die Sache auf, ist die Firma schon erloschen. „Es ist die Spitze eines Eisbergs, was wir aufdecken", sagt Lothar Steinebach, „aber es hat wohl doch eine abschreckende Funktion."

Die ist wohl vonnöten. Hauptgeschäftsführer Harald Hasberg von der lokalen Handwerkskammer gibt den illegalen Umsatz in seinem Bereich mit einer Milliarde Mark jährlich an, von 70 000 Kölner Baubeschäftigten arbeiteten 15 000 regelmäßig schwarz. Das „allmähliche Rutschen in die Illegalität", der „Verlust des Rechtsempfindens" sogar bei Richtern, die solche Taten als „Kavaliersdelikte" abtäten – das ist es, was Ulf Höltkemeier dabei aufregt.

So ist zum Beispiel die größte Baufirma im Tübinger Raum, die zudem noch dem Innungsmeister persönlich gehört, auf die schiefe Bahn geraten. Die Folge nach Aufdeckung der Machenschaften mit „Illegalen": 150 000 Mark Geldbuße und 600 000 Mark Wiedergutmachung. Das alles geschieht, so Konrad Carl, Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden, während 125 000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos sind. 10 Milliarden Mark Schaden entstünden durch die 300 000 „Illegalen" und ihre Steuerschulden, plus fünf Milliarden Mark Schaden für die Rentenversicherung durch nicht gezahlte Beiträge.

Angesichts dieser Zahlen war es schon ein besonderes Ereignis, als man vor einigen Wochen die Baustelle des neuen Landtagsgebäudes in Düsseldorf überprüfte, das gesamte Areal von der Polizei absperren ließ und tatsächlich auch einen ganzen Haufen „Illegaler" aufstöberte. Ulf Höltkemeier: „Als bei der Duisburger U-Bahn ähnlich geprüft wurde, rannten die Leute wie die Hasen, und manche sprangen zwei Stockwerke tief." Und: „Wir kommen von kleinen Fischen zu immer größeren. Die Arbeit hat enorm zugenommen."

Angola: Unita verstärkt ihre Offensive

K. J. Bonn

Nach der Eroberung der strategisch wichtigen Stadt Cangamba in der angolanischen Provinz Moxico setzt die prowestliche Befreiungsorganisation Unita jetzt zum Sturm auf die Provinzhauptstadt Luso an. Luso, vor 1976 Hauptquartier der Unita, ist der letzte wichtige Stützpunkt der Regierungstruppen in Moxico.

Wie der Vertreter der Unita in der Bundesrepublik Deutschland mitteilte, wurden bei den elftägigen Kämpfen um Cangamba 709 Regierungssoldaten und 120 Kubaner getötet. Die eigenen Verluste wurden mit 63 Toten und 200 Verwundeten angegeben. Der Unita habe fünf Kampfflugzeuge vom sowjetischen Typ MiG-21 und vier Hubschrauber des Gegners zerstört und 2300 Feuerwaffen und 12 Fahrzeuge erbeutet. Ein Teil der kubanischen Soldaten sei vor der Entscheidungsschlacht mit Hubschraubern aus Cangamba ausgeflogen worden.

Die amtliche angolanische Nachrichtenagentur Angop hatte zuvor berichtet, die belagerte Stadt sei von acht südafrikanischen Kampfflugzeugen angegriffen worden. Dies wurde in Pretoria bestritten.

Mit ihrer am 1. August gestarteten Großoffensive – Kämpfe sind auch in den Provinzen Lunda, Malange, Huambo und Cuanza im Gange –, will die Unita nach eigenen Angaben das linksgerichtete MPLA-Regime in Luanda zwingen, in Verhandlungen über die Beendigung des Buschkriegs und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit einzutreten.

Andropow betont „flexible Haltung"

dpa, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat gestern die Haltung seines Landes bekräftigt, bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen weiterhin „eine konstruktive und flexible Haltung" einzunehmen. „Wir werden diese Haltung verfolgen, bis die amerikanische Regierung ihre neuen Nuklear-Raketen auf europäischem Territorium stationiert und uns zwingt, defensive Gegenmaßnahmen zur Sicherheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu ergreifen", sagte Andropow nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass.

Andropow erklärte dies gegenüber dem amerikanischen Gewerkschaftsführer William Winpsinger, der Präsident der internationalen Vereinigung der Arbeiter in Maschinenbau- und Flugzeugindustrie sowie Vizepräsident des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO ist.

Weitere türkische Zeitung verboten

dpa/UPI/AFP, Istanbul

Die türkischen Behörden haben am Dienstag mit der Mitte-Links-Zeitung „Milliyet" eine weitere Tageszeitung innerhalb einer Woche verboten. Für das Verbot sei kein offizieller Grund angegeben worden, sagte ein Herausgeber der Zeitung in Istanbul. In der vergangenen Woche war die führende konservative Zeitung „Tercuman" von den Militärbehörden verboten worden, weil sie in einem Leitartikel die Militärdiktatur als Nacht zwischen zwei Tagen bezeichnet hatte. Am vergangenen Sonntag hatte „Milliyet" den Generälen vorgeworfen, nur politische Parteien zuzulassen, die ihnen wohlgesonnen seien.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Keine Mißverständnisse mehr wie zwischen Begin und Schmidt"

Botschafter Ben-Ari sieht Kohl-Besuch als Meilenstein für realistische Beziehungen

Bundeskanzler Helmut Kohl reist vom 31. August bis zum 4. September nach Israel. In einem Gespräch mit *der WELT erläuterte der israelische* Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben-Ari seine Einschätzungen und Erwartungen zu diesem Besuch. Mit dem Botschafter sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Botschafter, Bundeskanzler Kohl wird als zweiter deutscher Regierungschef Israel einen offiziellen Besuch abstatten. Ist die Zeit der Mißverständnisse und der Belastungen auch persönlicher Beziehungen im deutsch-israelischen Verhältnis vorbei?

Ben-Ari: Solange Menschen miteinander leben, wird es Mißverständnisse geben. Ich will hier keine Verpflichtung für die Zukunft übernehmen. Auch zwischen Ländern gibt es verschiedene Einschätzungen. Aber ich kann folgendes sagen: Die persönlichen Mißverständnisse wie sie es zwischen Ministerpräsident Begin und dem früheren Kanzler gegeben hat, bestehen nicht mehr. Außerdem sind die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel sinnvoll und realistisch. Ich hoffe, daß der Besuch des Bundeskanzlers ein weiterer Meilenstein auf diesem Wege sein wird. Es geht dabei um das gegenseitige Verstehen der Absichten und Handlungen. Die Grundeinstellungen beider Regierungen sind sehr ähnlich. Beide wünschen den Frieden, sowohl in Europa als auch im Nahen Osten. Es kann Unterschiede über das taktische Vorgehen im Hinblick auf dieses Ziel geben. Aber wir sind beide Länder und Völker der westlichen Welt.

WELT: Der Bundeskanzler hat im Hinblick auf seine Reise nach Israel gesagt, jeder von uns hat in seinem Gepäck die jüngste Geschichte. Von Ihnen stammt das Wort, es gibt menschliche Verbrechen, über die kein Gras wächst. Welche Verpflichtungen ergeben sich daraus für die konkrete Politik?

Ben-Ari: Wir in Israel erwarten nicht, daß die deutsche Regierung oder die deutschen Medien jeden Beschluß der Regierung in Jerusalem von vornherein für richtig halten. Das würde zuviel an Erwartung sein. Die Verhandlungen über den Frieden im *Nahen Osten werden ja auch nicht* zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel oder zwischen arabischen Staaten und Bonn geführt. Aber die Beziehungen zwischen unseren Ländern sind durch die Vergangenheit, wie sie der Bundeskanzler dargestellt hat, besonders geprägt. Und daraus ergibt sich, so glaube ich auch persönlich, eine gewisse Verantwortlichkeit für Deutschland. Zum Beispiel für die Sicherheit der Menschen, die heute in Israel leben. In vielen Fällen sind es die Söhne und Töchter derjenigen, die in der NS-Zeit umgebracht worden sind. Ich höre von vielen Deutschen mit Befriedigung, daß sie sich auch aus diesem Grund solidarisch mit Israel und seinen existentiellen Anliegen betrachten.

WELT: Sehen Sie einen realistischen Weg, die Basis für den Frieden im Nahen Osten zu verbreitern?

Ben-Ari: Wenn Sie zurückblicken, so hat es Hunderte von Vorschlägen und Meinungen für einen Friedensprozeß in dieser Region gegeben. Aber realistisch und erfolgreich sind bisher nur zwei. Das war die Initiative für den Frieden zwischen Ägypten und Israel. Dieser Friede ist kompliziert, aber er ist echt. Seit 1973 sind weder Ägypter noch Israelis an dieser Grenze gestorben. Der zweite Aspekt ist der Vertrag mit Libanon. Wenn es nach dem Wunsch des *libanesischen Volkes ginge, dann hätten* wir einen Friedensvertrag und nicht nur ein Abkommen, wie man Libanon wieder unabhängig macht. Aber in beiden Fällen ist dies nur dadurch gelungen, daß sich die direkt betroffenen Staaten und Gruppen zusammengesetzt haben. Vorschläge, internationale Gremien einzusetzen oder auch Terrorgruppen als Gesprächspartner zu akzeptieren, haben dazu keinen Beitrag geleistet. Ähnlich wie mit Ägypten und Libanon könnte es auch mit Jordanien zu einer Übereinkunft kommen.

WELT: Was steht solchen Kontakten mit Jordanien im Wege?

Ben-Ari: Die fehlende Bereitschaft des jordanischen Königs. Ich bin überzeugt, daß er in kürzester Zeit nach Jerusalem eingeladen würde oder Vertreter unserer Regierung mit dem ersten Flugzeug nach Amman kommen würden.

WELT: Haben Sie den Eindruck, daß die Bundesrepublik Deutschland und die EG insgesamt wieder zu einer realistischeren Betrachtungsweise der Nahost-Problematik zurückgekehrt sind?



Yitzhak Ben-Ari, israelischer Botschafter in Bonn

Ben-Ari: Ich meine ja. Die Normalisierung der Beziehungen mit Israel, die während der deutschen Präsi*dentschaft der EG wieder erzielt wur*de, ist ein Beispiel dafür, was Sie in der Frage angesprochen haben. Israel und mit ihm generell auch die arabischen Mittelmeeranrainer haben den Wunsch, daß die Märkte Europas offen bleiben für ihre Produkte. Wir hoffen, daß Europa keine protektionistischen Wege geht. Zusicherungen für offene Märkte gibt es, auch durch die Regierung in Bonn.

WELT: Herr Botschafter, gibt es aus israelischer Sicht nach der Zerstörung des PLO-Hauptquartiers in Beirut und angesichts von Berichten über Führungskämpfe in der PLO-Spitze heute eine andere Bewertung dieser Organisation als in früheren Jahren?

Ben-Ari: Meine Meinung ist, daß wir die PLO in der Vergangenheit richtig beurteilt haben. Was jetzt in der PLO vorgeht, ist ein Machtkampf in der arabischen Welt. Es ist die Tragödie des palästinensischen Volkes, daß immer nur seine radikalsten Kräfte das Wort führen und diese den Weg des Alles oder Nichts gehen. Sie ziehen die Interessen des Nachbarn, zum Beispiel von Israel, nicht in Betracht.

WELT: Wird Ministerpräsident Begin bei dem Besuch des Kanzlers das Thema Panzerlieferungen an Saudi-Arabien ansprechen?

Ben-Ari: Das weiß ich nicht und es ist nicht meine Aufgabe, auf Gesprächsthemen der beiden Regierungschefs einzugehen. Aber natürlich geht das von Ihnen angesprochene Problem Israel direkt an. Es bewegt nicht nur die öffentliche Meinung in Israel. Ganz abgesehen von historisch-moralischen Gesichtspunkten würde eine Lieferung des Waffensystems Leopard II an Saudi-Arabien Gefahren für Israel bringen.

WELT: Es bleibt also bei den generellen Einwänden Israels gegen die Lieferung von deutschen Panzern an Saudi-Arabien?

Ben-Ari: Ja. Mit gleicher Entschiedenheit füge ich hinzu, Israel wird keine Verhandlungen über irgendein Kompensationsgeschäft führen, es wird keine Vorschläge für den Austausch von Waffen unterbreiten. In den Fragen der eigenen Sicherheit nimmt Israel einen sehr entschiedenen Standpunkt ein. Israel ist in dieser Region von modernsten sowjetischen Waffen bedroht. Das Auf- und Nachrüsten im Nahen Osten ist eine Gefahr für den Frieden. Mehr Waffen geben nicht mehr Frieden. Der Bundeskanzler hat das Ziel genannt: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Ich bin überzeugt, die verantwortlichen Politiker in meinem Lande wären zu jeder Zeit bereit, mit allen arabischen Ländern über eine Abrüstung zu konferieren.

WELT: Wie stellt sich heute das Verhältnis zwischen Israel und Saudi-Arabien dar?

Ben-Ari: Saudi-Arabien ist noch immer im Heiligen Krieg gegen Israel. Saudi-Arabien hat jeden arabischen Staat, der Kriege mit Israel geführt hat, unterstützt. Es könnte sich vieles ändern, wenn Saudi-Arabien vom Weg des religiösen und nationalen Fanatismus abgehen und normale Beziehungen zu Israel anstreben würde. Wir haben Verständnis für die Sicherheitsinteressen dieses Landes. Aber richtig ist, daß Saudi-Arabien noch niemals von Israel bedroht worden ist, aber es Angriffe gegen Israel immer unterstützt hat. Es hängt also von Saudi-Arabien ab, ob und wann es Frieden mit Israel will.

WELT: Wird bei dem Besuch des Bundeskanzlers der Ost-West-Konflikt ein wichtiges Thema sein?

Ben-Ari: Das hängt vom deutschen Bundeskanzler ab. Er hat sicher mehr Erkenntnisse darüber als wir. Wir sehen den begrenzten Einfluß der Sowjetunion in unserem Raum in der negativen Form, daß sie unsere Gegner mit Waffen unterstützt. Der Einfluß Moskaus im Nahen Osten ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen, und der Einfluß der USA hat sich vergrößert. Inzwischen gibt es sogar Kontakte zwischen Syrien und den USA. Die Vereinigten Staaten sind heute bei der Suche nach dem Frieden der Ansprechpartner sowohl der Israelis als auch der Araber.

WELT: Worin liegen die Gründe dafür, daß afrikanische Staaten wieder ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen?

Ben-Ari: Die praktischen Beziehungen zu diesen Staaten waren eigentlich nie unterbrochen, nur die offiziellen Verbindungen. Wenn ich ein wenig zynisch sein darf, dann muß ich sagen, daß viele dieser Länder geblendet wurden von Versprechen für den Fall, daß sie ihre Beziehungen zu Israel abbrechen. Es handelte sich um Versprechen, die nicht gehalten wurden. Vielleicht bestand von vornherein die Absicht, sie nicht einzulösen. Die afrikanischen Staaten haben ihre Beziehungen neu überdacht, und sie wissen, daß wir ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten bei der Entwicklung ihrer Länder helfen werden.

„DDR"-Agenten und ihre Rolle bei Fluchthilfe

Behörden erhoffen sich von Festnahme neue Erkenntnisse

F. DIEDERICHS, Berlin

Den Berliner Sicherheitsbehörden ist jetzt erstmals die Festnahme einer „DDR"-Agentin gelungen, die vom Ostberliner „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) in Westberliner Fluchthelferkreise eingeschleust worden war, um bevorstehende Hilfsaktionen für „DDR"-Bewohner zu verraten. Die Berliner Behörden erhoffen sich von der Festnahme der 29jährigen Edda B. und dem Auffliegen ihres 22jährigen Freundes Guido T., der ebenfalls für die „DDR" spionierte und kurioserweise jetzt dort im Gefängnis sitzt, wichtige Erkenntnisse über die Arbeitsweise eingeschleuster „DDR"-Spitzel, die heute nahezu in jeder großen Fluchtorganisation vermutet werden.

Daß seit Inkrafttreten des Viermächte-Abkommens im Jahre 1972 mehr als 1400 Fluchthelfer in der „DDR" verhaftet wurden, führen westliche Sicherheitsbehörden nicht zuletzt auf eine starke Unterwanderung professioneller Fluchthilfe-Organisationen durch „DDR"-Spitzel zurück. Vielfach, so ein Berliner Justizsprecher zur WELT, dürfte es sich bei diesen Spitzeln um ehemals in der „DDR" inhaftierte Personen handeln, denen für eine Verpflichtung zur geheimdienstlichen Tätigkeit ein nicht unerheblicher Straferlaß in der „DDR" gewährt worden sei.

Nach Ansicht der Berliner Ermittlungsbehörden haben die jetzt wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, Freiheitsberaubung und politischer Verdächtigung unter Anklage gestellten Edda B. und Guido T. im Frühjahr dieses Jahres wenigstens fünf Fluchthelfer sowie eine fluchtwillige „DDR"-Bewohnerin auffliegen lassen, denen deshalb langjährige Haftstrafen drohen. Wie dicht der Ostberliner „Staatssicherheitsdienst" an den Informationsquellen des Westberliner Fluchthilferings saß, dokumentiert die Aussage der geständigen Edda B., die im Auftrag der Fluchthelfer nicht nur unter der eigenen Telefonnummer in Annoncen Fahrer für Schleusungen suchte („Lukratives Nebeneinkommen für Kraftfahrer"), sondern auch in ihrer Wohnung im „DDR"-Auftrag Fluchtaktionen besprechen ließ.

Die junge Frau, die unter dem Decknamen „Lotte" bei den „DDR"-Stellen geführt wurde, teilte dann bei insgesamt fünf Besuchen in Ost-Berlin ihren Auftraggebern Einzelheiten über Fluchtprojekte mit. Sie erhielt dafür 1600 West-Mark ausgezahlt, die sich das Ministerium für Staatssicherheit quittieren ließ. Edda B. wurde enttarnt, als die Berliner Staatsanwaltschaft in einem privaten Schreiben aus der „DDR" einen Hinweis auf die Agentin bekam.

Ihr Lebensgefährte Guido T., dem die gleichen Delikte vorgeworfen werden, ist derzeit für die Berliner Ankläger außer Reichweite: Er sitzt in einem Ostberliner Gefängnis eine achtjährige Haftstrafe wegen Fluchthilfe ab. Hintergrund dieses ungewöhnlichen Falles: Guido T. nahm zu der Zeit, als er für die „DDR" bereits Spitzeldienste leistete, an einem lukrativen Fluchthilfeunternehmen teil, daß er jedoch seinen östlichen Auftraggebern verschwieg. Bei dieser Aktion wurde er in der „DDR" verhaftet.

Daß die „DDR" zur Tarnung ihrer Spitzel sogar das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" bemüht, gibt den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eine besonders pikante Note. Die Behörden stellten fest, daß das „Neue Deutschland" bereits am 22. Februar dieses Jahres die Festnahme zweier „auf frischer Tat gestellter" West-Berliner gemeldet hatte, die „nach persönlichen Instruktionen des Bandenmitglieds Edda B." mehrfach die Transitstrecke mißbraucht hätten. Zum Zeitpunkt dieser Meldung arbeitete das „Bandenmitglied" aber bereits für die „DDR" ...

Vorwürfe der Grünen gegen General Bastian

Er soll sein Verhalten vor der Fraktion rechtfertigen

WERNER KAHL, Bonn

Der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian, Verteidigungsexperte der Grünen im Bundestag, ist wegen seiner Zustimmung zur Ausrüstung der Bundeswehr mit verbesserten konventionellen Waffen in das Feuer der Kritik aus den eigenen Reihen geraten. Nach der Rückkehr von einer Reise aus Übersee soll Bastian in einer nichtöffentlichen Sitzung der Grünen-Fraktion seine Rolle als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages rechtfertigen.

In einem groß aufgemachten Artikel des linken Szenenblattes „Taz" hieß es gestern unter Berufung auf ein Mitglied der Grünen-Fraktion, man werde „vom Ex-General, der die Aktion Schwalba-Hoth als ‚abscheulich und menschenverachtend' bezeichnet habe, eine Rücknahme seiner positiven Beurteilung des PAH-2 verlangen". Bastian hatte sich im Ausschuß zu einer deutsch-französischen Entwicklung des nachtflugfähigen Panzerabwehrhubschraubers PAH-2 zustimmend geäußert.

Dem 60jährigen, vorzeitig pensionierten General, der bisher als Aushängeschild der Grünen in der „Friedensbewegung" gilt, wird jetzt politische „Nachtblindheit" vorgeworfen. Außer der Zurücknahme seines Votums für das PAH-2-Programm erwartet eine starke Gruppierung in der Grünen-Fraktion, daß Bastian die anscheinend bisher gewahrte Vertraulichkeit über die Sitzungen des Verteidigungsausschusses aufgibt oder zumindest erheblich lockert.

Falls er jedoch „konstruktiv für konventionelle Rüstung" eintrete, so die „Taz", würde dies „das keynesianische Krisenlösungsmuster der Grünen geradezu ins Mark" treffen. Der Ex-General entziehe damit „einer zukünftig verändert zusammengesetzten Bundesregierung sämtliche Möglichkeiten einer Reformpolitik". Eine solche Bundesregierung sieht das Blatt offenbar in einer Koalition SPD/Grüne und zitiert den „Haushaltsexperten Hajo Hoffmann (SPD)". Wörtlich: „Als der Sozialdemokrat dem Autor dieser Zeilen die Zahlen dafür auf den Tisch legte, stand mit der Wahl der Grünen in den Bundestag eine Alternative zur herkömmlichen Verteidigungspolitik ins Haus." Das Blatt abschließend: „Wer hätte gedacht, daß ein grüner General den konventionellen Aufrüstungskurs ... unterstützen würde"?

*

dpa, Bonn

„Fundamentale Kritik" an dem Angriff des grünen Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth auf den US-General hat auch der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Lukas Beckmann, geäußert. Beckmann stellt sich damit im Gegensatz zum Vorstand und zum Bundeshauptausschuß seiner Partei, die in ihren Stellungnahmen Verständnis für die Aktion Schwalba-Hoths bekundet und ihn gegen Angriffe in Schutz genommen hatten. Kritisch gegenüber der Aktion hatte sich auch schon die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly geäußert.

Spranger: Äußere Ruhe vor „heißem Herbst" trügt

rtr, München

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Karl-Dieter Spranger, befürchtet im Fall der Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland gewalttätige Ausschreitungen und terroristische Aktionen. Die äußere Ruhe der Urlaubszeit dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die „politischen Extremisten" ihren Einfluß in der „sogenannten Friedensbewegung" zu erweitern suchten und „aggressive Protestaktionen" vorbereiteten, schrieb Spranger gestern im CSU-Organ „Bayernkurier". Bundeskanzler Helmut Kohl hatte noch am Wochenende erklärt, er rechne nicht mit einem „heißen Herbst".

Spranger bekräftigte in seinem Artikel die Forderung der CSU nach einem Verbot der Vermummung und passive Bewaffnung. Scharfe Angriffe richtete er gegen die Grünen, denen er vorwarf, den gesetzlich festgelegten Gewaltbegriff durch „verniedlichende und vernebelnde Begriffe" zu umgehen.

Prag: SPD ist „wenig glaubwürdig"

dpa, Prag

Nach der Kritik Moskauer Zeitungen an der SPD hat auch das Zentralorgan der tschechoslowakischen KP „Rude Pravo" die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als „wenig glaubwürdig" bezeichnet. Man müsse sich fragen, weshalb die SPD heute „das oder jenes fordert, was sie in 13 Jahren als Regierungspartei hätte durchsetzen können", schrieb die Zeitung gestern. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen Name „verblaßt" und dessen Rat „nicht mehr gefragt sei", habe als „Vater des NATO-Doppelbeschlusses ein trauriges Erbe hinterlassen", das vor allem die SPD selbst spalte. Wenn die SPD in den letzten Monaten wieder an Popularität gewonnen habe, sei dies vor allem „den Fehlern der konservativen Koalitionsparteien zu verdanken", denn die Partei habe bis heute in der Opposition „keine reale Alternative" zur Regierungspolitik gefunden.

Auch FDP diskutiert Raketenfrage

dpa, Bonn

Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer will nicht ausschließen, daß es auch in der FDP keine einhellige Befürwortung der Raketenstationierung geben wird. Sie erinnerte daran, daß der Bundestag schon mehrfach Resolutionen zur Frage der Nachrüstung beschlossen habe. Seither sei allerdings eine stärkere Polarisierung in der Bevölkerung eingetreten. Daher rechne sie damit, daß der Bundestag nach dem 15. November noch einmal in einer Resolution zur NATO-Nachrüstung Stellung nimmt, die die bis dahin erreichten Ergebnisse in Genf berücksichtigt.

Für „Kolaboration verurteilt"

rtr/DW. Moskau/Bonn

Nach dem belgischen Staatsbürger und Sowjetemigranten Jermak Lukjanow (s. WELT v. 1. 8.) ist ein weiterer ehemaliger Flüchtling in der Sowjetunion zum Tode verurteilt worden. Der Weißrusse Alexander Korol wurde der Kolaboration mit den Deutschen und der Beteiligung an einem Massaker während des Zweiten Weltkrieges für schuldig befunden. Erstmals hat Tass auch zu dem Fall Lukjanow Stellung genommen. Eine Auslieferung an Belgien käme nicht in Frage. Das Kriegsgericht in der Kalmückischen Sowjetrepublik hatte dem 70jährigen vorgeworfen, während des Zweiten Weltkrieges auf seiten der Deutschen in der Sowjetunion und in Polen gekämpft zu haben, nachdem er als Offizier der Roten Armee in die Hände der Deutschen gefallen sei.

Hupka: Nicht Grenzen von 1937 in Frage stellen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete widerspricht der zunehmenden Tendenz einer nur noch historischen Betrachtung

BERNT CONRAD, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka hat sich mit Nachdruck gegen die zunehmende Tendenz gewandt, die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 nicht mehr als weiterbestehende Rechtsgrundlage, sondern nur noch als „historischen Ausgangspunkt" zu betrachten. Wer heute, aus welchem politischen Lager und mit welchen Scheinargumenten auch immer, die Grenzen von 1937 in Frage stelle, schwäche die Position des deutschen Volkes und mindere die Chancen, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, erklärte Hupka in einem Gespräch der WELT. Der Abgeordnete, der gleichzeitig Vorsitzender der CDU/CSU-Kommission für Aussiedlerfragen und Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien ist, zielte damit nicht nur auf SPD-Politiker wie Claus Arndt und Kultusminister Jürgen Girgensohn, sondern auch auf Stimmen aus der Union.

Grundsätzlich bemerkte Hupka, der Verweis auf das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 gehe auf das „Londoner Protokoll" vom 12. 9. 1944 und die Berliner Erklärung vom 5. 6. 1945 zurück. Das Datum sei von den Alliierten des Zweiten Weltkrieges gewählt worden, weil es Deutschland vor der Anschluß- und Eroberungspolitik Hitlers beschreibe. Auch das Grundgesetz fuße im Artikel 116 bei der Kennzeichnung der deutschen Staatsangehörigkeit auf „dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. 12. 1937".

Der CDU-Politiker argumentierte weiter, im Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. 7. 1973 werde festgehalten: „Das Deutsche Reich existiert fort." Professor Dieter Blumenwitz merkte dazu an, daß damit das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 gemeint sei; werde doch in der Urteilsbegründung erklärt, daß auch „die Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. 12. 1937 rechtliche Qualität" hätten.

Angesichts dieser Rechtslage muß Behauptungen des nordrhein-westfälischen Kultusministers Girgensohn, die Grenzen von 1937 seien nur noch historisch zu sehen, nach den Worten Hupkas energisch widersprochen werden. Das gleiche gelte für die These, „daß es unterschiedliche Qualitäten zwischen den beiden deutschen Demarkationslinien an Elbe, Werra und Fulda einerseits und an Oder und Neiße andererseits" gebe. Mit solchen Theorien solle deutlich gemacht werden, daß das ganze Deutschland nicht mehr Gegenstand der „Bemühungen um Deutschland" zu sein brauche, sondern nur noch der mit Mitteldeutschland zu bezeichnende Teil.

Hupka zitierte in diesem Zusammenhang den SPD-Politiker Claus Arndt mit der Behauptung: „Das deutsche Volk lebt heute nicht mehr im ganzen Gebiet, das 1937 zum Deutschen Reich gehörte. Daher kann sich das Wiedervereinigungsgebot nicht auf dieses Gebiet erstrekken." Der CDU-Abgeordnete bezog sich auch auf die Absicht von Unionspolitikern, durch eine „Qualitätsunterscheidung" bei den Grenzlinien eine Neueinteilung der katholischen Diözesen in der „DDR" und deren gänzliche Loslösung von den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

Hupkas Kommentar: „Es ist eine unsinnige Behauptung, unterschiedliche Qualitäten der innerdeutschen Demarkationslinien annehmen zu wollen, um dann den einen Teil vielleicht auf Kosten des anderen, also Ostdeutschlands, retten zu können. Beide Teile, Mittel- und Ostdeutschland, sind heute Herrschaftsbereiche des Kommunismus, und eine Änderung des gegenwärtigen Unrechtszustandes ist überhaupt nur dann möglich, wenn der Kommunismus nicht mehr so mächtig wie heute ist."

Zu der These, die Grenzen von 1937 seien im Hinblick auf einen Friedensvertrag kein „territoriales Zieldatum", meinte der Unionspolitiker, es gebe in der Tat keine verbindliche Zusage der Bündnispartner, wie das künftige Gesamtdeutschland beschaffen sein solle. „Allerdings sind die ersten, die nach Deutschland gefragt werden, die Deutschen selbst. Wir aber sollten uns hüten, die Substanz, und das ist Deutschland in den Grenzen von 1937, preiszugeben, weil wir nicht wissen, und auch nicht wissen können, ob Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen sein wird." Wenn die Bundesrepublik Schritt für Schritt Teile Deutschlands aufgebe, werde es überhaupt nie zu Friedensverhandlungen kommen, betonte Hupka: „Darum ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 kein historisches Datum, sondern die zutreffende politisch-rechtliche Darstellung und Behauptung ganz Deutschlands."

Südjemen sucht Distanz zu Moskau

Der Hafen Makalla soll kein sowjetischer Stützpunkt werden / Hilfe von den Golf-Staaten

PETER M. RANKE, Beirut

In der kommunistischen Volksrepublik Südjemen unternimmt Präsident Ali Nasser Mohammed vorsichtige Manöver, um die Abhängigkeit von Moskau zu lockern und um die bankrotte Staatswirtschaft zu reformieren. Er muß äußerst bedachtsam vorgehen, um seinen Gegnern keinen Grund zum Putsch zu geben.

Aus Diplomaten-Kreisen verlautet, daß Ali Nasser Mohammed bisher dem sowjetischen Verlangen widerstanden hat, den im Bau befindlichen Hafen Makalla in der Region Hadramaut als Basis sowjetischen Kriegsschiffen zu überlassen. Auch auf die von den Sowjets geforderte Erhöhung ihrer Schiffsliegeplätze im Hauptstützpunkt Aden sind die Südjemeniten nicht eingegangen.

Zunächst hat Ali Nasser Mohammed, der als Staatspräsident zugleich Ministerpräsident und Vorsitzender der Staatspartei YSP (Sozialistische Partei Jemens) ist, von Moskau mehr Geld für die Benutzung von Aden und Makalla verlangt. Als die Sowjets nicht darauf eingingen, erklärte er, Südjemen könne die 1983 fälligen Abzahlungen für sowjetische Waffen nicht aufbringen. Daraufhin stundete Moskau die Zahlungen.

Der einwöchige Besuch des sowjetischen Flottenchefs und stellvertretenden Verteidigungsministers Admiral Sergej Gorschkow im März in Aden stand in Zusammenhang mit dem Streit um Basen und Geld. Was im einzelnen dabei herauskam, bleibt unbekannt. Sicher scheint aber, daß die Sowjets mit der Entwicklung in Südjemen nicht mehr zufrieden sind.

Denn sie schickten später eine Partei-Delegation und eine Handelsmission, um auf die Staatspartei größeren Einfluß zu nehmen. Die Verbindung der sowjetischen KP zur südjemenitischen YSP ist für Moskau wichtig, weil 1984 ein Generalkongreß der Staatspartei in Aden stattfindet. Ali Nasser Mohammed will dann Parteichef und Staatspräsident bleiben, aber den Ministerpräsidenten-Posten abgeben. Neuer Regierungschef soll aber nach dem Willen von Ali Nasser Mohammed nicht der jetzige stellvertretende Ministerpräsident Ali Antar werden, der ein Mann der Sowjets in Aden ist. Auch der pro-libysche Verteidigungsminister Salah Muslih Kassem, ein Gegner von Ali Nasser Mohammed, soll dann „abgewählt" werden.

Innenpolitisch hat Ali Nasser Mohammed auf ausgedehnten Reisen durch Südjemen bis zur Insel Sokotra der Bevölkerung statt Ideologie mehr Konsumgüter versprochen. Demonstrativ hörte er sich nicht die Parteifunktionäre an, sondern die Klagen der Bevölkerung.

Außenpolitisch ist der Kurs von Ali Nasser Mohammed klar in Richtung auf die gemäßigten arabischen Golfstaaten abgesteckt. Nachdem Kuwait eine erste Finanzhilfe von 500 Millionen Dollar vermittelt hatte, normalisieren sich die Beziehungen Adens zu Oman. Allerdings wurden bisher keine Botschafter ausgetauscht. Dafür entsandten die Saudis wieder einen Botschafter nach Aden, und der saudische Innenminister Prinz Naif besuchte Südjemen.

Arabische Diplomaten vermuten, daß Moskau diesem Kurswechsel Ali Nasser Mohammeds zustimmen mußte, weil die Sowjets Südjemen nicht mehr finanziell unterstützen können; Geld für die Entwicklungsvorhaben könnten nur von den arabischen Golfstaaten aufgebracht werden. Allerdings pochen die Sowjets gegenüber Aden auf den Freundschaftspakt von 1979 mit seinen militärischen *Klauseln und auf das* Bündnis Südjemens mit Libyen und Äthiopien. (SAD)

Chiles Bischöfe fordern „Ende der Gewalttaten"

dpa, Vatikanstadt

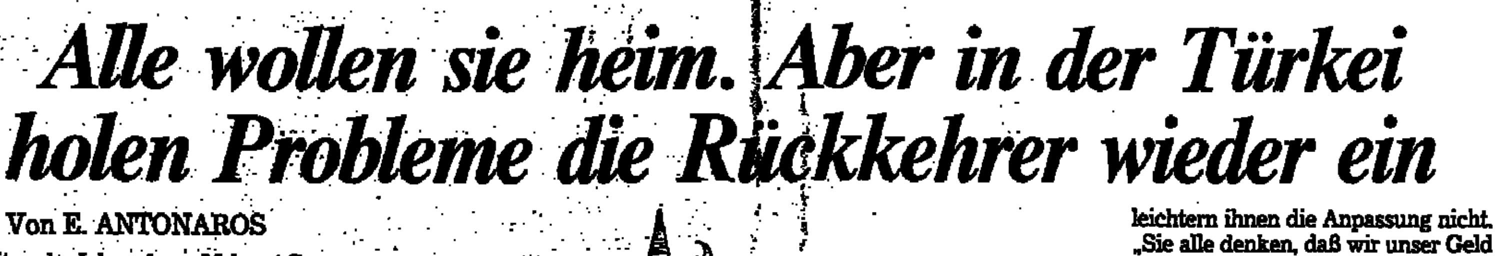
Die Vatikan-Zeitung „Osservatore Romano" hat gestern einen Appell der chilenischen Bischofskonferenz veröffentlicht. Darin heißt es, nur eine „Öffnung zur wahren Demokratie" könne eine große Tragödie in Chile verhindern. Eindringlich berichten die Bischöfe über die Ausschreitungen, die sich während des vierten nationalen Protesttages in der vergangenen Woche in dem Andenstaat ereignet haben. Sie fordern die Einstellung aller Gewalttaten, „von welcher Seite sie auch kommen", und rufen die Regierung zur Beendigung der „Repressionen" auf.

Die Organisatoren des vierten nationalen Protesttages in Chile, darunter die Gewerkschaft der Kupferbergarbeiter, haben die Militärregierung für den Tod von 24 Menschen bei den Demonstrationen verantwortlich gemacht. Staatschef Pinochet wollte im Zusammenhang mit der ersten Sitzung des umgebildeten Kabinetts auch über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit beraten.

Revolutionsführer Khomeini droht mit Ölstopp

AFP, Teheran

Der iranische Revolutionsführer Khomeini hat erneut mit einem Ölboykott gedroht. Wie er in einer vom iranischen Rundfunk übertragenen Rede erklärte, wäre es für die islamischen Staaten ein leichtes, die Supermächte mattzusetzen, wenn „wir nur zehn Tage lang kein Öl fördern". Khomeini fragte: „Warum muß eine Milliarde Moslems Zuschauer der Supermächte sein? Wovor haben sie Angst? Sie halten die Lebensader des Westens und des Ostens in Händen, da das Öl ihr Lebenssaft ist." Zugleich rief der Revolutionsführer zur Pilgerfahrt nach Mekka auf, wobei er die politische Bedeutung einer solchen Reise in den Vordergrund stellte: Es gelte, „die unterdrückten Moslems zu erwecken". Die Gläubigen sollten Informationen über ihre Regierungen austauschen und sowohl „die verbrecherische Sowjetunion als auch die verbrecherischen Amerikaner verurteilen".



Alle wollen sie heim. Aber in der Türkei holen Probleme die Rückkehrer wieder ein

Von E. ANTONAROS

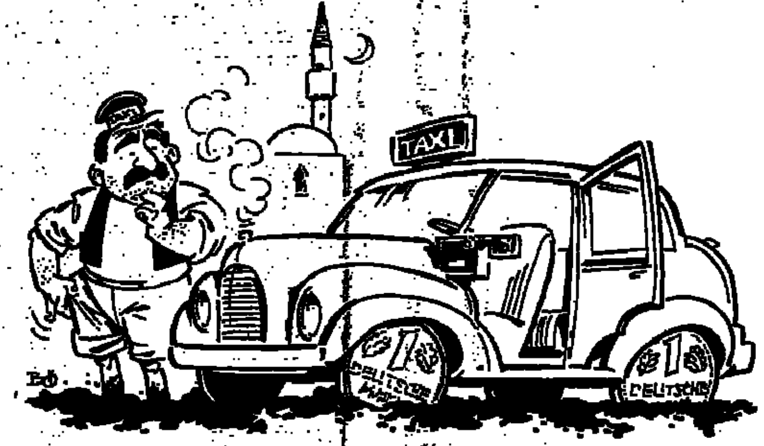
Seit sechs Jahren kann Mehmet Celik mit der „folgenschwersten Entscheidung" seines Lebens einfach nicht fertigwerden. Der ausgebildete Schweißer hatte Ende 1977 nach sechs Jahren harter Arbeit in München die Koffer gepackt und samt Familie und knapp 43 000 Mark, die er auf dem Sparkonto hatte, die Heimreise angetreten. Zurück in die Türkei als gemachter Mann – dies war der große Lebenstraum des aus ärmlichsten Verhältnissen stammenden Bauernsohns.

Der heute 46 Jahre alte Türke wollte sich nicht in seiner mittelanatolischen Heimatstadt Isparta, sondern in Instanbul niederlassen. Denn: „Wenn man mal in einer Großstadt gelebt hat, muß man immer in einer Großstadt leben." Am Stadtrand hatte er ein größeres Grundstück erworben, ein zweistöckiges Eigenheim war geplant. Wie fast jeder heimkehrende Türke wollte auch Mehmet selbständig werden. Er dachte an ein eigenes Taxi.

Es kam anders: Kaum war Mehmet in Istanbul angekommen, begann für die Türkei die schlimmste Wirtschaftskrise ihrer Nachkriegsgeschichte. Die Inflation stieg mit 100prozentigen Sprüngen im Jahresdurchschnitt, Mehmet wechselte seine deutschen Devisen zu einem denkbar ungünstigen Kurs, weil kurz darauf eine rasante Abwertung der türkischen Währung begann. Über Nacht war er selbst für türkische Verhältnisse kein wohlhabender Mann mehr.

Taxifahrer ist der kräftig gebaute Türke trotzdem geworden. Aber das Auto gehört ihm nicht. Mit umgerechnet etwa 290 Mark Monatsverdienst muß er Frau und drei Kinder ernähren. Daher geht er vor Istanbuls Luxushotels auf die Suche nach zahlungskräftigen Türkei-Besuchern, die ihm ein großzügiges Trinkgeld für eine schnelle Fahrt in die Hand drücken werden. „Ach, wäre ich doch in Deutschland geblieben ...", jammert Mehmet.

Ähnlich denken viele der türkischen Gastarbeiter, die sich im Laufe der letzten fünf Jahre für die Heimkehr entschieden haben. Es sind mehrere zehntausend, „nur die wenigstens unter ihnen fühlen sich in der Türkei so wohl wie sie sich das vorgestellt hatten", meint die junge Psychologin Ipek Gence, die seit Jahren als Türkisch-Lehrerin im deutschen Schuldienst in Köln tätig ist. „Die meisten von ihnen, vor allem die jüngere Generation, sind deshalb desillusioniert."



Hier nützt das beste Profil nichts ...

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nurettin Yildirim, schon mit sieben Jahren nach Deutschland ausgewandert, kannte sein Heimatland eigentlich nur als Tourist. Einmal im Jahr führ er mit den Eltern und einem bis-zum-geht-nicht-mehr beladenen Auto nach Ankara und wurde von der erwartungsvollen Verwandtschaft wie ein Paradiesvogel behandelt. Denn die „Alman" – so nennt man in der Türkei die in der Bundesrepublik lebenden Gastarbeiter – waren nicht nur besser gekleidet und hatten viel zu erzählen, vor allem über ein nicht existierendes „phantastisches Leben" in Deutschland. Für jeden Onkel, für jede Tante, für jede Nichte hatten sie ein kleines Geschenk mitgebracht.

Der 26jährige Automechaniker Yildirim aber steht nicht mehr im Mittelpunkt seiner Großfamilie. „Seit ich hier bin, hat ihr Interesse nachgelassen. Ich werde wie jeder andere behandelt", sagt er in seiner Autowerkstatt in Ankara. Sein Traum, sich beruflich selbständig zu machen, ist zwar in Erfüllung gegangen. Aber die fest verteilten Rollen in der türkischen Großfamilienstruktur empfindet der noch unverheiratete Türke als ein lästiges Korsett. „In Deutschland war ich völlig frei und konnte unkontrolliert über mein Geld verfügen." In Ankara muß er respektvoll zuhören, wenn der ältere Bruder spricht, und selbst die Meinung seines Onkels mütterlicherseits zählt im Familienkreis mehr als seine eigene.

Unglücklich ist Yildirim jedoch nicht: „Mittlerweile habe ich hier einen festen Freundeskreis, verdiene nicht schlecht, und fühle mich wohl im meiner Heimatstadt", sagt er. Was ihm noch fehlt, ist eine Braut. Aber das wird die Familie „demnächst" schon arrangieren.

„Zu den größten Fehlern, die die türkischen Heimkehrer machen, gehört die Tatsache, daß sie nur selten in ihr Heimatdorf zurückkehren, sondern sich in einer ihnen völlig fremden Großstadt niederlassen", meint die Psychologin Ipek Gence. „Dort fehlen ihnen die menschlichen Kontakte, die jeder Türke zum Überleben braucht."

Hinzu kommt, daß die „Alman" den Großstädtern nur selten sympathisch sind. „Sie kommen mit ihrem dicken Geldbeutel zurück, kaufen Grundstücke und Etagenwohnungen zu jedem Preis und treiben die Preise in die Höhe, daß Grundbesitz für uns schlechter verdienende Türken mittlerweile unerschwinglich geworden ist", glaubt der junge Anwalt Atila Ok. Solche Spannungen bekommen die Heimgekehrten jeden Tag zu spüren, die Eifersucht und die bissigen Nebenbemerkungen ihrer nie im Ausland gewesenen Landsleute erleichtern ihnen die Anpassung nicht. „Sie alle denken, daß wir unser Geld aus dem Nichts verdient haben", meint Yildirim kritisch. „Nur die wenigsten wissen, daß wir schuften mußten."

Das Gefühl, unbeliebt zu sein, bekümmert sehr viele Heimkehrer. „Sie wollen nur unser Geld haben, aber sie wollen uns nicht haben, weil wir eine Belastung für die Wirtschaft sein könnten", meint ein junger Türke, der in Deutschland Chemie studiert hat. Bei einer versteckten Arbeitslosigkeit von mindestens 20 Prozent ist es jedoch kein Wunder, daß es den türkischen Behörden vor einer massiven Rückwanderungswelle bange wird. Daher versuchen die Politiker in Ankara, sich gegen die erklärte Absicht der Bundesregierung zu wehren, die Zahl der in Deutschland beschäftigten Türken zu verringern.

Selbst das begehrte Devisengeld kommt nur noch in deutlich kleineren Beträgen. Für die Zurückhaltung der in Deutschland lebenden 1,7 Millionen Türken gibt es gute Gründe. Mit der türkischen Landeswährung geht es fast täglich bergab. Hinzu kommt, daß 1982 mindestens 150 000 Gastarbeiter durch eine Pleiteserie von kleinen, völlig unseriösen Banken ihre Ersparnisse verloren haben. Gelockt hatten diese mit vielversprechenden Anzeigen in den Deutschland-Ausgaben der türkischen überregionalen Zeitungen. Zinssätze bis zu 60 Prozent im Jahr wurden in Aussicht gestellt. Als diese „Banken" eine nach der anderen zusammenbrachen, waren die zumeist Kleinsparer die Verlierer.

Trotz eines schwierigen Neubeginns gilt: Die Türken haben Heimweh wie kein anderes Volk. Schnell Geld verdienen und zurück in die Heimat ist ihre Devise.

Mag sein, daß der Islam diese Leute anders geprägt hat. Mag sein, daß sie sich nur zum vorübergehenden Gelderdienen in Deutschland wohl fühlen und daher in einfachsten Wohnungen leben, um möglichst wenig Geld auszugeben und möglichst viel zu sparen. Mag sein, daß sie die größten Integrationsschwierigkeiten haben. „Aber alle, wirklich alle wollen einmal zurück und sparen eisern für diesen Augenblick", meint die Psychologin Gence. (SAD)

Amerika fühlt sich im Fall Barbie schuldig

Bedauern gegenüber Paris / Studie vorgelegt

TH. KIELINGER, Washington

Washington hat sich in einem Schreiben an die französische Regierung dafür entschuldigt, daß US-Geheimdienstbeamte den früheren Gestapochef von Lyon, Klaus Barbie, vor 33 Jahren nicht an Paris ausgeliefert und somit vor Strafverfolgung geschützt haben. Barbie hatte an der Liquidation von Tausenden französischer Juden mitgewirkt, war aber 1947 von amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland, die in der Gegenspionage arbeiteten, als Agent angeworben worden.

Das US-Justizministerium hat jetzt die Hintergründe seiner Dienste in der amerikanischen Abwehr sowie die Umstände seiner 1950 von den Amerikanern ermöglichten Flucht nach Bolivien in einer 216 Seiten langen Dokumentation vorgelegt. Der Brief des State Department an die französische Botschaft in Washington stellt einen in der diplomatischen Geschichte einmaligen Vorgang dar. Zum erstenmal entschuldigt sich hier eine Nachfolgegeneration von Verantwortlichen für Taten, die von amerikanischen Stellen 33 Jahre zuvor in Deutschland begangen und verantwortet worden waren. Das Ironische dabei ist, daß das US-Außenministerium, wie der Bericht nachweist, seinerzeit nicht wußte, daß Barbie in amerikanischen Abwehrdiensten in Deutschland beschäftigt war. Als Frankreich Ende der vierziger Jahre an die amerikanische Regierung herantrat, um die Auslieferung Barbies zu erwirken, gaben Beamte des State Department und der US-Militärregierung in Deutschland gewissenhaft Auskunft, daß sie bei diesem Begehren nicht hilfreich sein könnten.

Nur eine Handvoll amerikanischer Abwehrexperten in Europa – „fünf bis sechs Personen bis zum Rang eines Brigadegenerals" – wußten von der Verwendung Barbies „und behinderten illegal die Justiz in ihren Nachforschungen, indem sie Barbie schützten und ihm die Flucht nach Südamerika ermöglichten".

Allan Ryan, der namens des Justizministeriums die Untersuchungen geleitet hat, gab in seinem Begleitbrief zu der vorgelegten Dokumentation zu verstehen, daß Washington, auch wenn es niemals Klaus Barbie „im offiziellen Sinne des Wortes anstellte", doch nicht „Verantwortung für die Taten von Untergebenen ableugnen" könne.

Barbie wurde zunächst abgestellt, Rumänien-Deutsche zu beschatten und sowjetischen Aktivitäten in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands nachzuspüren. Gleichzeitig sollte er dem Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden in Deutschland auf der Spur bleiben.

Dieser letzte Punkt ist besonders erstaunlich, bedenkt man, daß Frankreich und die USA Kriegs- und Nachkriegsalliierte geworden waren. Dennoch galt die französische Besatzungspolitik in den Augen der Alliierten, besonders der Amerikaner, als zeitweilig beanstandenswert, wenn nicht geradezu herausfordernd.

Als 1949 zum erstenmal Order an die Stationschefs der US-Abwehr in Deutschland erging, Barbie als verdächtig zu entlassen, mißachteten die für die Einstellung des Gestapo-Chefs Verantwortlichen diese Direktive. Die Sorge, wie Frankreich reagieren würde, wenn es erführe, daß ein US-Agent wie Barbie französische Aktivitäten in Deutschland bespitzelte, ließ sie einen Schutzmantel um den gesuchten Mann werfen.

In einem Treffen in Frankfurt, am 4. Mai 1950, beschlossen fünf amerikanische Spionage-Offiziere (zwei leben noch), Barbie endgültig in ihren Schutz zu nehmen und schließlich, da er „zu heiß" geworden war, nach Südamerika zu expedieren. Klage gegen sie zu erheben, so schreibt das Justizministerium, sei nicht mehr möglich. Die Statuten dafür seien längst verjährt. Es ist nicht einmal sicher zu ermitteln, ob der für die Abwehr in Europa zuständige US-Brigadegeneral Robert Taylor voll in den Barbie-Fall eingeweiht gewesen sei. Man müsse aber davon ausgehen, schreibt Ryan. Außerdem habe Taylor bewußt falsche Angaben über Barbie gegenüber nachforschenden Behörden gemacht.

Mitte der sechziger Jahre erwog die amerikanische Armee, Barbie wieder in ihre Dienste zu nehmen. Die Idee wurde aber fallengelassen, als die CIA Einwände wegen der inzwischen großen „Empfindlichkeit" der Thematik Einwände erhob.

Barbie wurde Anfang 1983 von den bolivianischen Behörden nach Frankreich abgeschoben. In Lyon wartet er auf seinen Prozeß.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberge Allee 99, Postfach 20 08 66, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Überforderte Solidarität

„Hilfe für Polens Bauern reicht vom Traktor bis zum Gummistiefel"; WELT vom 30. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Bericht legt Joachim Gliewe dar, welche Hilfsmaßnahmen die katholische Kirche insbesondere für die polnische Landwirtschaft zu ergreifen beabsichtigt. Dabei wird von einem Betrag „von mehreren Milliarden Mark" gesprochen, der durch Spenden/Kollekte, aus Wirtschaftskreisen oder von Regierungen aufgebracht werden soll.

Für die Behebung der Mißwirtschaft in Polen sollen danach nicht nur Einzelbürger zu freiwilliger Spende aufgerufen, sondern auch Käufer und Steuerzahler herangezogen werden, denn sowohl Wirtschaftskreise als auch Regierungen haben dieses Geld nur, wenn sie von Kunden oder Staatsbürgern mehr Geld fordern, als sonst erforderlich wäre.

Es wird nicht ausdrücklich betont, daß deutsche Wirtschaftskreise und die deutsche Regierung beteiligt sind. Man muß das aber angesichts der geradezu „polenseligen" Stimmung während der Spannungen um Walesa und seine „Solidarität" vermuten. Dann zahlten wir Deutschen auch dafür, daß Polen in Gebieten wirtschaftlich überleben können, die vor der Unterstellung unter polnische Verwaltung zu den Kornkammern Deutschlands zählten. Und diese Gebiete sind seit 38 Jahren nicht zurückgegeben, wie nach dem zwingenden Völkerrecht erforderlich, sondern werden von den Polen, jedenfalls von der Staatsführung beansprucht.

Zum Schluß des Berichtes wird noch ein im letzten Jahr beschlossenes Gesetz erwähnt, „das den Erwerb von Grundeigentum bis zu 100 Hektar (früher 20) ermöglicht". Es fehlt aber der Hinweis, daß die Aufstokkung bis zu dieser Höhe nur in den deutschen Ostgebieten erlaubt ist. Im „ursprünglichen" Polen ist nur eine Aufstockung auf 50 ha vorgesehen! Der polnische Staat verkauft bevorzugt deutsches Land und wir geben durch Spenden den polnischen Bauern noch das Geld dazu!

Da von Bonner Regierungskreisen gegen den unrechtmäßigen Landverkauf kein Einspruch erhoben wird, hat die GOG (Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter 23 Kiel 1, Blocksberg 27) eine Protestbrief-Aktion angeschoben. Polnischen Bürgermeistern in den verwalteten Gebieten wird damit bewußt gemacht, daß ein solcher Verkauf völkerrechtlich unzulässig ist und die Kaufenden keinen Anspruch auf dieses Land gewinnen können.

Zum Schluß sei noch ein besonderer Gesichtspunkt beleuchtet: Der polnische Staat ist Mitglied des Warschauer Paktes, der gegen die NATO, also auch gegen die Bundesrepublik, so aufrüstet, daß wir – wie uns verkündet wird – zur „Nachrüstung" gezwungen sind. Durch die Spenden stärken wir mittelbar die Finanzkraft der polnischen Regierung und erhöhen damit die Rüstungsmöglichkeiten. Anschließend müssen wir mehr für die eigene Rüstung ausgeben, damit das Gleichgewicht nicht zu stark gestört wird!? Ob wir uns das angesichts steigender Arbeitslosigkeit infolge wirtschaftlichen Rückganges wohl wirklich leisten können?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Fuchs,
Hemmingstedt

Ausgewogen?

„Pathetisch und ungeniert parteilich"; WELT vom 8. August

Sehr geehrte Herren,

man kann Herrn Griesser nur beistimmen, daß die Rundfunkanstalten sich mal wieder in der Sendung von Bittorff „Der Weg des Ungehorsams" ungeniert parteilich für ein Demonstrantengrüppchen eingesetzt haben, das gegen die demokratische Mehrheit auftrat.

Auch sonst erlaubt sich das Monopolfernsehen oft ohne Legitimation, auf den Nerven der Bürger herumzutrampeln.

Niemand, der die offenkundige Geldverschwendung kennt, kann verstehen, warum bei einer Kürzung der Sozialausgaben eine Gebührenerhöhung von 25 Prozent oder 800 Millionen DM erforderlich war, insbesondere, weil die Medien es peinlich vermieden haben, uns über einleuchtende Gründe offen zu informieren.

Ragnar Eggers,
Heiligenhaus

*

Treffender als Hermann A. Griesser kann man diese üble Sendung nicht kommentieren.

Wie lange müssen wir noch diese parteiliche Aufhetzung zum Ungehorsam durch das „ausgewogene" Fernsehen ertragen? Ziviler Ungehorsam als Massenerscheinung ist keine Demonstration, sondern verfassungsfeindlich, da er geeignet ist, ordnungsgemäß zustande gekommene Beschlüsse des Parlaments außer Kraft zu setzen. Gegen Verfassungsfeinde muß durchgegriffen werden, auch im Fernsehen.

Karl H. Wolbrandt,
Wennerstorf

Keine Empfehlung

Die deutschen Landsleute aus Graudenz an der Weichsel und aus seiner Umgebung mit ihren Familien und Freunden trafen sich bisher alle zwei Jahre in Köln-Porz, wobei die Patenschaftsträger immer bemüht waren, diese Treffen für ihre Paten auch attraktiv zu gestalten und ihnen in Porz gewissermaßen ein neues heimatliches Zentrum zu bereiten. Es besteht dort sogar ein Graudenz-Archiv und ein Graudenz-Weg.

Der Finanzausschuß der Stadt Köln hat in diesem Jahr erstmalig die bisherige relativ kleine Unterstützung für die am ersten September-Wochenende zum 9. Mal aus dem ganzen Bundesgebiet und der DDR anreisenden Patenkinder nicht nur erhöht bzw. in der bisherigen Höhe wieder bewilligt, sondern den entsprechenden Haushaltsansatz ganz abgelehnt.

Bemühungen der Porzer und der Graudenzer um Wiederherstellung des Ansatzes, wofür sich auch die Abgeordneten Stutzer, MdB, und von Bismarck, MdE, eingesetzt haben, blieben bisher ohne Erfolg.

W. von Koerber,
Eckernförde

Wort des Tages

„Der Mensch muß sich auf irgendeine Weise immer das schaffen, was Luther einen „gnädigen Gott" genannt hat. Das ist die eigentliche Aufgabe des Lebens. Die Freiheit des Menschen ist an eine einzige Entscheidung gebunden: an die Entscheidung zum Opfer und zum Glauben."

Edzard Schaper, dt. Schriftsteller (geboren 1908)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Völlig verdrängt

„Das totgeschwiegene Vaterland"; WELT vom 6. August

Sehr geehrter Herr Walden,

zu Ihrem Artikel einige Anmerkungen: Nationalbewußtsein ist in allererster Linie das Selbstbewußtsein einer Wir-Verbindung einer geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft. Jedes Mitglied dieser Gemeinschaft entwickelt mehr oder weniger, wenn es die Umstände zulassen, ein subjektives Nationalbewußtsein. Erst dessen Auswirkungen sind klassifizierbar.

Nun zur heute beklagten Geschichtlosigkeit der Jugend: hier geht Ihre Argumentation sehr großzügig an den Fakten vorbei. Elternhaus, Schule und Medien werden in dieser Reihenfolge angeklagt. Tatsache ist doch, daß von den Medien gerade diese Eltern- und Großelterngeneration täglich direkt oder indirekt in die Nähe von Verbrechern gerückt und unsere Geschichte wie ein Drehbuch zu einem Horrorfilm dargestellt wird. Und damit soll man sich als Jugendlicher identifizieren? „Null Bock, danke" das ist doch die natürlichste Reaktion. Gibt es denn überhaupt rein gar nichts Positives in unserer Geschichte?

Sollte sich ein Lehrer außerhalb der Rahmenrichtlinien bewegen, an denen er nicht einmal mitgewirkt hat? Es gibt Beispiele, u.a. Geesthacht, die das nicht ratsam erscheinen lassen.

Erst auf Elterndruck hin wurde in Hessen der Geschichtsunterricht wieder eingeführt. Vielleicht ein Zeichen des Umdenkens von unten als Reaktion auf die Würdelosigkeit, deren vorläufiger Höhepunkt nun kürzlich im hessischen Landtag demonstriert wurde.

Mit freundlichem Gruß
Jochen Niehaus,
Erbach

Personalien

GEBURTSTAG

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten und früheren Bundesminister **Heinrich Hellwege** ein Telegramm zum 75. Geburtstag geschickt, den Hellwege heute feiert. Heinrich Hellwege war Gründer und langjähriger Vorsitzender der Deutschen Partei, DP. Später trat er der CDU bei. Heute ist er parteilos. Zwischen 1949 und 1955 gehörte er den ersten beiden Kabinetten von **Konrad Adenauer** als Bundesratsminister an, bis er 1955 als Nachfolger von **Hinrich Kopf** Ministerpräsident von Niedersachsen wurde, ein Amt, das er bis 1959 innehatte. Heinrich Hellwege ist der Sohn eines Kaufmanns aus Neuenkirchen, Kreis Stade. Als Einkäufer erster Hamburger Firmen war er zunächst vornehmlich im Export nach China tätig. Während des nationalsozialistischen Regimes setzte er sich mutig für die evangelische Bekenntniskirche ein und wurde Führer der illegalen „Niedersächsischen Freiheitsbewegung", bevor er dann von 1939 bis 1945 in der Luftwaffe diente. Nach dem Kriege war er zunächst im väterlichen Handelsgeschäft tätig. Er war Mitgründer der Niedersächsischen Landespartei, die 1947 in „Deutsche Partei", DP, umbenannt wurde. Als Repräsentant einer strikt nationalkonservativ ausgerichteten Politik war er bis 1961 Vorsitzender dieser Partei, seit 1949 gehörte er dem Bundestag an. 1960 kam es zur Auflösung der nur 15köpfigen Bundestagsfraktion der DP, als zehn ihrer Bundestagsabgeordneten, darunter die Minister **Hans-Joachim Merkatz** und **Hans-Christoph Seebohm** die DP verließen, um sich der CDU anzuschließen. 1961 legte deshalb Hellwege sein Amt als Bundes- und Landesvorsitzender der DP nieder und trat im November 1961 selbst der CDU bei. Sein Austritt aus der CDU 1979 überraschte. Hellwege sprach von „tiefer Enttäuschung über mangelnde innerparteiliche Solidarität". Hellwege engagierte sich in langen Jahren als Mitglied in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover und im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung. Er war Anhänger der „Moralischen Aufrüstung" und gehört dem Ehrenpräsidium des Vereins Deutschland-Stiftung an.



Willibald und Inge Pahr FOTO: KEIL

ERNENNUNG

„Ich freue mich, daß ich hier bin, weil die Bundesrepublik mit uns besonders enge und freundschaftliche Beziehungen pflegt. Das kommt auch in den sehr persönlichen Kontakten zwischen den Verantwortlichen zum Ausdruck." So **Willibald Pahr**, Österreichs neuer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Pahr, langjähriger früherer Außenminister unter dem ehemaligen Bundeskanzler **Bruno Kreisky**, kam gestern in Bonn an. Diese Stadt ist ihm alles andere als fremd. Mit der Hauptstadt am Rhein verbinden ihn über viele Jahre hinweg vor allem besonders enge Kontakte mit Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, und, so fügt Pahr in einem ersten Gespräch mit der WELT hinzu, auch mit dessen Staatssekretär **Jürgen Möllemann**, „mit dem ich schon früher im Zusammenhang mit seinen Kontakten zum Nahen Osten Verbindung hatte". Pahr, der als „glänzender Verkäufer der Außenpolitik Österreichs" in den Annalen am Ballhausplatz in Wien einging, erklärt, warum ihn sein neuer Posten in Bonn besonders fasziniert: „Weil ich glaube, daß heute die Bundesrepublik eine ganz besondere Rolle in der Politik der Sicherheit spielt. Wir haben hier immer mit der Bundesrepublik voll übereingestimmt, daß Entspannung auf der Grundlage eines echten Gleichgewichts zwischen den Blöcken das einzig Mögliche ist. Wobei Entspannung in keiner Weise mit Appeasement-Politik vermengt werden darf. Entspannungspolitik verstehen wir als eine Politik der Kooperation und der friedlichen Koexistenz, aber auch auf der Grundlage des Gleichgewichts, so auch einer Politik der Stärke." Pahr fügte hinzu, daß natürlich er auch als Österreicher für ein militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene eintritt. Willibald Pahr wird demnächst nicht nur als politischer Gesprächspartner in Bonn sehr gesucht sein: Die Pahrs sind gesellig. Und seine Frau **Inge**, die mit nach Bonn kam, steht ihrem Mann in der Perfektion von Kontaktfreudigkeit nicht nach. Die Pahrs sind sportlich, werden bei passionierten Schwimmern, Skiläufern oder auch Bergsteigern auftauchen.

Wir haben einen Freund verloren

Ministerialrat a. D., Dipl. rer. pol.

Willy Kühnel

* 12. 2. 1909 † 13. 8. 1983

Träger des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland,
ehem. Leiter des Stenographischen Dienstes des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
Präsident der Akademie für Kurzschrift, Maschinenschreiben und Bürowirtschaft E.V.,
Ehrenpräsident der internationalen Föderation für Kurzschrift und Maschinenschreiben.

Der Verstorbene hat sich neben seinem Beruf sein Leben lang für viele stenografische Organisationen eingesetzt. Die Akademie ist sein Lebenswerk. Sein Wirken für andere ist uns Verpflichtung, in seinem Geiste weiterzuarbeiten.

AKADEMIE FÜR KURZSCHRIFT, MASCHINENSCHREIBEN UND BÜROWIRTSCHAFT E.V., Kiel

---

Am 16. August 1983 verstarb nach schwerer Krankheit das Mitglied unseres Vorstandes

Diplom-Ingenieur

Friedrich Bergmann

Wir nehmen tief bewegt Abschied von einem Mann, der sich ein Vierteljahrhundert mit all seiner Energie und Tatkraft für unsere Gesellschaft eingesetzt hat. Schon bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit für die Kraftwirtschaft des Unternehmens wurden Herrn Bergmann vielfältige und sich erweiternde Aufgaben übertragen.

Er stellte sich seiner wachsenden Verantwortung mit großem persönlichen Engagement. Mit seinen umfassenden Erfahrungen und hervorragendem Sachverstand hat er die positive Entwicklung unseres Unternehmens entscheidend mitgestaltet.

Wir verlieren mit Herrn Bergmann eine liebenswürdige Persönlichkeit, die von außerordentlichem Pflichtbewußtsein geprägt war.

In Trauer und Dankbarkeit

VEBA Kraftwerke Ruhr AG
Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft

Trauerfeier und Beisetzung finden am Freitag, 19. August 1983, 8.00 Uhr, auf dem Friedhof in Gladbeck-Rentfort, Martin-Luther-Straße, statt.

Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden liegt es im Sinne des Verstorbenen, der Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V., 4390 Gladbeck, Kto.-Nr. 820 300 500 bei der Volksbank Gladbeck (BLZ 424 600 07), zu gedenken.

Statt Karten

Dr. jur.

Hans Stille

* 11. 1. 1908 † 13. 8. 1983

Im Namen der Familie

Gisela Stille
geb. Bürger

Benalmádena (Pueblo)
Prov. de Málaga/Spanien

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Am 15. August 1983 ist unsere liebe Mutter und Großmutter

Annemarie Rohr

geb. Guth

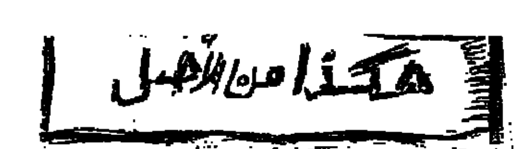
nach einem erfüllten Leben im 86. Lebensjahr für immer von uns gegangen.

Im Namen der Familie
Dr. Anneliese Holzhausen-Rohr geb. Rohr
Christine Holzhausen

2000 Hamburg 65
Rönkrei 16

Die Trauerfeier findet statt am Mittwoch, dem 24. August 1983, um 10.30 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle A.

Die Beisetzung der Urne findet zu einem späteren Zeitpunkt in Berlin statt.



Dokument des Tages: Die sowjetische Akademie der Wissenschaften fordert eine grundlegende Wirtschaftsreform

Abgesang auf die zentrale Wirtschaftslenkung des Staates

Wahre Kommunisten, sagte dieser Tage der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow vor Veteranen, dürften keine Angst davor haben, alte Ideen und Gewohnheiten zugunsten neuer fallenzulassen. Er sagte auch, was er konkret meinte: Die Anpassung des sowjetischen Wirtschaftssystems an die Erfordernisse der Zeit verläuft ihm zu langsam. Mit dieser Rede nahm Andropow offensichtlich eine Diskussion über Wirtschaftsreformen auf, die zuvor von einer unter der Hand zirkulierenden Studie der in Nowosibirsk residierenden Zweigstelle der sowjetischen Akademie der Wissenschaften entfacht worden war (s. WELT vom 5. August). Damit gewinnt dieses brisante Papier einen hohen politischen Stellenwert. Wir veröffentlichen es in eigener Übersetzung aus dem Russischen als Dokument im vollen Wortlaut (die Hervorhebungen im Text stammen von der Redaktion). Dem ebenso gründlichen wie geduldigen Leser gibt diese Studie tiefe Einblicke in das sowjetische Wirtschafts- und Arbeitsleben, wobei mit drastischen Urteilen nicht hinterm Berg gehalten wird. Zugleich dokumentiert die Expertise den völlig unzulänglichen Stand wissenschaftlicher Durchdringung der Lebensverhältnisse in der Sowjetunion – eine Tatsache, die alle Ansätze zu wirtschaftlichen Reformen auf den Weg des Experimentierens verweist.

Jahrzehntelang war die wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft durch hohe Wachstumsraten und große Stabilität gekennzeichnet – zwei Merkmale, die mit dem Begriff der sozialistischen Planwirtschaft gleichgesetzt wurden. In den letzten zwölf bis fünfzehn Jahren machte sich jedoch in der sowjetischen Volkswirtschaft eine rückläufige Tendenz bei der Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes empfindlich bemerkbar. Lag die durchschnittliche Wachstumsrate im achten Fünfjahrplan (1966–70) bei 7,5 Prozent und im neunten Fünfjahrplan (1971–75) bei 5,8 Prozent, so ging sie im zehnten Fünfjahrplan (1976–80) auf 3,8 Prozent zurück und erreichte in den ersten Jahren des elften Fünfjahrplanes (1981–85) etwa 2,5 Prozent. Bei einem jährlichen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 0,8 Prozent sichern solche Zuwachsraten weder die erforderliche Steigerung des Lebensstandards noch die intensive Modernisierung der Produktion.

Die vornehmste Sorge der Partei, des Volkes und der Wissenschaftler gilt einer höheren wirtschaftlichen Effizienz und einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Bei der Analyse der Ursachen, die für die negativen wirtschaftlichen Tendenzen maßgeblich sind, legen manche Wissenschaftler das Gewicht auf die Erschwernisse bei der Rohstofförderung, auf die Häufung der Dürrejahre, die strukturellen Ungleichgewichte in der Wirtschaft (rückläufige Investitionen, ein unterentwickeltes Verkehrswesen), das mangelnde Interesse der Arbeitschaft an den Ergebnissen ihrer Arbeit, die schwach entwickelte Arbeitsdisziplin usw. In der Tat spielen alle diese Faktoren bei der Herausbildung der erwähnten Tendenzen eine Rolle. Aber es sind nur Teilerklärungen. Daher muß diesem Phänomen eine tiefere Ursache zugrunde liegen.

Unserer Ansicht nach ist es das Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse und des sie widerspiegelnden Systems der staatlichen Wirtschaftslenkung hinter dem Niveau der Produktivkräfte. Genauer: in der Unfähigkeit dieses Systems, die vollständige und effiziente Nutzung des geistigen und materiellen Potentials der Gesellschaft zu gewährleisten.

Die Grundzüge des bestehenden staatlichen Systems der Wirtschaftslenkung der UdSSR (und folglich auch des mit seiner Hilfe entstandenen Systems der Produktionsverhältnisse) sind vor etwa fünf Jahrzehnten entwickelt worden. Seitdem wurde es wiederholt ergänzt, erneuert und perfektioniert. Aber es hat nie eine qualitative Veränderung erfahren, die den grundsätzlichen Wandel im Zustand der Produktivkräfte widerspiegelt.

Widersprüche schließen sich aus

Die wichtigsten Merkmale des Systems der staatlichen Wirtschaftslenkung, wie sie in der Literatur angeführt werden, sind:

- ein hoher Grad der Zentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse,
- die strikte administrative Reglementierung der Produktionsplanung,
- die schwache Entfaltung der Marktkräfte (die Diskrepanz zwischen den Preisen für Konsumgüter und den zu ihrer Erzeugung aufgewendeten gesellschaftlichen Kosten, die zentralisierte material-technische Versorgung der Betriebe, das Fehlen eines Marktes für Produktionsmittel usw.),
- die zentralisierte Regelung aller Formen materieller Arbeitsanreize,
- das Übergewicht des Branchenprinzips der Wirtschaftsverwaltung über das Territorialprinzip,
- eine daraus resultierende bürokratische Zersplitterung,
- beschränkte wirtschaftliche Rechte und folglich fehlende wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Betriebe für die ökonomischen Ergebnisse ihrer Arbeit,
- Beschränkung aller Arten unkontrollierter wirtschaftlicher Aktivitäten der Bevölkerung in Produktion, Dienstleistung und Gewerbe.

Alle diese Merkmale deuten auf ein Übergewicht administrativer Methoden der Wirtschaftslenkung über ökonomische und zentralisierter Methoden über dezentralisierte.

Die wissenschaftliche Grundlage für das oben beschriebene System der Wirtschaftslenkung ist die von den Wirtschaftswissenschaften entwickelte Theorie von den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus. Zum Teil ist es in den Lehrbüchern der Politökonomie und der konkreten wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen, in den philosophischen und wirtschaftswissenschaftlichen Handbüchern dargestellt. Teils kann es auch der wirtschaftlichen Praxis entnommen werden. Es handelt sich im wesentlichen um folgende Annahmen:

1. daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse stets die Produktivkräfte „überflügeln", was Widersprüche zwischen ihnen ausschließt;
2. daß es im Sozialismus keine tiefgreifenden, geschweige denn antagonistischen Widersprüche zwischen privaten, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen geben kann, ebensowenig wie zwischen den Interessen verschiedener Klassen und gesellschaftlicher Gruppen;
3. daß die Arbeit in der sozialistischen Produktion immer unmittelbar gesellschaftlichen Charakter hat;
4. daß die Ware/Geld-Beziehung für die sozialistische Wirtschaft uneingeschränkt gültig ist;
5. daß die gesellschaftliche Produktion gegenüber allen anderen Arten unkontrollierter privater und gemeinschaftlicher Arbeit absoluten sozialökonomischen Vorrang genießt, und daß ein jeglicher Wettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitszeit, materielle Ressourcen und Absatzmärkte zwischen dem gesellschaftlichen und dem privaten Sektor der sozialistischen Wirtschaft praktisch ausgeschlossen ist;
6. daß die in der sozialistischen Produktion tätigen Arbeiter als Arbeitskräftepotential der Gesellschaft der zentralisierten Lenkung „von oben" unterworfen sind. Als Potential sind sie von Natur aus passiv, da sie nicht selbständig auftreten, sondern „ausgenutzt" werden, nicht agieren, sondern „funktionieren", den Arbeitsplatz nicht wechseln, sondern „verteilt" und „umverteilt" werden, weil von Menschen, die als Arbeitskräftepotential angesehen werden, ohnehin keine Aktivität erwartet wird, wie zum Beispiel die Teilnahme an der Verwaltung der Betriebe, schöpferische Initiativen oder der Versuch, eigene Vorstellungen zu verwirklichen;
7. daß die ökonomische Aktivität der Menschen sich ausschließlich an materiellen Bedürfnissen, Anreizen und Motiven orientiert (im Gegensatz zu der tatsächlichen komplizierten Motivationsstruktur, speziell der wichtigen Rolle der sozialen und geistigen Motive).

Diese theoretischen Annahmen entsprachen ebenso wie das auf ihnen gegründete System der überwiegend administrativen Wirtschaftslenkung dem Stand der Produktivkräfte in der sowjetischen Gesellschaft der 30er Jahre. Damals bildete sich die material-technische Basis der sozialistischen Großproduktion erst allmählich heraus, das Niveau der realen Vergesellschaftung der Arbeit war verhältnismäßig niedrig. Die Beziehungen zwischen den Industriebranchen, den Betrieben und den Industrieregionen ließen sich leicht von der Zentrale „überschauen" und konnten „von oben" gelenkt werden. Die überwiegende Mehrheit der Industriearbeiter stammte vom Lande, besaß ein nur schwach entwickeltes Rechtsbewußtsein und stellte keine Ansprüche auf Beteiligung an der Leitung der Betriebe. Bei der Mehrzahl von ihnen überwogen die materiellen Anreize zur Arbeit gegenüber den sozialen und geistigen. Relativ unterentwickelt, bildeten sie ein bequemes Manipulationsobjekt.

Die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung der arbeitenden Menschen war in jener Zeit ziemlich eingeschränkt. Obwohl es im Lande offiziell keine Arbeitslosigkeit gab, existierte in vielen Industriegebieten und Branchen ein versteckter struktureller Arbeitskräfteüberschuß. Die Furcht, die Arbeit zu verlieren, sowie die Schwierigkeiten bei der Wohnraumbeschaffung schränkten die Mobilität der Arbeiter ein und fesselten sie an ihre Betriebe. Der Zustrom der Landbevölkerung in die Städte wurde durch die fehlende Freizügigkeit behindert. Die Kolchosbauern benötigten sogar die Zustimmung der Kolchosversammlung.



Moskwitsch-Automobilwerke: Sowjetische Arbeiter und ihr Aufseher
FOTO: KARSTEN de RIESE

Die Grenzen der Leistungskraft

Das durchschnittliche Arbeitseinkommen überstieg nur geringfügig die minimalen Lebenshaltungskosten. Daher hatten die weitaus meisten Arbeiter praktisch keine Wahl zwischen Arbeit und Freizeit. Sie waren gezwungen, so schwer wie möglich zu arbeiten, um ihre Familien zu ernähren. Die Menschen mußten etwas für den „Tag danach" zurücklegen, da es keine staatliche Kranken- und Rentenversicherung gab. Darüber hinaus wurden Ende der 30er Jahre in den Betrieben und Verwaltungen beinahe kriegsrechtsähnliche Bestimmungen eingeführt, welche die Verspätung oder das unentschuldigte Fernbleiben von der Arbeit unter Strafandrohung stellten, für den Diebstahl an sozialistischem Eigentum usw. sogar Gefängnisstrafen vorsahen. So sah das soziale System aus, in dessen Rahmen die Menschen folgerichtig als „Schräubchen" in einem ökonomischen Mechanismus angesehen wurden und sich auch beinahe so verhielten – gehorsam und passiv wie Maschinen und Material.

Seitdem sind Jahrzehnte verstrichen, in denen sich die politische und wirtschaftliche Lage der sowjetischen Gesellschaft fundamental gewandelt hat. Der gegenwärtige Stand der Produktivkräfte unterscheidet sich von den 30er Jahren nicht nur quantitativ (der Größenordnung nach), sondern auch qualitativ (viele Systeme und Generationen). Die bürokratische Struktur der Wirtschaft ist sehr viel komplizierter geworden, die Zahl der Zwischeninstanzen hat sich kolossal vermehrt, noch mehr ihre technologischen, ökonomischen und sozialen Beziehungen untereinander. **Die Kompliziertheit der wirtschaftlichen Strukturen hat längst die Schwelle überschritten, von der aus man die Wirtschaft von einem Zentrum her wirksam lenken kann.**

Die in den letzten Fünfjahrplänen aufgetretenen und sich ständig verstärkenden regionalen, strukturellen und ökonomischen Ungleichgewichte in der Volkswirtschaft der UdSSR sind ein mehr als beredtes Zeugnis dafür, daß das System der zentralisierten administrativen Lenkung der Wirtschaft an den Grenzen seiner Leistungskraft angelangt ist und es jetzt erforderlich wird, die „automatischen" marktwirtschaftlichen Regulatoren anzuwenden, um die Produktion wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Unter diesen Bedingungen erweisen diejenigen Wissenschaftler der Gesellschaft einen schlechten Dienst, welche die These von dem unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Arbeit und dem „besonderen" Charakter der Ware/Geld-Beziehung im Sozialismus noch verteidigen.

Erheblich verändert hat sich auch der soziale Typus des Arbeiters in der sozialistischen Wirtschaft. Sein Bildungsstand, seine kulturellen Ansprüche, seine Kenntnisse, sein soziales und rechtliches Selbstbewußtsein sind heute unvergleichlich größer.

Die Masse der Facharbeiter, von denen in erster Linie die Effizienz des Produktionsprozesses abhängt, verfügt heute über ein wesentlich breiteres Spektrum politischer und ökonomischer Interessen und ist imstande, die Tätigkeit der wirtschaftlichen und politischen Funktionäre kritisch zu beurteilen. Sie sind sich ihrer Interessen wohl bewußt und notfalls auch bereit, sie zu verteidigen.

Die Bandbreite der Bedürfnisse und Interessen der modernen Arbeiter ist erheblich größer und weiter als die ihrer Kollegen aus den 30er Jahren und schließt außer den ökonomischen auch die Entfaltung sozialer und intellektueller Bedürfnisse ein. Der höhere individuelle Entwicklungsstand der Arbeiterschaft macht sie gleichzeitig zu einem viel schwierigeren Manipulationsobjekt, als das früher der Fall war.

Die Veränderungen im vorherrschenden Sozialtypus des Arbeiters wären ihrerseits nicht möglich gewesen ohne grundlegende Wandlungen in den sozialökonomischen Bedingungen. Die Demokratisierung des politischen Lebens, die Ausweitung und Festschreibung der Persönlichkeitsrechte in der Verfassung, die Einführung eines einheitlichen Paßsystems im ganzen Lande, die Angleichung der Bürgerrechte für alle Bevölkerungsgruppen, ein höherer Lebensstandard, die Einführung eines Sozialversicherungssystems, aber auch die in den vergangenen Jahren aufgetretene Verknappung der Arbeitskräfte in den meisten Industriebranchen und -gebieten des Landes eröffnen den Werktätigen heute wesentlich mehr wirtschaftliche Alternativen und tragen somit zu einer Verstärkung der Rolle des subjektiven Faktors in der wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Neue Methoden sollen erprobt werden

Infolgedessen haben sich die materialtechnische Basis der Produktion und die an die menschliche Arbeitskraft gestellten Anforderungen qualitativ verändert. Umfang, Wert und technische Ausrüstung der durch diese Arbeit bewegten Produktionsmittel sind erheblich gewachsen. Das hat einerseits eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Folge gehabt, andererseits ist aber auch der Schadenumfang gestiegen, welcher der Gesellschaft durch Pfuscharbeit, die Verletzung der technologischen Arbeitsdisziplin und den verantwortungslosen Umgang mit der modernen Technik erwachsen kann.

Die Einführung ganzer technologischer Systeme in vielen Zweigen der Volkswirtschaft, der höhere Anteil der Kontrollfunktionen, die Überwachung, Steuerung und Beschickung automatischer Taktstraßen – das alles hat die Anforderungen an die Qualifikation, die Verläßlichkeit und das Verantwortungsbewußtsein der menschlichen Arbeitskraft sowie an die subjektive Funktionstüchtigkeit des Arbeiters erheblich verstärkt.

Der Generalsekretär der bulgarischen KP, Todor Schiwkoff, hat diese Tendenzen auf den folgenden gemeinsamen Nenner gebracht: „Heute werden für eine fruchtbare und effiziente Arbeit moderne Kenntnisse benötigt, die Fähigkeit, die komplizierte Technik und die technologischen Prozesse zu beherrschen, ein hoher Grad von Organisiertheit und Disziplin, die Bereitschaft zur Übernahme von Eigenverantwortung und eines kalkulierten Risikos sowie die Fähigkeit, neue Ideen, Lösungen und neue Arbeitsmethoden zu erproben."

Der Mensch ist häufig zum schwächsten Glied der technologischen Kette geworden. Das Ergebnis all dieser Veränderungen ist einerseits, daß die Anforderungen an die technologischen Fähigkeiten der Arbeiter größer geworden sind. Andererseits ist die Effizienz der zentralgeplanten, von oben nach unten bürokratisch angeleiteten Wirtschaft gesunken. Ursprünglich auf einen verhältnismäßig rückständigen Arbeitertypus zugeschnitten, erweist sich dieses System immer mehr als unfähig, die notwendige technische und intellektuelle Anpassungsbereitschaft einer individuell und wirtschaftlich höher entwickelten Arbeiterschaft zu fördern sowie ein hohes Niveau der Arbeits-, Produktions- und Plandisziplin, eine gute Arbeitsqualität sowie eine effiziente Anwendung der Technik zu gewährleisten und gleichzeitig eine positive Einstellung der Betriebsleiter, Rechnungsführer und Betriebsingenieure zu ihrer Arbeit zu erzeugen.

Dies alles spricht nach unserer Auffassung dafür, daß das existierende System der Produktionsverhältnisse erheblich hinter dem entwickelten Stand der Produktivkräfte zurückgeblieben ist. Statt die Entfaltung der Produktivkräfte voranzutreiben, hat es sich immer stärker in eine Bremse des technischen Fortschritts verwandelt. **Ein Zeichen für den beklagenswerten Zustand unserer Produktionsverhältnisse ist die Unfähigkeit, die gesellschaftlich notwendige sozialökonomische Anpassungsbereitschaft der Werktätigen zu gewährleisten.**

Ein Spezifikum unserer Zeit ist die wachsende Bedeutung der Verhaltensforschung bei der Betrachtung der Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft. Das sozialökonomische Verhalten der Arbeiter übt einen maßgeblichen Einfluß sowohl auf die Bedingungen als auch auf die Ergebnisse der Produktion aus. Eine erfolgreiche Produktionsplanung muß daher heute diesen Faktor stärker berücksichtigen.

Das sozialökonomische Verhalten stellt ein in sich geschlossenes System von Handlungsabläufen dar, das von den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Werktätigen bestimmt und an dem Ziel der materiellen, sozialen und geistigen Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet ist. Indem es den subjektiven Aspekt der menschlichen Tätigkeit darstellt, übt es entscheidenden Einfluß auf ihre Ergebnisse und ihre Wirksamkeit aus.

Die einzelnen Aspekte des sozialökonomischen Verhaltens der Werktätigen sind außerordentlich vielseitig. Ihre detaillierte Beschreibung wäre hier weder möglich noch angebracht. Beschränken wir uns daher auf eine kurze Aufzählung der wichtigsten Verhaltensweisen unter Hinweis darauf, auf welche Seiten der wirtschaftlichen Aktivität sie sich auswirken.

Das demographische Verhalten, das sich in der menschlichen Reproduktionssphäre abspielt, äußert sich in dem für die einzelnen Bevölkerungsschichten unterschiedlichen Heiratsalter, der durchschnittlichen Ehedauer, der Scheidungshäufigkeit, der Anzahl der Kinder und der Geburtenhäufigkeit. In die gleiche Kategorie fällt das Verhalten, welches die Arbeitsfähigkeit, die Gesundheit und die Erhaltung des Lebens reguliert. Letzteres drückt sich in den Arbeitsschutzbestimmungen, der Urlaubsregelung, der allgemeinen Gesundheitsvorsorge, der Verbreitung sportlicher Betätigung wie auch in solchen Übelständen wie dem Alkoholismus und der Drogensucht aus. Die Besonderheiten des demographischen Verhaltens haben Auswirkungen auf die Zahl, die Dynamik, die Alters- und Geschlechterstruktur, den Gesundheitszustand, die geographische Verteilung der Bevölkerung sowie auf die Zahl der Kinder, Jugendlichen, der Invaliden und Alten.

Das bildungsmäßige Verhalten der Bevölkerung, wie es sich in der Berufswahl, der Schulbildung, der beruflichen Fort- und Weiterbildung, der Zahl der Autodidakten usw. äußert, stellt einen wichtigen Faktor bei der Ermittlung der beruflichen Bildungsstruktur der Bevölkerung dar.

Das Wanderungsverhalten schlägt sich einmal in den individuell und kollektiv motivierten Bevölkerungsbewegungen zwischen den verschiedenen Arbeitsorten, Branchen, Betrieben und Berufsgruppen nieder, aber auch in dem Wechsel zwischen verschiedenen Regionen, zwischen Stadt und Land, zwischen einzelnen Städten und der Provinz. Im Ergebnis findet eine geographisch-strukturelle Umverteilung der Arbeitskräfte mit Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur einzelner Regionen statt.

Wie Arbeitskräfte umverteilt werden

Das berufsspezifische Verhalten der Arbeiterschaft wird von ihrer Einstellung zum Arbeitsplatz, dem Stand der Arbeitsdisziplin, der Qualität der Arbeit, dem Grad der Verantwortlichkeit, dem Stand der Normerfüllung, der Zuverlässigkeit und der Chance zur Entfaltung wirtschaftlicher Initiativen bestimmt. Ihr Hauptmerkmal sind die Effizienz der Produktion und die Qualität der Produkte.

Das privatwirtschaftliche Verhalten bildet den subjektiven Aspekt der wirtschaftlichen Nebentätigkeiten der Bevölkerung: die Arbeit auf dem Hofland oder im eigenen Garten, der private Wohnungsbau, handwerkliche Betätigungen, die Jagd, der Fischfang. Die Mittel der von den Werktätigen gewählten Verhaltensart bestimmen einerseits das Ausmaß des Arbeitsaufwandes auf dem privatwirtschaftlichen Sektor, andererseits den Umfang der dadurch zusätzlich erzeugten Produktion.

Unterschiedlich sind die Verhaltensweisen der Menschen auch auf den Gebieten der Verteilung, des Tausches und des Konsums. Dies wirkt sich vornehmlich auf die proportionale Verteilung des Bruttosozialprodukts aus: die Relation zwischen dem Konsumtions- und dem Akkumulationsfonds, die Höhe und Struktur der Einkommen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen usw.

Das von individuellen und kollektiven Interessen bestimmte sozialökonomische Verhalten der Werktätigen beeinflußt fast alle Aspekte der Wirtschaft stark und bildet daher eine der Quellen der Spontaneität ihrer Entwicklung. Die Rolle des spontanen, das heißt unplanmäßigen Verhaltens der Bevölkerung bei der Entwicklung der sozialistischen Ökonomie ist ambivalent. Einige ihrer Aspekte haben häufige Verletzungen der Planmäßigkeit zur Folge. Sie führen zum Entstehen von Disproportionen, Produktionsausfällen usw. Andere sind jedoch ein Beweis für die Freisetzung der schöpferischen Kräfte der Arbeiter, die Erhöhung ihrer Schaffenskraft, die aktive Ausnutzung der sozialen Reserven einer effizienten Produktion. Aus diesem Grunde ist die Regulierung des ökonomischen Verhaltens der Arbeiter eine komplizierte Angelegenheit.

Die WELT setzt den Abdruck der umfangreichen Studie aus Nowosibirsk als „Dokument des Tages" in ihren Ausgaben vom Freitag und Samstag fort.

Der Blitz aus Nowosibirsk erhellt eine Scheinwelt

Von BOTHO KIRSCH

Keine Frage, die anonyme Denkschrift der sibirischen Wissenschaftler ist echt. Anfängliche Zweifel, die durch eine ungenaue, mit zahlreichen Anglizismen gespickte Übersetzung aufgekommen waren, sind ausgeräumt. Wer sich im Irrgarten der sowjetischen Planökonomie so gut auskennt, dazu marxistisch bibelfest ist und das sozialistische Wirtschafts-Abrakadabra beherrscht, kann kein CIA-Agent oder ein übelwollender Dissident sein.

Gleichwohl wird Andropow auch nach der Lektüre dieses Papiers ruhig schlafen können. Ihre Sprache, der hohe Grad der wissenschaftlichen Abstraktion, isoliert die Verfasser (unter ihnen mindestens eine Frau, das erkennt man an gewissen, nur russischen Frauen vorbehaltenen Wendungen) von der Masse des Volkes, als dessen Interessenwalter sie auftreten. Auch die inhaltlich hochbrisanten Schriften der idealistischen deutschen Philosophen haben nichts an den absolutistischen Zuständen ihrer Zeit geändert. Ebenso ist ein Moskauer Frühling nicht in Sicht – noch nicht. Diese Idee wird nicht zur materiellen Gewalt.

Dennoch ist die Studie aus Sibirien ein aufregendes Dokument. Zum ersten Mal wird hier in der Sprache staatsloyaler Sowjetbürger und mit der Autorität der Wissenschaft ein Befund ausgebreitet, wie ihn sich niederschmetternder keine antisowjetische Propaganda ausdenken könnte. Man vernimmt, daß auch im Sozialismus nicht alles eitel Harmonie ist, wie eine kindliche Propaganda uns bisher glauben machen wollte. Es gibt Interessengegensätze, soziale Spannungen, Widersprüche – sogar antagonistische. Was Mao Zedong freilich schon 1956 aussprach, als Chruschtschow in Budapest auf meuternde Arbeiter schießen ließ.

Man liest von Menschen, deren Lohn kaum das Existenzminimum deckt. Man hört von versteckter Arbeitslosigkeit und von wirtschaftlichen Disproportionen, die einem Entwicklungsland angemessen wären, nicht aber der Heimat des reifen, entwickelten Sozialismus, dessen Aufbau Stalin schon 1936 für vollendet hielt.

Es ist nicht die Wirtschaft, nicht der Plan, die im Mittelpunkt dieser Studie stehen. Es ist der Mensch, wenn auch vorerst nur als Forschungsgegenstand der Wissenschaft. Und siehe da, es ist ein Sowjetmensch in seinem Widerspruch! Kein Geistesriese, kein sozialistischer Roboter und Held der Arbeit, sondern jemand, der dem Wodka mehr zugetan ist als der Arbeit, der bummelt, flucht und den Staat bestiehlt. Ein Sowjetmensch als „Schräubchen" in einem für ihn undurchschaubaren Getriebe, als „schwächstes Glied" der technologischen Kette – kurz, ein entfremdeter Mensch, wie ihn orthodoxe Marxisten bisher immer nur westlich der Elbe geortet haben.

Es sind die sozialen Zustände des Frühkapitalismus, die hier beschrieben werden. So, als hätte es die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihrer Wohlstandsexplosion von Japan bis Australien, von Korea bis Finnland nie gegeben, als lebten wir nicht im Zeitalter der Mikroelektronik und der Lasertechnik, sondern der Dampfmaschine und des mechanischen Webstuhls. Ein halbes Jahrhundert lang ist an diesem System nichts geändert, verbessert, erneuert worden. Alle Reformen – eher Reförmchen – waren auf Sand gebaut. Das behaupten nicht westliche Antikommunisten. Das sagen sowjetische Wissenschaftler mit der Autorität ihres Faches und zumindest mit dem Segen der Parteiorganisation ihres Instituts. Denn sonst hätten sie die Studie, von der nur 70 Exemplare existieren sollen, im April niemals einer wissenschaftlichen Konferenz in Moskau vorlegen können.

Der Blitz aus Nowosibirsk erhellt die mit ideologischen Wolken verhangene Scheinwelt der Funktionäre, in der die Bürokratie – wie Rosa Luxemburg vor einem Menschenalter prophezeite – das „allein tätige Element" ist. Was Karl Marx 1852 über die „riesige französische Bürokratie" schrieb, die den Leib der Gesellschaft wie ein Netz umfange und „dabei alle Poren verstopft und jegliche Neuerung unterdrückt", gilt heute in noch höherem Maße für das Land des realen Sozialismus mit einer bürokratischen Doppelherrschaft von Staat und Partei, die zum größten Reformhindernis geworden ist.

Ihr hat auch der neue Parteichef Andropow den Kampf angesagt. Um sie in ihren Hochburgen – dem Funktionärsapparat – zu treffen, ließ er für den kommenden Herbst und Winter Parteineuwahlen ankündigen. Besorgte Parteiveteranen beschwichtigte er mit einer Rede. Man werde alles „in Ruhe und ohne Eile" studieren und Änderungen nur „äußerst vorsichtig" vornehmen.

Es klang wie eine verdeckte Antwort an die ungeduldig vorgeprellten Reformer aus Nowosibirsk. Das Millionenheer der „warmen Pöstchen"-Inhaber wird es gern vernommen haben. Die Reformer brauchen sich nicht entmutigt zu fühlen.

„DDR“ sucht historische Basis

● Fortsetzung von Seite 1

blik Deutschland gleichzeitig forcierten Ostberliner *Bemühungen, historischen* Boden unter die „DDR“-Füße zu bekommen, wurde bereits im Sommer 1981 in einem Aufsatz von Professor Walter Schmidt herausgestellt. Schmidt, Mitglied der Akademie für Gesellschaftswissenschaften im SED-Zentralkomitee, sprach darin von „nationaler Identität“, „historischem Boden“, und gebrauchte eben jene Formel von der „ganzen deutschen Geschichte“, die das Börsenblatt nun wieder aufgreift.

Der Professor kündigte in seinem Beitrag an, die „DDR“-Geschichtsforschung werde bis zur Entstehung des deutschen Volkes als „ethnische Einheit“ zurückgehen. Er forderte eine „differenzierte Wertung“, die man auch „spätabsolutistischen Hohenzollernherrschern“ oder mecklenburgischen Herzögen und sogar „Vertretern der Monopolbourgeoisie“ schuldig sei. Allerdings lasse der seit 1945 in Gang befindliche „reale Geschichtsprozeß“ seither keine Gemeinsamkeiten mehr zu.

Wie sehr dem Leipziger Börsenblatt daran gelegen ist, systematische „Neuentdeckungen“ wie die historische Bedeutung Otto von Bismarcks beispielsweise nicht als eine neue Variante der Ostberliner Geschichtsbetrachtung erscheinen zu lassen, verdeutlichte kürzlich auch die FDJ-Zeitung „Junge Welt“. Bismarck wurde von ihr als „Staatsmann von hohem Rang“ bezeichnet. Dies sei „seit langer Zeit Bestandteil unseres Geschichtsbildes“, schrieb die „Junge Welt“. Es sei „völliger Unsinn“, was die Medien in der Bundesrepublik „über das Bismarck-Bild in der DDR im besonderen und über unsere von Kontinuität geprägte Geschichtskonzeption im allgemeinen schreiben“. Neu sei nur die Tatsache, erläuterte die FDJ-Zeitung ihren Lesern, „daß seit einiger Zeit die Früchte langjähriger *Forschungsarbeit unserer* Historiker reiften und sich in ständig wachsendem Maße in Büchern, Broschüren und Periodika über Bismarck niederschlagen“.

Nimmt man dies alles zusammen, so werden Bismarcks „Gedanken *und Erinnerungen“ sicherlich* bald einen Ostberliner Verleger finden. Noch steht allerdings ein Bismarck-Monument nur im Westteil Berlins am Rande der Siegessäule. Den fünf Bismarckstraßen, zwei Bismarckplätzen, einer Bismarckbrücke und der Bismarckallee hat Ost-Berlin bislang nur den früheren Bismarckplatz im Ortsteil Niederschönhausen entgegenzusetzen, der allerdings in „Kurt-Fischer-Platz“ umgetauft worden ist.

Bayerns Antrag hat im Bundesrat keine Chance

Es bleibt bei der Kürzung des Mutterschaftsgeldes

H. HECK/G. REINERS, **Bonn**

Die Bemühungen des Finanzministers zur Konsolidierung des Bundeshaushalts werden von Bayern nicht unterlaufen. Denn der Antrag aus München, die Kürzung des Mutterschaftsgeldes rückgängig zu machen, *hat in der Plenarsitzung* des Bundesrates am 2. September keine Mehrheitschance.

Die heute in Bonn tagenden Finanzminister der Länder dürften diesen Antrag ebenso ablehnen, wie dies gestern im Arbeits- und Sozialausschuß und im Unterausschuß des Finanzausschusses des Bundesrates geschehen ist. Bayern hatte nur die vier SPD-regierten Länder auf seiner Seite, die mit einem eigenen Antrag (Hamburg und Nordrhein-Westfalen) in die gleiche Richtung zielten. Beide Anträge wurden von den sechs CDU-regierten Ländern abgelehnt. Die von der Bundesregierung beschlossene Kürzung des Mutterschaftsurlaubs von derzeit vier Monaten mit je 750 Mark auf drei Monate mit je 600 Mark ab 1984 führt nach Bonner Berechnungen *im ersten Jahr zu* Einsparungen von 320 Millionen und ab 1985 je 430 Millionen Mark. Dieses gekürzte Mutterschaftsgeld soll jedoch ab 1987 allen Müttern gezahlt werden (derzeit nur berufstätigen).

Aussicht auf Annahme hat ein Ent*schließungsantrag Niedersachsens,* der die Bundesregierung auffordert, noch in dieser Legislaturperiode „ein umfassendes Konzept zur Neuregelung des Familienlastenausgleichs vorzulegen“. Das geltende System benachteilige Familien mit Kindern und nichtberufstätige Mütter.

Angesichts dieser Beschlußlage ist offen, ob Bayern seinen Antrag in der Bundesratssitzung aufrechterhält. Zumindest hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Klaus Hartmann gestern im Bayernkurier für eine „stärkere Beachtung“ des Vorschlags von Franz Josef Strauß geworben, jungen *Familien ein Wahlrecht zwischen* dem Kindergeld heutiger Form und einem nach Kinderzahl gestaffelten Mutterschaftsgeld von monatlich rund 670 Mark einzuräumen. Die Bonner Koalition hält an dem Grundsatz fest, daß jeder Ablehnung eines Kürzungsvorschlags ein neuer Dekkungsvorschlag beigefügt sein müsse.

Ein weiterer Antrag Bayerns könnte angenommen werden: Eine Übergangsregelung rückgängig zu machen, die den Bezug von Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit einschränkt. Bei nur einer Enthaltung akzeptierten die Länder, den Vorschlag zu streichen, daß diejenigen bessergestellt werden, die vor ihrem Rentenantrag einer nichtversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen und freiwillig Rentenbeiträge zahlten.

Bundesbürger vermissen bei der SPD „Köpfe“

dpa, **Offenburg**

Über die Hälfte der Bundesbürger, nämlich 60 Prozent, vermissen nach einer repräsentativen Umfrage des Hamburger Sample-Instituts bei den Sozialdemokraten die profilierten Führungspersönlichkeiten. Die Wissenschaftler erfragten im Auftrag der Illustrierten „Bunte“ zwischen dem 27. Juni und dem 6. Juli das Urteil von 2000 Bundesbürgern über die SPD. Danach meinen 59 Prozent, daß die SPD es nicht verstanden habe, „die Strömungen der Zeit richtig zu deuten“.

Zwei Drittel der Bundesbürger, so ergab die „Bunte“-Umfrage weiter, sehen in der SPD eine „stark zerrissene Partei mit zu vielen unterschiedlichen Interessen“. Deshalb hätten die Sozialdemokraten auch „Schwierigkeiten, sich in der Opposition zurechtzufinden“, sagten 52 Prozent der Befragten. Fast die Hälfte (49 Prozent) kamen zu dem Urteil, die SPD gleite „immer mehr nach links“ und 63 Prozent fänden es deshalb an der Zeit, daß sich die Sozialdemokraten „stärker zur Mitte hin orientieren“.

Geringere Verschuldung?

■ Fortsetzung von Seite 1

ner Arbeitslosenzahl von 2,35 Millio*nen im Jahresdurchschnitt und* einem Anstieg der Verbraucherpreise von knapp drei Prozent (gegenüber noch vier Prozent im Januar im Jahreswirtschaftsbericht).

Stoltenberg betonte allerdings mit Nachdruck, daß „wir immer noch am *Anfang* des wirtschafts- und finanzpolitischen Gesundungsprozesses“ stünden. „1984 werden wir eine weitere Etappe schaffen.“ Die Bundesregierung ziele neben der schrittweisen Zurückführung der überhöhten öffentlichen Neuverschuldung auf eine Umschichtung im Haushalt zugunsten der Investitionen, zur Belebung der Wirtschaft, zur Förderung des Arbeitsmarktes und zur Verbesserung der Ausbildungssituation.

Beispielhaft erinnerte Stoltenberg an eine verbesserte Dotierung im '84er Haushalt gegenüber der Finanzplanung der alten Bundesregierung um

- rund 500 Millionen für die Gemeinschaftsaufgaben,
- über 400 Millionen für Wohnungsbau und Stadterneuerung,
- 170 Millionen für Ausbildungsplätze,
- 300 Millionen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und
- 70 Millionen Mark für Schiffbau und Schiffahrt.

Kuwait akzeptiert neuen US-Botschafter nicht

Diplomat war zuvor in Israel / Protest Washingtons

TH. KIELINGER, **Washington**

Unerwartete Probleme für ihre Diplomatie im Nahen Osten sind der Reagan-Regierung in diesen Tagen entstanden. Die Regierung Kuwaits hat sich geweigert, den designierten neuen US-Botschafter für dieses Land, Brandon Grove, zu akkreditieren. Grove hatte zuletzt als US-Generalkonsul in Jerusalem residiert.

Dem State Department ist von Kuwait deutlich gemacht worden, daß dem Botschafter wegen seiner vorherigen Stellung in Jerusalem das Beglaubigungsschreiben verweigert worden ist. Mit einer scharfen Erklärung distanzierte sich das US-Außenministerium von derartigen diskriminierenden Praktiken. „Wir weichen zutiefst von der Auffassung ab, daß einer unserer besten Berufsbeamten *nicht* auf einem Posten *dienen* kann, weil er zuvor in einer spezifischen anderen Stellung gedient hat“, hieß es in der offiziellen Stellungnahme. Der Botschafterposten in Kuwait werde dann bis auf weiteres unbesetzt bleiben.

Der Fall ist besonders kurios, weil die US-Politik in bezug auf Jerusalem ganz auf der arabischen Linie der Nichtanerkennung Jerusalems als der Hauptstadt Israels liegt. Der amerikanische Generalkonsul in dieser Stadt ist auch nicht der US-Botschaft in Tel Aviv unterstellt. Er berichtet vielmehr direkt nach Washington.

Seine Tätigkeit erstreckt sich fast nur auf die Beziehungen zu den Palästinensern in von Israel besetzten Gebieten. „Wir würden Restriktionen und Einwände, wie Kuwait sie vorträgt, in jedem Fall abweisen“, sagte der State-Department-Sprecher. Es sei im Licht der amerikanischen Jerusalem-Politik besonders ironisch, solche Einwände zu hören.

Der Vorgang erhellt ein weiteres Mal, daß die Reagan-Regierung mit ihrer Nahost-Politik derzeit nicht in günstigem Fahrwasser liegt. Weder *hat Sonderbotschafter Robert McFar*lane einen Durchbruch bei seinen Bemühungen erzielen können, einen Rückzug der ausländischen Truppen aus Libanon zu erwirken. Noch konnte oder wollte Saudi-Arabien Syrien zu einer Geste der Verständigungsbereitschaft bewegen.

Das kuwaitische Vorgehen könnte nach Darstellung von Beobachtern in Washington eine weitere Verschlechterung der amerikanisch-arabischen Beziehungen signalisieren. Am 1. September jährt sich zum ersten Mal die Bekanntgabe des „Reagan-Plans“, mit dem der US-Präsident vergeblich die Autonomie-Gespräche über die Zukunft der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten hatte voranbringen wollen. Die arabische Enttäuschung über den amerikanischen Einfluß vor allem in Israel hat seitdem zugenommen.

Jaruzelski und Honecker warnen vor Nachrüstung

AP, **Warschau**

Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker ist gestern mit der von ihm geleiteten Delegation von Warschau nach Krakau geflogen. Zuvor hatte Honecker, der am Dienstag in Warschau eingetroffen war, mit dem polnischen Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski konferiert. Beide Politiker warnten vor den Folgen der NATO-Nachrüstung. Jaruzelski richtete scharfe Angriffe gegen die „Anhänger der revanchistischen Linie“ in der Bundesrepublik Deutschland, die versuchten, die „*territorial-politischen Realitäten*“ in Europa in Frage zu stellen.

Der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN zufolge bekräftigten die beiden Politiker, daß die Stationierung neuer nuklearer Raketenwaffen der USA in europäischen NATO-Staaten „*nicht nur Europa*, sondern die ganze Welt einer äußerst gefährlichen Bedrohung aussetzen würde“.

In seinem Trinkspruch sagte Honecker, bei den Genfer Verhandlungen seien angesichts der von „hoher politischer und moralischer Verantwortung“ getragenen Positionen der UdSSR Vereinbarungen noch möglich, die eine Stationierung neuer Nuklear-Raketen der USA in Westeuropa ausschlössen und entsprechende Reduzierungen der in Europa vorhandenen Mittelstreckenwaffen vorsähen.

Voraussetzung sei allerdings, daß „der Westen seine Obstruktions- und Erpressungspolitik aufgibt und das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit als Verhandlungsgrundlage akzeptiert“, sagte Honecker. „Wenn neue nukleare Angriffswaffen der USA vor der Haustür der sozialistischen Gemeinschaft auftauchen, dann werden die Warschauer Vertragsstaaten zu effektiven Gegenmaßnahmen gezwungen sein. Das haben wir mehr als einmal warnend erklärt“, fügte er hinzu.

Jaruzelski betonte in seinem Trinkspruch, daß „die Vereinigten Staaten und reaktionäre NATO-Kreise uns eine quantitativ und qualitativ neue, sehr gefährliche Phase des Wettrüstens aufzwingen“. Dabei ging er auch auf die Oder-Neiße-Linie ein. Sie bleibe unabänderlich die „Friedensgrenze“.

Zu Polen sagte Jaruzelski, daß in seinem Land „die Feinde des Sozialismus mit Unterstützung imperialistischer Zentren“ bemüht gewesen seien, die Lage für die Verwirklichung ihrer „anarcho-syndikalistischen, konterrevolutionären Pläne zu mißbrauchen“. Diese Absicht sei zunichte gemacht worden.

Seite 2: Der Selbstbestimmer

Schickt Paris Flugzeuge?

Tschad: Französische Soldaten rücken näher an die Front

DW. **Paris/N'Djamena**

Die französische Regierung will zur Sicherung der Frontlinie im Norden Tschads in den nächsten Tagen auch Kampfflugzeuge entsenden. Das meldete gestern die Zeitung „Le Monde“, die Anfang der Woche ein Gespräch mit Staatschef Mitterrand geführt hatte. Außerdem solle der Flughafen der Hauptstadt N'Djamena mit Raketenbatterien gesichert werden.

Die Zahl der französischen Soldaten in Tschad dürfte nach Informationen der Zeitung bis Ende der Woche auf mehr als 2000 Mann steigen und anschließend noch einmal um 1000 erhöht werden. Die Zahl libyscher Soldaten und Berater im Norden Tschads werde in Paris mit 6000 angegeben, hieß es weiter.

Einheiten der bereits in Tschad stationierten französischen Truppen sind näher an die Front verlegt worden und haben bei Biltine und Arada zwei neue Stellungen bezogen. Arada liegt etwa 100 Kilometer südlich von Oum Chalouba, das am Wochenende unter dem Ansturm der Rebellen von den Regierungstruppen aufgegeben werden mußte.

Die französischen Verbände sind mit modernsten Waffen, darunter *Luftabwehrraketen und panzerbre*chenden Geschossen ausgerüstet. Ihr Auftrag lautet, tschadische Soldaten im Umgang mit Kriegsgerät auszubilden und nur zur Verteidigung von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Die Kampfpause hielt auch gestern an. Nach tschadischen Angaben formieren beide Seiten ihre Verbände neu und stocken ihre Ausrüstung auf. Präsident Habré machte deutlich, daß er eine Teilung Tschads nicht akzeptieren werde.

Wie in Paris verlautete, hat ein persönlicher Freund Mitterrands, Rechtsanwalt Roland Dumas, in Tripoli mit dem libyschen Staatschef Khadhafi den Tschad-Konflikt erörtert.

Seite 2: Helfer und Gaffer

Hilfe für Schulabgänger

Albrecht will überbetriebliche Ausbildung finanzieren

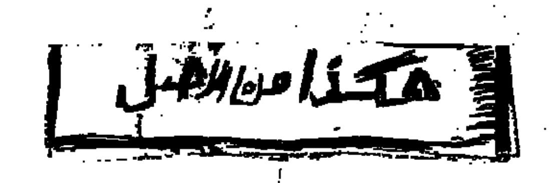
p.p./dl, **Hannover**

Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht hat gestern angekündigt, daß Hannover allen Jugendlichen, die im Herbst noch vergeblich einen Ausbildungsplatz suchten, auf Landeskosten zu einer Lehre verhelfen werde. Nach einem Spitzengespräch mit Vertretern der Wirtschaft sagte Albrecht, daß derzeit in Niedersachsen noch etwa 15 000 – überwiegend Mädchen – nach einer Ausbildung suchten. Ihnen stünden nur knapp 2500 offene Stellen gegenüber.

Noch etwa zwei bis drei Monate will die Landesregierung warten, ehe sie aktiv wird. Sie rechnet damit, daß dann noch immer etwa 2000 bis 3000 Schulabgänger ohne Lehrstelle sind. Diese sollen dann in einer überbetrieblichen Ausbildung untergebracht werden, die zwei Jahre dauert und deren Abschluß von den Kammern als vollwertig anerkannt wird. Die Ausbildungsstätten werden von privaten Einrichtungen wie den Bildungswerken der DAG und der Arbeitgeber getragen. Das Land übernimmt die Kosten.

Albrecht, der einräumte, daß die Wirtschaft die Bewältigung des Ausbildungsproblemes wohl „nicht ganz schaffen“ werde, wies darauf hin, daß seine Regierung neue Wege beschreite. Diese Form der Ausbildung in überbetrieblichen Stätten sei jedoch nur als befristete Notmaßnahme anzusehen. Das Prinzip der dualen Ausbildung werde davon nicht tangiert.

Der Grund dafür, daß das Land Niedersachsen nicht jetzt schon aktiv wird, ist in erster Linie darin zu sehen, daß die bisher vorliegenden Zahlen noch nicht 100prozentig aussagefähig sind. Denn in den vergangenen Jahren hat sich die Tendenz verstärkt, daß immer mehr Jugendliche über die Arbeitsverwaltung einen Ausbildungsplatz suchen, aber immer weniger Betriebe die Zahl ihrer freien Ausbildungsplätze zentral erfassen lassen.



Von Golf zu Golf

dos – Die Design- und Styling-Fetischisten der Branche zeigen sich enttäuscht: Nur unwesentlich unterscheidet sich der neue Golf im äußeren Erscheinungsbild von seinem Vorgänger, dem – gemessen an den Zulassungszahlen – erfolgreichsten Automobil der letzten Jahre in Europa. VW hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, ob der Modellwechsel zum Anlaß genommen werden sollte, formal einen ebenso großen Schritt zu tun wie bei der Wachablösung des Käfers.

Die Summe der Überlegungen, die bereits vor fünf Jahren zu reifen begannen, führte zum jetzt präsentierten Ergebnis: keine stilistische Revolution, statt dessen technische Neuerungen und Verbesserungen. Vor dem Hintergrund von bislang 6,5 Millionen verkaufter Golf-Modelle, verhielt sich Wolfsburg bei der Formgebung konservativ. Das Erbe, das der Nachfolger anzutreten hat, ist ohnehin schwer genug und sollte nicht zusätzlich durch modische Varianten an der Karosse belastet werden.

Konservativ zeigt sich VW, zumindest auf den ersten Blick, auch bei der Preisgestaltung. Das Basis-Modell ist mit 13 490 Mark nur um 430 Mark teurer als der alte Golf. Auf der Aufwandseite stehen 2,1 Milliarden Mark, die die Modellumstellung erforderte. Rund 20 Prozent davon entfallen auf die Entwicklung. Angesichts dieser Zahlen scheint die Frage berechtigt, ob VW mit „Kampfpreisen" den Start des neuen Golf erleichtern will. Vorstandschef Carl H. Hahn verweist in seiner Antwort auf die breite Golf-Palette. Die Mischkalkulation – das teuerste Modell kostet immerhin gut 23 000 Mark – sorgt dafür, daß das Unternehmen auf seine Kosten kommen wird, gewissermaßen von Golf zu Golf.

Fusionsbereit

adh. – Es ist beileibe kein Geheimnis: Mit nur graduellen (aber oft um so entscheidenderen) Unterschieden von Unternehmen zu Unternehmen tut sich die deutsche Spirituosenindustrie derzeit sehr schwer. Die Verbraucher, zumindest die der harten Sachen, sind zurückhaltender geworden. Zuerst war es nur Trend zu mehr Gesundheit, der den Herstellern scharfer Sachen den Absatz erschwerte. Dann half auch Vater Staat noch kräftig mit, den Schnapsbrennern das Geschäft zu erschweren. Drastische Steuererhöhungen für Alkohol ließen den Bürger zusätzlich zurückhaltend in Sachen harter Spirituosen werden. Dies machte nicht nur Steuerhoffnungen der Finanzverwaltung zunichte, sondern sorgt auch dafür, daß einigen kleineren Produzenten die Luft ausgeht. Vor allem, da diese kleineren Unternehmen gegenüber konzentrierter Einkaufsmacht des Handels in Sachen Preis und Konditionen auf verlorenem Posten kämpfen. Neue Fusionen werden folgen und erscheinen vor diesem Hintergrund als Schritt in die richtige Richtung.

IG METALL / 8. Nationale Schiffbau-Konferenz der Gewerkschaft in Hamburg

Bundesregierung wird scharf kritisiert, alte Forderungen werden wiederholt

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Weigerung des Bundeswirtschaftsministers, den in Not geratenen Bremer Werften finanzielle Hilfe auch ohne ein abgeschlossenes Fusionskonzept zuzusagen, ist von der IG Metall scharf kritisiert worden. Auf der 8. Nationalen Schiffbaukonferenz der Gewerkschaft in Hamburg erklärte der Vorsitzende Eugen Loderer, daß die ablehnede Haltung Graf Lambsdorffs nur den Verdacht zulasse, Bonn wolle dem Land Bremen keine Wahlhilfe geben.

Die deutsche Schiffbauindustrie erlebe die bislang schwerste Krise und es seien dringend Maßnahmen erforderlich, um wenigstens das Allerschlimmste zu verhindern, erklärte Loderer. Die Zahl der Mitarbeiter in der Branche sei im ersten Halbjahr weiter um sieben Prozent zurückgegangen und im Juni hätten gut 25 Prozent aller Beschäftigten kurzgearbeitet. Die Auftragseingänge seien in diesem Jahr um 40 Prozent gesunken.

Zur Überwindung der Schiffbaukrise hat die IG Metall in Hamburg ein Strukturpapier vorgelegt, in dem bereits seit Jahren geforderte Maßnahmen noch einmal zusammengefaßt werden. Einmal wird darin die Bundesregierung aufgefordert, ein nationales Schiffbau- und Schiffahrtsprogramm zu erstellen. Zu diesem Zweck soll eine Konferenz unter Beteiligung des Bundes, der Küstenländer, der Werften und der IG Metall einberufen werden. Es gehe darum, die noch vorhandenen Kapazitäten über das Auftragsloch hinwegzu retten.

Um weitere Arbeitsplatzverluste aufzufangen, fordert die IG Metall ferner die Expansion der Werften in fremde Produktionsbereiche. In einem ersten Schritt müsse die Meerestechnik weiter ausgebaut werden und in einem zweiten Schritt alternative und neue Produkte von den Schiffbauern hergestellt werden. Für die Verwirklichung des Konzepts „Diversifikation durch qualitatives Wachstum" wiederholt die IG Metall die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm von mindestens 20 Milliarden Mark pro Jahr. Diese Ausgaben sollen in den Feldern Umweltschutz, Energiesicherung, Städtesanierung, Verkehrsinvestionen und Forschung und Entwicklung konzentriert werden.

Die Werften selbst werden aufgefordert, die Produktionsmethoden zu modernisieren. Die dazu notwendigen Investitionen sollen die Muttergesellschaften finanzieren, von denen die Gewerkschaft zudem eine Überlebensgarantie für ihre Tochtergesellschaften verlangt. Kostensenkungen erwartet die IG Metall durch bessere Auslastung der modernisierten Anlagen. Eine Reduzierung der Kosten über Entlassungen oder Lohnkürzungen wird abgelehnt.

An die Adresse Bonns richtet die IG Metall die Forderung, auf der einen Seite den Abbau der internationalen Subventionen zu betreiben, zum anderen die bestehende Subventionslücke bei den deutschen Werften auszugleichen. Dazu sollen die Reederhilfe auf 17,5 Prozent aufgestockt, eine Exporthilfe von 7,5 Prozent wieder eingeführt sowie die Werften bei Forschung und Entwicklung öffentlich unterstützt werden. Alle finanziellen Hilfen sollen nach den Vorstellungen der IG Metall mit Arbeitsplatzauflagen verbunden werden. In den Fällen, wo die Zuschüsse nicht ausreichen, empfiehlt die Gewerkschaft öffentliche Kapitalbeteiligungen.

Mit massiver Kritik hat die Gewerkschaft dagegen die Pläne des Verbands der deutschen Schiffbauindustrie (VDS) zur Entspannung der Lage zurückgewiesen. Der VDS hatte unter anderem Abstriche bei den Sozialplänen gefordert, weil sie bei der schwierigen Lage der Werften nicht mehr zu finanzieren seien. Auch die Androhung der Entlassung von 15 000 Mitarbeitern und die Aufgabe ganzer Standorte weist die IG Metall scharf zurück. Dies müßte die dramatische Arbeitsmarktlage in Norddeutschland noch gefährlich verschärfen. Zur Forderung des VDS, Löhne und Gehälter im Schiffbau den Notwendigkeiten anzupassen, erklärt die IG Metall, daß von überhöhten Lohnkosten in der Bundesrepublik überhaupt keine Rede sein könne.

Seite 2: Auf den Klippen

US-WIRTSCHAFT

Industrieproduktion und der Wohnungsbau legen weiter zu

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die US-Wirtschaft steuert auf einen Boom zu. Das signalisieren die im Juli wieder um 1,8 Prozent gestiegene Industrieproduktion und die anhaltende Erholung im Wohnungsbau. Die Wall Street, die von einer leichten Verlangsamung des konjunkturellen Wachstumstempos ausgegangen war, rechnet wegen der zunehmenden Lagerfinanzierung nun mit weiter anziehenden Zinsen, was, wie Devisenhändler in New York gegenüber der WELT erklärten, „die ausländischen Valuten erneut unter Druck setzen wird". Da bei den US-Zinsen der Scheitelpunkt entgegen den Erwartungen noch nicht überschritten ist, dauert nach ihrer Ansicht die Dollar-Hausse noch an.

Nach Angaben der amerikanischen Notenbank hat die Industrieproduktion, die den Ausstoß der Fabriken, Bergwerke sowie der Elektrizitäts- und Gasgesellschaften umfaßt, im Juli zum achten Mal hintereinander zugenommen. Das höchste Plus wurde bisher im April erzielt, als es 1,9 Prozent ausmachte. Im Juni betrug es 1,1 Prozent. Seit November, als in den Vereinigten Staaten die 17monatige Rezession ihren tiefsten Punkt erreichte, erhöhte sich der Index um 10,2 Prozent. Er liegt aber noch immer um 3,5 Prozent unter dem im Juli 1981 registrierten Rekordniveau.

Die Zunahme im Juli vollzog sich auf breiter Front, wobei die Hersteller von Automobilen und Stahl die Spitzen bildeten. Auf Jahresbasis wurden 7,4 Millionen Personenkraftwagen montiert, verglichen mit 6,8 Millionen im Vormonat. Die Produktion kurzlebiger Konsumgüter stieg um 1,1 Prozent, die langlebiger Gebrauchsgüter um 3,4 Prozent. Besonders positiv zu werten ist die weiter gewachsene Erzeugung von Betriebsausrüstungen (ein Prozent), was auf eine Umkehrung der bisherigen Investitions-Unlust hindeutet.

Als ein Konjunkturmotor ersten Ranges erweisen sich nach wie vor Washingtons stark aufgestockte Ausgaben für die Verteidigung. Seit Jahresfrist steigerte der Rüstungs- und Raumfahrbereich seinen Ausstoß um zehn Prozent. In der Verarbeitung insgesamt waren es 8,2 Prozent, bei Gebrauchsgütern 12,3, bei Halbfertigwaren 9,3, bei Baustoffen 15,6, bei industriellen Vormaterialien 10,4 und im Strom/Gassektor drei Prozent. Nur im Bergbau und bei Investitionsgütern verringerte sich übers Jahr die Produktion, und zwar um drei und 2,3 Prozent.

Erstaunlich ist die Stärke des Aufschwungs im Wohnungsbau, da die Hypothekenzinsen bereits wieder von 12,25 auf 13,5 Prozent im Durchschnitt angezogen haben. Das wirkte sich aber nur auf Einfamilienhäuser aus, wo sich die Zahl der Neubauten im Juli um zwölf Prozent auf 1,01 Millionen Einheiten (Jahresrate) verringerte. Der Rückgang wurde nahezu ausgeglichen durch eine Zunahme im Bau von Mehrfamilienhäusern. Mit 1,74 Millionen Einheiten lag die Baurate insgesamt um 47 Prozent über dem Vorjahresmonat.

Die Rechnung ging nicht auf

Von EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Ein Ministersessel wackelt gewaltig in Athen. Gerassimos Arsenis, Wirtschaftsminister und Gouverneur der griechischen Zentralbank in Personalunion und somit zweitstärkster Mann im Kabinett Papandreou, ist unter schweren Beschuß geraten. Innerhalb der regierenden Pasok-Partei wird ihm angelastet, mit seiner Währungspolitik der griechischen Wirtschaft keine guten Dienste erwiesen zu haben. Viele verlangen seinen Kopf.

Ganz gewiß: Die Kampagne gegen Arsenis rührt weitgehend von der Tatsache her, daß er nicht aus der Partei kommt, sondern als einstiger UNO-Experte das Vertrauen Papandreous zu genießen scheint. Wie lange noch? Die Partei-Oberen sehen sich jetzt in ihrem Hauptargument bestätigt, daß er wegen seines mehrjährigen Aufenthalts im Ausland von den griechischen Realitäten so gut wie nichts verstehe. Arsenis hat auf den US-Dollar gesetzt und verloren. Im Januar wertete er die Drachme um 15 Prozent gegenüber allen westlichen Währungen ab und koppelte die Landeswährung an den Dollar.

Diese Rechnung ging nicht auf. Der Dollar setzte seine rasante Fahrt fort. Die griechische Währung machte notwendigerweise mit, somit wurde die Drachme gegenüber den wichtigsten westeuropäischen Währungen aufgewertet. Die Abwertung war größtenteils dahin.

Vor einigen Tagen wurde dieser fehlerhafte Kurs radikal korrigiert. Arsenis mußte die Drachme vom Dollar lösen und sie an ein Paket von westeuropäischen Währungen koppeln, obwohl Griechenland trotz seiner *EG-Vollmitgliedschaft dem* EWS bisher nicht beigetreten ist. Die in den letzten Tagen erfolgte abermalige De-facto-Abwertung der Drachme ist erwünscht. Denn mit einem 25prozentigen Rückgang des Exportvolumens in den ersten fünf Monaten 1983 (aktuellere Zahlen gibt es nicht) konfrontiert, will Athen durch eine Verbilligung der griechischen Erzeugnisse die Ausfuhren fördern und verlorene Märkte zurückgewinnen.

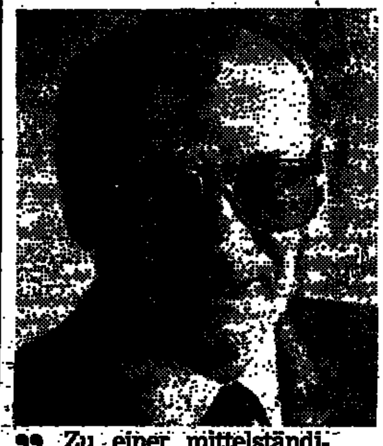
Griechenland ist nicht nur wegen der sinkenden Exporterlöse devisenschwach geworden. Der Fremdenverkehr hat in diesem Jahr eine Bruchlandung erlitten. Schon 1982 gingen die Einnahmen aus dem Tourismus-Geschäft um rund 18 Prozent zurück. In der laufenden Saison sind so viele Hotelzimmer überall leer geblieben, daß das Hotelgewerbe mit kräftigen Preisnachlässen griechische Kundschaft zu ködern versucht. Trotz einer relativen Stabilisierung der Weltlage gibt die griechische Schiffahrt ebenfalls nicht so viel harte Währung her wie früher. Schließlich haben die Kursschwankungen der Drachme viele im Ausland arbeitende Griechen veranlaßt, ihre Devisenüberweisungen nach Hause drastisch zu kürzen.

Dieser Rückgang der „unsichtbaren Einnahmen" hätte ein kaum zu stopfendes Loch in der griechischen Leistungsbilanz verursacht, wäre Griechenland nicht in den Genuß von großzügigen Einnahmen aus den verschiedenen EG-Fonds gekommen. Dies hat Papandreou, der im laufenden Halbjahr die Präsidentschaft innehat, gezwungen, die Attacken gegen die Gemeinschaft praktisch aus seinem politischen Vokabular zu streichen.

Athens Bilanzdefizit wird in diesem Jahr etwa zwei Milliarden Dollar betragen. Es wird nicht schwer sein, Kredite im Ausland zu bekommen. Griechenland ist noch kreditwürdig, obwohl die Auslandsverschuldung ständig zunimmt. Vorsicht ist allerdings geboten. Auslandsschulden können zu einer unaufhaltsamen Lawine werden. Viele Länder – unter ihnen der Nachbar Türkei – haben diese Erfahrung gemacht. Wenn sich die Devisenschwierigkeiten Griechenlands zuspitzen würden, könnte das Land, mittelfristig betrachtet, in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Es wäre falsch und unfair zu behaupten, daß die nun seit bald zwei Jahren regierenden Sozialisten diese Situation verschuldet hätten. Die konservativen Vorgänger Papandreous haben im wirtschaftspolitischen Bereich sehr viele Fehler gemacht, die harte Konkurrenz innerhalb der Gemeinschaft hat ihre ersten Spuren in Griechenlands Wirtschaft hinterlassen. Aber durch ihre Unbeständigkeit und Konzeptionslosigkeit, ihren Zickzackkurs und die Verunsicherung der griechischen Unternehmerschaft haben Papandreou und seine Mannschaft keine Impulse gegeben. Schöne Schlagworte weiß Papandreou immer zu formulieren. Aber das Land braucht Taten.

AUF EIN WORT



„Zu einer mittelständischen Ausgestaltung der Vermögenspolitik gehört die Erhaltung der Prinzipien der Freiwilligkeit und der individuellen Wahlfreiheit auch zugunsten der angestrebten betrieblichen Beteiligung und eine klare Absage an jeden gesetzlichen oder tarifvertraglichen Beteiligungszwang."

Dr. Klaus-Joachim Kübler, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bonn.
FOTO: JUPP DARCHINGER

KONJUNKTUR

Das DIW sagt langsameres Wachstumstempo voraus

PETER WEERTZ, **Berlin**

Mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in der Bundesrepublik auch in der zweiten Jahreshälfte. „Das Wachstumstempo wird aber im Vergleich zur ersten Jahreshälfte an Schwung verlieren", sagt das Berliner Institut voraus. Der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts, der in der ersten Jahreshälfte noch ein Prozent überstieg, wird laut dieser Prognose im dritten Quartal nur noch 0,5 Prozent betragen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies allerdings eine Zunahme um zwei Prozent.

Von der positiven konjunkturellen Entwicklung haben bisher vor allem das verarbeitende Gewerbe und der Handel profitiert. Wie das Berliner Institut bestätigt, waren für die Belebung im ersten Halbjahr überwiegend die unerwartet hohe Zunahme des privaten Verbrauchs und die Aufstockung der Lagervorräte ausschlaggebend. Die vorausgesagte Abschwächung der Konjunktur begründen die Berliner Konjunkturforscher mit den schwachen Auftragseingängen aus dem In- und Ausland. Negativ wertet das Institut für den privaten Verbrauch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Zunahme der Arbeitslosenzahlen.

Mit Zinssenkungen als „zusätzliche Anregung" rechnet das Institut ebenfalls nicht. Doch bei den Bauinvestitionen wird im Wirtschafts- wie Wohnungsbau voraussichtlich die Tätigkeit spürbar wachsen. Da das Institut außerdem mit wechselkursbedingten Preisvorteilen rechnet, hält es eine leichte Aufwärtstendenz bei den Exporten für möglich, während sich die Einfuhr eher verlangsame.

Pkw-Schaden als Werbungskosten

DW. **Bonn**

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofes kann ein Arbeitnehmer einen von der Versicherung nicht ersetzten Pkw-Schaden in bestimmten Fällen als Werbungskosten geltend machen. Einem Außendienstmitarbeiter war nachts vor seiner Garage der zu 95 Prozent beruflich genutzte Pkw entwendet und später in stark beschädigtem Zustand aufgefunden worden. Nach Auffassung der Richter war ein ausreichender Zusammenhang zwischen der Berufsausübung und dem Schaden anzunehmen, weil der Arbeitnehmer den Pkw nahezu ausschließlich für berufliche Zwecke genutzt hatte. (Aktenzeichen V I R 139/80).

AGRARREFORM

Lambsdorff strikt gegen Import-Beschränkungen

HEINZ HECK, **Bonn**

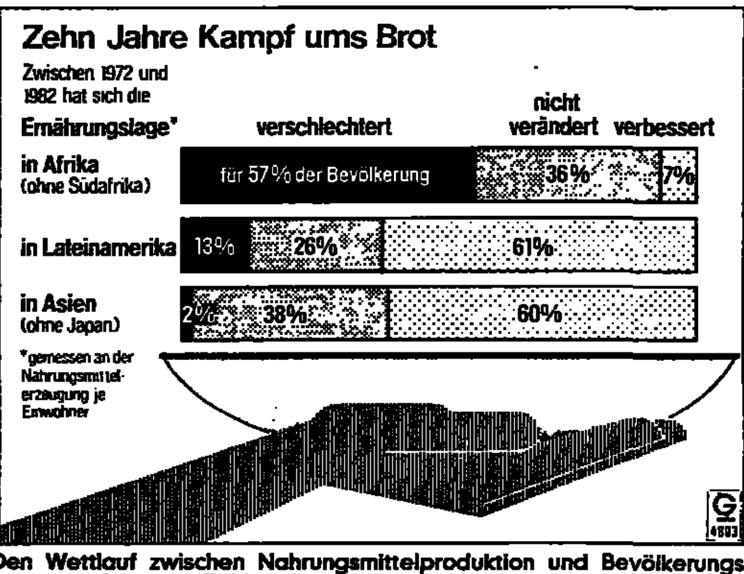
Die Bundesregierung wird die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Importrestriktionen für Fleisch und Getreidesubstitute sowie die *Fettsteuer ablehnen. Allerdings wird* sie erst Ende August in einer Ministerbesprechung beim Bundeskanzler die endgültige deutsche Haltung zu den Brüsseler Vorschlägen zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik festlegen.

Wie das Finanzministerium hat auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) erhebliche Bedenken gegen das Brüsseler Reformpaket. In einem Schreiben an Ernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) begrüßt Lambsdorff die zwischen den Ressorts beschlossene Ablehnung der genannten Importbeschränkungen und -belastungen „außerordentlich, weil jede Art von Protektionismus uns in große handelspolitische Schwierigkeiten bringen würde. Vor allem das Verhältnis zwischen EG und USA würde erheblich belastet.

*Wegen unserer besonderen Export*abhängigkeit würde dabei die Bundesrepublik Deutschland von allen Mitgliedsstaaten unmittelbar und am stärksten getroffen, da die USA wahrscheinlich nicht zögern würden, bei Einführung einer EG-Fettsteuer zu Gegenmaßnahmen im Industriebereich zu greifen. Eine derartige Entwicklung würde auch nicht ohne Folgen für die westliche Bündnis- und Sicherheitspolitik bleiben."

Angesichts der erkennbaren Fehlentwicklungen in einigen Agrarsektoren und der angespannten Haushaltslage ist Lambsdorff wie Kiechle der Meinung, „daß kurzfristig spürbare Änderungen erforderlich sind".

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Den Wettlauf zwischen Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerungswachstum hat nach Zahlen der Welternährungsorganisation FAO in den letzten zehn Jahren die Landwirtschaft gewonnen. In den Entwicklungsländern wurde die Nahrungsmittelerzeugung je Einwohner um zehn Prozent gesteigert. Dieser Gesamtdurchschnitt verdeckt allerdings, daß zum Beispiel in Afrika über die Hälfte der Bevölkerung heute schlechter ernährt ist als 1972.
QUELLE: GLOBUS

Textilindustrie spürt deutliche Belebung

Frankfurt (dpa/VWD) – In der deutschen Textilindustrie hat sich das Geschäft im Juni deutlich belebt. Nach Angaben des Spitzenverbandes Gesamttextil, Frankfurt, fielen Auftragseingang und Produkion um neun bzw. drei Prozent höher aus als im entsprechenden Vorjahresmonat. Preisbereinigt lagen die Neuaufträge um sieben Prozent höher als ein Jahr *zuvor. In der Halbjahresbilanz lagen* die Neuaufträge um ein Prozent über dem Vorjahresresultat, real auf Vorjahreshöhe. Nach wie vor war die Inlandsnachfrage im Juni mit einer Zunahme um nominal zwölf Prozent das Zugpferd der Textilkonjunktur, die Auslandsaufträge stiegen um ein Prozent. Mit 9,7 Milliarden Mark hat die Bundesrepublik im ersten Halbjahr um ein Prozent mehr exportiert, die Einfuhr lag mit 13,5 Milliarden Mark um zwei Prozent höher.

Einkommen gestiegen

London (fu) – Die Arbeitnehmer-Einkommen in Großbritannien sind in den zwölf Monaten zum Juni dieses Jahres um 7,7 Prozent gestiegen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums lag der Jahr-zu-Jahr-Prozentsatz der Einkommens-Steigerung im Mai noch bei 8,4 Prozent. Unter Berücksichtigung von Lohnnachzahlungen und unterschiedlicher Zeitpunkte für Lohn- und Gehaltsanhebungen hat sich der Anstieg der Durchschnitts-Einkommen im Jahresvergleich um 0,25 Punkte auf sieben Prozent im Juni ermäßigt.

Weniger Kernenergiestrom

Bonn (HH) – Die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken für das öffentliche Netz ging zwar im ersten Halbjahr 1983 um rund sieben Prozent auf 29 Milliarden Kilowattstunden zurück. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) rechnet jedoch für 1983 insgesamt mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Als Grund für den Rückgang im ersten Halbjahr nennt sie vorübergehende Stillegungen durch Brennelementwechsel und Umrüstungsarbeiten in acht der elf Kraftwerksblöcke. Die positive Einschätzung für 1983 stützt die VDEW unter anderem darauf, daß Brunsbüttel nach zwölfmonatiger Umrüstung und damit zwei Monate früher als geplant ans Netz ging, in Würgassen die entsprechende Unterbrechung Ende August abgeschlossen sei und die neue Anlage in Krümmel ebenfalls Ende August in Betrieb gehen soll. Kernenergie trug im ersten Halbjahr 1983 rund 19 Prozent zur Stromerzeugung bei.

Defizit verringert

Paris (J. Sch.) – Noch niedriger als zunächst angekündigt ist das französische Leistungsbilanzdefizit für das 2. Quartal dieses Jahres ausgefallen. Nachdem es Wirtschafts- und Finanz*minister Delors auf höchstens fünf* Milliarden Franc beziffert hatte, erreichte es nur 2,9 Milliarden Franc gegenüber 30,2 Milliarden Franc im ersten Quartal. Diese spektakuläre Verbesserung ist vor allem dem stark aktiv gewordenen Dienstleistungsverkehr zuzuschreiben. Darin stecken saisonal bedingte Deviseneinnahmen aus dem Tourismus. Das Defizit im Außenhandel verminderte sich saisonbereinigt von 27,9 Milliarden Franc im ersten auf 17,4 Milliarden Franc im zweiten Quartal.

„Festlegungsfrist verkürzen"

Bonn (dpa/VWD) – Für eine Verkürzung der Festlegungsfrist bei Bausparverträgen von zehn auf sieben Jahre hat sich der Vorsitzende des Bundestagsfinanzausschusses, Hans H. Gattermann (FDP), ausgesprochen. Gattermann betonte, die Verkürzung könne bereits bei der Beratung des Regierungsentwurfs für ein Vermögensbeteiligungsgesetz realisiert werden. Nach den Worten Gattermanns ist die derzeit gültige Frist für nach dem 12. November 1980 abgeschlossene Bausparverträge eingeführt worden, weil man nach dem Wegfall der Sparprämie ein zu starkes Überwechseln von Prämiensparern ohne Bauabsichten auf das Bausparen habe verhindern wollen. Diese Begründung habe sich aber als nicht tragfähig erwiesen.

Kohleförderung gesunken

Essen (dpa) – Die Steinkohleförderung der Ruhrkohle AG (RAG) ist im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,6 Millionen Tonnen gesunken. Der Gesamtförderung in 1983 von bisher 29,8 Millionen Tonnen stand ein Absatz von 28,1 Millionen Tonnen Steinkohle gegenüber, rund 1,6 Millionen Tonnen weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, heißt es in einer Mitteilung der RAG. Die Haldenbestände der RAG waren bis Ende Juni auf 17,1 Millionen Tonnen angewachsen.

ERDGAS

Im Oktober wird mit neuer Preissenkung gerechnet

HANS BAUMANN, **Essen**

Die Preise für Erdgas sind im Zuge der allgemeinen Schwäche für Energiepreise im vergangenen Jahr nach Ermittlungen des Bundesverbandes der Energie-Abnehmer, Hannover, um bis zu 7,1 Prozent gefallen. Da inzwischen die Preise für Heizöl weiter fielen, wird im Oktober mit einer weiteren Herabsetzung der Erdgaspreise gerechnet. Die jüngste Preisanhebung für Heizöl im Zuge der Dollaraufwärtsentwicklung wird sich erst auf den Erdgaspreis im Frühjahr nächsten Jahres auswirken, da das Gas dem Ölpreis immer in Halbjahresschritten folgt.

Nach dem Preisvergleich für Sonderabnehmer haben sich die Erdgaspreise innerhalb der letzten 12 Monate (Stichtag 1. Juni) im Mittel um 1,3 Prozent ermäßigt. Die jährliche Teuerungsrate hatte dagegen Mitte 1982 noch bei 20,3 Prozent gelegen.

Die Preissenkungen im einzelnen schwanken zwischen null und 7,1 Prozent (Stadtwerke Mannheim). Als einziges Versorgungsunternehmen hat die Schleswag in Rendsburg entgegen der allgemeinen Tendenz den Gaspreis um 6,4 Prozent heraufgesetzt. Dennoch gehört der Gaslieferant im Norden zu den preisgünstigsten Anbietern im Bundesgebiet.

Die Gruppe der preisgünstigsten Anbieter in Nord- und Westdeutschland wird von der EWE Oldenburg angeführt, gefolgt von den HGW Hamburg und der Schleswag. Größere Abnehmer mit hoher Benutzungszeiten erzielen auch bei den Stadtwerken Hannover günstige Preise.

Im Süddeutschen Raum bietet Maingas, Frankfurt, besonders preiswert an. Aber auch bei den Stadtwerken München und Augsburg erzielen Abnehmer mit hohen Benutzungszeiten günstige Preise.

OECD / Die Steuern und Sozialabgaben in den Mitgliedsländern sind weiter gestiegen

Belastung der Deutschen gesunken

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

In fast allen westlichen Industriestaaten hat sich der „Fiskaldruck" weiter verstärkt. Der so definierte Anteil aller direkten und indirekten Steuern sowie der sozialen Zwangsabgaben am Bruttosozialprodukt erreichte 1981 im OECD-Durchschnitt 36,16 Prozent gegenüber 35,41 Prozent im Vorjahr und erst 26,95 Prozent 1965. Nicht eingeschlossen sind dabei die freiwilligen Beitragszahlungen an staatliche Sozialinstitutionen sowie die obligatorischen Beiträge an Pensionskassen.

Die Bundesrepublik gehört zu den wenigen Ländern, in denen diese Belastung neuerdings etwas nachgelassen hat. Nach 37,75 Prozent 1980 lag sie 1981 bei 37,32 Prozent und wird vom OECD-Sekretariat für 1982 auf 37,0 Prozent geschätzt. Gegenüber 1965 hatte die deutsche Abgabenlast um fünf Prozentpunkte zugenommen, während sie im OECD-Durchschnitt um etwa 10 Punkte stieg.

Am stärksten war der Fiskaldruck in Schweden (50,3 Prozent), Norwegen (47,8 Prozent), Belgien (45,9 Prozent), Holland (45,4 Prozent) und Dänemark (44,5 Prozent). Es folgten Frankreich, Österreich, Großbritannien, Irland und die Bundesrepublik. Am niedrigsten war er in der Türkei (19,29 Prozent), Spanien (23,8 Prozent) und Japan (26,8 Prozent). Dies ergibt sich aus dem jüngsten internationalen Steuervergleich des OECD-Sekretariats.

Der eigentliche Steuerdruck ohne Sozialabgaben erreichte in der Bundesrepublik zuletzt 24,06 Prozent des Sozialprodukts. Von der gesamten Abgabeleistung stellte die Einkommensteuer 29,05 Prozent. Der Anteil dieser Steuer an allen Fiskaleinnahmen nahm zwischen 1965 und 1981 um 11,9 Prozent zu, gegenüber 12,5 Prozent in Japan, 23,2 Prozent in den USA und 25,3 Prozent in Frankreich.

Andererseits verminderte sich in der gleichen Zeitspanne der Anteil der Unternehmensbesteuerung um 45 Prozent in den USA, um 35,5 Prozent in der Bundesrepublik und um 10 Prozent in Japan, während er in Frankreich praktisch unverändert blieb und in Großbritannien um 33 Prozent anstieg. Bei den Soziallasten nimmt die Bundesrepublik mit 13,26 Prozent des Sozialprodukts eine mittlere Position unter den großen Industriestaaten ein, während Frankreich zusammen mit den skandinavischen Ländern an der Spitze (18,34 Prozent) steht, bei einem OECD-Durchschnitt von 8,78 Prozent.

Global gesehen stellt die OECD fest, daß die Unterschiede im „Fiskaldruck" der einzelnen Mitgliedsstaaten während der letzten 15 Jahre kleiner geworden sind. Dies gilt selbst für das „Steuerparadies" Schweiz. Sie gehört zwar immer noch zu den am wenigsten besteuerten Ländern. Jedoch verzeichnete sie eine überdurchschnittliche Zunahme der Steuerbelastung.

WÄHRUNGSFONDS

Bonn will neuer Quote zustimmen

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Bundesregierung sieht keine Hindernisse, die eine Zustimmung zur achten Quotenaufstockung des Internationalen Währungsfonds (IWF) verzögern könnten. Die offizielle Entscheidung, die in Abstimmung zwischen der Bundesbahn, und dem Bundesfinanzministerium erfolgt, wird noch vor der IWF-Jahresversammlung Ende September erwartet. Dies war im Bundesfinanzministerium zu erfahren.

Formell hat die Bundesbank, die die Bundesrepublik im Gouverneursrat des Fonds vertritt, der Quotenerhöhung zuzustimmen. Im Gegensatz zu den USA, wo die Quotenerhöhung zu langwierigen Auseinandersetzungen im Kongreß führte und die endgültige Absegnung noch aussteht, ist in der Bundesrepublik kein parlamentarisches Verfahren erforderlich.

Mit der Quotenaufstockung sollen die dem IWF von den 146 Mitgliedsländern zur Verfügung gestellten Mittel von derzeit 61,06 Milliarden Sonderziehungsrechten (SZR) auf 90,04 Milliarden erhöht werden, wobei ein SZR 2,80 Mark entspricht. Die deutsche Quote soll auf 5,4 (3,2) Milliarden SZR anwachsen, wodurch der Anteil der Bundesrepublik an den IWF-Finanzmitteln von 5,3 auf sechs Prozent steigen würde. Ein Viertel des Erhöhungsbetrages von 15,1 Milliarden Mark, den die Bundesbank an den IWF zu zahlen hat, ist durch Übertragung von Sonderziehungsrechten oder in „verwendbaren" Fremdwährungen zu leisten.

Bisher haben 19 Länder mit einem Quotenanteil von 13 Prozent die Mittelaufstockung genehmigt. Damit die Erhöhung in Kraft treten kann, müssen Mitgliedsländer, die 70 Prozent der Quoten halten, zugestimmt und ihren zusätzlichen Beitrag eingezahlt haben.

FRANKREICH / Unternehmer fordern Unterstützung

Immer weniger Aufträge

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Unterstützung der französischen Unternehmen müsse jetzt Vorrang vor den sozialen und innen- und außenpolitischen Problemen haben. Die Regierung dürfe sich dabei nicht mehr mit „homöopathischen Maßnahmen" begnügen. Dies erklärte Arbeitgeberpräsident Yvon Gattaz nach einem einstündigen Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand. *Entgegen den Erwartungen* machte dieser aber keine Zusagen insbesondere hinsichtlich einer verminderten Unternehmens- und Unternehmerbesteuerung.

Konkret forderte Gattaz vor allem einen flexibleren Entlassungsschutz. Um eine weitere Zunahme von Unternehmenszusammenbrüchen und damit von Massenentlassungen zu verhindern, müßten rechtzeitig schnelle Teilentlassungen erlaubt werden. Auch würde es nur dann wieder zu Neueinstellungen kommen, wenn diese für eine bestimmte Zeit erfolgen.

Immerhin räumte Gattaz zum erstenmal ein, daß sich Präsident Mitterrand der Unternehmensprobleme bewußt sei. Er bezeichnete dies als *„ermutigend für die Zukunft"*. Den arbeitgeberfreundlicheren Absichtserklärungen der Regierung seien allerdings bisher kaum Taten gefolgt. Inzwischen aber dränge die Zeit. Die Unternehmer müßten wieder Vertrauen in die Zukunft fassen können.

Die allgemeine Mutlosigkeit in der französischen Wirtschaft spiegeln auch die jüngsten Unternehmerbefragungen wider. Bei einer anhaltend pessimistischen Grundstimmung wird die Frage, wie es wohl weiter geht, immer ausweichender beantwortet. Für den kommenden Herbst befürchten die Unternehmer größere soziale Konflikte, die alle Prognosen über den Haufen werfen könnten.

In den letzten Monaten hat sich die konjunkturelle Lage in Frankreich fortlaufend verschlechtert. In fast allen Industriezweigen sind die Auftragseingänge – vor allem aus dem Inland – und die Auftragsbestände geschrumpft, während die Vorräte an Fertigwaren zugenommen haben und trotz eingeschränkter Produktion ihren Normalstand übertreffen. Auch die Umsätze des Handels sind real weiter zurückgegangen – im Jahresvergleich Juli um schätzungsweise fünf Prozent.

Von dem Nachfrageschwund besonders betroffen ist die Konsumgüterindustrie mit Ausnahme der Automobile, deren Neuzulassungen im Juli um 1,4 Prozent stiegen. Um so mehr beschränkten die Franzosen – wegen der Steuernachzahlungen – ihre Käufe an *Möbeln*, elektrischen Haushaltsgeräten und Textilien.

Bei der Investitionsgüterindustrie wird für die nächsten Monate mit einer gewissen Stabilisierung gerechnet, und zwar vor allem in der Elektro- und Elektronikbranche. Nach der letzten Befragung des Nationalinstituts für Statistik soll die industrielle Investitionstätigkeit in Frankreich 1983 um real drei Prozent zurückgehen und 1984 um den gleichen Satz steigen.

Verhältnismäßig günstig wird die weitere Preisentwicklung beurteilt. Zwischen August und Oktober planen die Unternehmer wegen der Nachfrageschwäche monatliche Preiserhöhungen von nur noch 0,7 Prozent durchschnittlich, teilt die Banque Nationale de Paris (BNP) in ihrem jüngsten Konjunkturbrief mit. Für Juli erwartet sie wegen außergewöhnlicher Tariferhöhungen eine einprozentige Teuerungsrate, nachdem der Lebenshaltungskosten-Index im Juni um 0,6 Prozent gestiegen war.

TRIUMPH ACCLAIM

Beschränkt Paris die Importe?

J. Sch./fu. Paris/London

Die Darstellung der „Financial Times" und des „Wallstreet-Journal", daß die französische Regierung die Einfuhr von britischen Wagen zu beschränken beabsichtige, *die mit* japanischen Zulieferungen gefertigt werden, ist bisher weder bestätigt noch dementiert worden. Beim französischen Auto-Importeurverband wird sie als „unglaubwürdig" bezeichnet.

Allerdings limitiert Frankreich schon seit mehreren Jahren die Einfuhr japanischer Pkw auf höchstens 3 Prozent der Neuzulassungen im Rahmen eines bilateralen japanischen Exportbeschränkungsabkommens. Seitdem British Leyland den Triumph Acclaim mit Honda-Komponenten in England produziert, stellt sich für Paris jedoch die Frage, ob auch dieser Wagen unter die Beschränkung fällt.

Wenn die französische Regierung entsprechende Absichten hat, dann müßte sie dies dem hiesigen Triumph-Importeur Honda-France mitteilen. Das aber sei bisher nicht geschehen, erklärte der Generalsekretär des französischen Auto-Importeurverbandes der *WELT* auf Anfrage. Er habe von Honda-France eine negative Antwort erhalten. Daß die französische Regierung im Alleingang den britisch-japanischen Wagen kontingentiert, sei nicht zu erwarten.

Im britischen Ministerium für Handel und Industrie heißt es dazu, bisher liege eine Erklärung aus Paris nicht vor. Ein Sprecher des Ministeriums der *WELT*, *daß auch* British Leyland von der französischen Regierung noch nicht angesprochen worden sei. Allerdings bestehe im Ministerium die Befürchtung, daß Paris zu einer derartigen Maßnahme greifen könnte, die dem EWG-Vertrag widersprechen würde.

DÄNEMARK/ Haushaltsvorentwurf präsentiert

Ausgabensenkung geplant

R. GATERMANN, Kopenhagen

Dänemarks Volkswirtschaft befindet sich nach *Jahren steiler Talfahrt* wieder auf dem rechten Weg. Bei der Vorlage des Haushaltsvorentwurfs für 1984 konnte Finanzminister Henning Christophersen darauf verweisen, daß einige Schlüsseldaten heute bedeutend günstiger aussehen als im Herbst des Jahres 1982, als die Mitte-Rechts-Koalition die Sozialdemokraten auf der Regierungsbank ablöste. 1984 wird das erste Jahr sein, in dem in Dänemark die Ausgaben des Staates real unter denen des Vorjahres liegen.

Der Staatshaushalt wird 1984 bei Ausgaben von umgerechnet rund 52,64 Milliarden Mark (plus 1,6 Prozent) einen Fehlbetrag von 16,52 Milliarden ausweisen. Dies sind etwa 10,9 Prozent des Bruttosozialprodukts gegenüber 12,4 Prozent 1983. Nach Streichungen in Höhe von ungefähr 2,8 Milliarden Mark kann damit die Regierung einen realen Ausgabenrückgang um drei Prozent vorweisen; für den gesamten öffentlichen Sektor wird er bei zwei Prozent liegen (1983: 0,5 Prozent). Der Finanzminister jonglierte gleichermaßen mit dem Rotstift und der Abgabenschraube. So werden *die Beiträge für* die Arbeitslosenversicherung erhöht. Der Bürger muß sich stärker als bisher an den Kosten im Gesundheitswesen beteiligen und in anderen Bereichen des sozialen Sektors Einschränkungen hinnehmen.

Zur außenwirtschaftlichen Situation des Landes erklärte Henning Christophersen, daß sich jetzt die Wende zum Besseren abzeichne. Im 1. Halbjahr 1983 belief sich das Defizit in der Leistungsbilanz auf 1,43 Milliarden Mark, das ist im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode ein Rückgang um 48 Prozent. Die Prognose für das Gesamtjahr liegt bei 3,78 Milliarden (1982: 5,32) und für 1984 bei unter 2,8. Der Minister geht dabei von einer Exportsteigerung um zwei bis drei Prozent in diesem Jahr und drei bis vier Prozent in 1984 aus bei stagnierendem Import.

In der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Gesamtlage nennt Christophersen *für 1984* einen weiteren Rückgang der öffentlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen um zwei bis drei Prozent, während der private Verbrauch nach einem diesjährigen Zuwachs um 1,5 Prozent 1984 unverändert bleiben werde.

Zwei Posten werden sich allerdings weiterhin negativ entwickeln: die Arbeitslosenquote und die Staatsschuld. Etwa 280 000 Dänen werden im Durchschnitt dieses Jahres erwerbslos sein; das sind etwa elf Prozent. Diese Zahl wird 1984 auf 310 000 bzw. 12 Prozent steigen; erst gegen Jahresende könne laut Christophersen mit einem abflauenden Zuwachs gerechnet werden. Er betont, daß nur eine Expansion der Privatwirtschaft zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen könne. Im übrigen wird 1984 das erste Jahr sein, in dem der öffentliche Sektor Dänemarks personell nicht expandiert.

Die Staatsverschuldung wird 1984 die *400-Milliarden-Dänenkronen*-Marke überschreiten. Dies entspricht 75 Prozent des Bruttosozialprodukts. Mitte 1983 stand der Staat mit 91,2 Milliarden Mark in der Kreide. Der *Zinsendienst steht* im Budgetentwurf mit 12,6 Milliarden Mark zu Buche (plus 16,3 Prozent), knapp 24 Prozent der Gesamtausgaben.

Zu den Zielen der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts Schlüter gehört die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, was in den vergangenen Monaten durch eine straffe Einkommenspolitik und durch Beschneidung der öffentlichen Ausgaben bereits teilweise gelungen ist.

EINZELHANDEL

Fachgeschäfte im Aufwind

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Supermarktwelle, die in Frankreich mit ihren enormen „hypermarchés" den unabhängigen Einzelhandel fast fortzuspülen drohte, hat sich in letzter Zeit abgeflacht. Sie ist inzwischen *so weit ausgelaufen, daß* kleinere Läden wieder Auftrieb bekommen. Selbst der totgeglaubte „Tante-Emma-Laden" scheint zu neuem Leben zu erwachen.

Außerhalb des Lebensmittelsektors allerdings hatte sich das Fachgeschäft verhältnismäßig gut behauptet. Es konkurriert hier weniger mit den großen Einkaufszentren als mit den Warenhäusern vom Typ der Galerie Lafayette. Deren Expansion machte keine größeren Fortschritte als die der immer zahlreicher gewordenen Textilgeschäfte.

Die 20-Jahres-Bilanz, die jetzt das Institut für Handelsforschung (Afresco) für den Lebensmittelsektor gezogen hat, weist das Großflächengeschäft als führende Verteilungsform aus. Am Gesamtumsatz war es 1982 mit 30,9 Prozent beteiligt, nach 15,3 Prozent 1972 und 1,0 Prozent 1962. Zuletzt bestritten Super- und Hypermärkte je die Hälfte des Großflächenumsatzes. *Dagegen* ist der Marktanteil des kleinen Lebensmittelhandels in den letzten 20 Jahren von 81 auf 50 Prozent geschrumpft. Dieser Rückgang betraf den Fach*handel (wie Metzgereien, Bäcker)* stärker als die Geschäfte, die mehrere Lebensmittelabteilungen besitzen.

Die Abflachung der Supermarktwelle wird als eine Folge des vor einigen Jahren eingeführten Genehmigungszwangs für die Errichtung von Großflächengeschäften gewertet. Das sind in Gemeinden bis zu 40 000 Einwohnern solche mit mehr als 1000 Quadratmetern und im übrigen mit mehr als 1500 Quadratmetern Verkaufsfläche.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

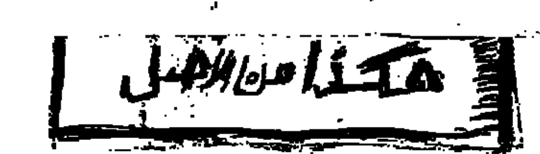
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1 [illegible]

[illegible]



BASF / Vorstand nährt Hoffnung auf bessere Dividende

Gewinnsprung in der AG

INGE ADHAM, **Frankfurt**

„Auftragsbestand und Auftragseingang lassen eine weiterhin günstige Geschäftsentwicklung erwarten", schreibt die BASF AG, Ludwigshafen, ihren Aktionären im Zwischenbericht über das erste Halbjahr 1983 und nährt damit neue Dividendenhoffnungen. Für 1982 waren nur 5 nach 7 DM Dividende je 50-DM-Aktie gezahlt worden.

An der positiven Tendenz nehmen fast alle Arbeitsgebiete teil, heißt es weiter. Auch beim Verlustbereich Kunststoff zeigten die Maßnahmen Wirkung, insgesamt hat dieser Bereich zwar sein Ergebnis verbessert, aber noch keinen positiven Beitrag gebracht. Gleiches gilt für die Verluste im Raffineriebereich. Gleichwohl zeigt die AG (vor Steuern) einen gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um 40,4 Prozent auf 358 (255) Mill. DM gestiegenen Gewinn; gegenüber dem Durchschnitt der beiden Halbjahre 1982 ergibt sich ein Plus von 22,3 Prozent.

Neben der leicht belebten Geschäftstätigkeit – vor allem im Inland und in Nordamerika – die den AG-Umsatz um 4,5 Prozent auf 8036 (7691) Mill. DM steigen ließ, und für eine bessere Auslastung der Kapazitäten sorgte, spiegelt sich in der Ergebnisverbesserung vor allem die verbesserte Kostenstruktur wider.

Gleichzeitig zeige aber der Index der Verkaufserlöse „unverändert eine rückläufige Tendenz".

Leicht zurückgegangen ist auch die Exportquote: Vom AG-Umsatz entfallen 4664 (4564) Mill. DM auf das Ausland, 2,2 Prozent mehr als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres. Die Zahl der Beschäftigten liegt zur Jahresmitte mit 51 563 Mitarbeitern um 1,6 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

Für die Gruppe weist BASF nach den ersten sechs Monaten gut 17 (16,35) Mrd. DM Umsatz aus, das sind 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutlich schwächer als bei der AG fiel dagegen die Gewinnsteigerung mit einem Plus von 11,7 Prozent auf 609 (545) Mill. DM (jeweils vor Steuern) aus. Der im zweiten Quartal erfreuliche Ergebnisanstieg wurde durch Währungseinflüsse (Stärke des Dollar) beeinträchtigt, heißt es dazu.

CO OP / Das Umsatzplus im ersten Halbjahr unterschritt die vorsichtige Planung

Schlußstrich unter Sanierungsprozeß

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Mit dem Vorschlag eines „Konsumenten-Hermes", eines staatlich verbürgten Konsumenten-Kredits, will der „überzeugte Keynesianer" Bernd Otto, Vorstandsvorsitzender der co op AG, Frankfurt, die Diskussion um die Konjunkturpolitik beleben: Eine solche Maßnahme könnte die aus Furcht um den Arbeitsplatz zurückhaltende Verschuldungsbereitschaft der Konsumenten wieder beleben und so kräftig Zusatznachfrage auslösen, meint Otto.

Dabei spreche er nicht pro domo, beteuert der agile co-op-Vorstandsvorsitzende. Aber natürlich könnten auch die Läden unter dem Dach der co op ein bißchen mehr Nachfrage gut gebrauchen: Mit einem Umsatzplus von 0,5 Prozent im ersten Halbjahr unterschritt die co op noch ihre eigene vorsichtige Planung (1,5 Prozent Plus). Die Entwicklung der Wochenumsätze seit Juni lasse jedoch auf ein Abklingen der 12-Monats-Flaute hoffen, sagte Otto bei der Vorlage des Jahresberichts in Frankfurt.

Im vergangenen Jahr hat die co op ihren Einzelhandelsumsatz in ihren insgesamt 2193 (2180) Märkten um 5,6 Prozent auf 9,41 Mrd. DM gesteigert. Der Konzern-Außenumsatz (ohne Mehrwertsteuer) nahm um 13,2 Prozent auf 9,575 Mrd. DM zu, darin stecken 1,8 Mrd. DM Großhandels- und Produktionsumsätze mit Dritten und Gruppenmitgliedern außerhalb der co op AG.

An der Unternehmensstruktur habe sich nach den Verschiebungen der letzten Jahre nicht mehr viel geändert, betont Otto, der sich das vom Kartellamt in Berlin für co op verwendete Prädikat „größter Erwerber" im Einzelhandel nicht anhängen lassen will, sondern die Unternehmensintegration innerhalb der co-op-Gruppe als „Neustrukturierungsprozeß gemäß unserem Gründungsauftrag von 1974" sieht.

Die Absicht, nach acht Jahren Aufbauarbeit einen klaren Schlußstrich unter den Sanierungs- und Umstrukturierungsprozeß zu setzen, wie Otto betont, zeigt die Bilanz in der Tat deutlich. Wesentlichster Punkt: Der Restbetrag von 64,9 Mill. DM aus dem Besserungsschein der Hauptaktionärin Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG wurde aus dem Jahresgewinn 1982 „auf einen Schlag zurückgeführt". Möglich wurde das durch ein ordentliches Ergebnis „über 20 Mill. DM" (Finanzchef Werner Casper) und den Rückgriff auf stille Reserven, was zusätzlich die Teilabschreibung des mit 233 Mill. DM besonders hohen Unterschiedsbetrages aus der Konsolidierung erlaubte, eine kräftige Erhöhung der von einigen Tochtergesellschaften etwas vernachlässigten Pensionsrückstellungen um 15,3 Mill. DM und die Verlustübernahme von 38 Mill. DM bei der co op Verbraucher AG.

Insgesamt stehen in der Konzern-Erfolgsrechnung, die 7,9 Mill. DM Jahresüberschuß ausweist, 51 Mill. DM Verlustübernahmen (i. V. keine), 102,9 (69,5) Mill. DM Erträge aus Gewinnabführungen und Finanzanlagen gegenüber. Als „Verlustinseln in ruhiger See" nannte Otto die co op Rhein-Neckar AG und die Sorgen im Bereich der Niederlassung Bayern, die zweistellige Millionenbeträge als Verluste einbringe. In diesem Herbst will die co op AG ihr Grundkapital um 100 auf 300 Mill. DM aufstocken.

WERTHEIM / Betriebsgewinn bei Hertie-Tochter

Handelsspanne verbessert

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Anders als der gesamte Hertie-Warenhauskonzern, der auf seinem langen Genesungsweg im „miserabelsten Nachkriegs-Einzelhandelsjahr" 1982 erst eine Halbierung seines Betriebsverlustes auf 33 (65) Mill. DM schaffte, ist der Hertie-Organtochter Warenhaus Wertheim GmbH, Berlin/Frankfurt, schon 1982 der Umschwung in 3 Mill. DM Betriebsgewinn (nach 3 Mill. DM Betriebsverlust) gelungen. Nebst betriebsneutralem Ergebnis wird erstmals seit 1976 wieder und gleich in stattlicher Höhe von 9 Mill. DM, ein Jahresüberschuß ausgewiesen (nach 3,8 Mill. DM Verlust), der auch den bisherigen Verlustvortrag von 4,9 Mill. DM aus der Bilanz tilgt.

Das Ertragswunder bei dieser mit 108 Jahren ältesten deutschen Warenhausgruppe, die mit 49,9 Prozent von 30 Mill. DM Stammkapital noch den Gründererben gehört, hat mehrere Ursachen. Einerseits fielen nun die hohen Sozialplan/Stillegungskosten von 5,5 Mill. DM weg, die seit März 1981 aus der Schließung des verlustreichen Hauses Hannover/Kröpcke-Center folgten. Andererseits konnte Wertheim mit nun nur noch drei (vor der Schrumpfungskur sechs) Filialen in Berlin, Bochum und Essen den 1982 um 5,7 Prozent auf 282 Mill. DM gesunkenen Umsatz in Wahrheit besser als die Warenhausbranche halten. Denn ohne die geschlossene Hannover-Filiale waren es nur 1,7 Prozent Umsatzminus.

Zudem wurde die Handelsspanne (Rohertrag) auf 32,7 (31,9) Prozent des Umsatzes verbessert. Die Geschäftsführung erklärt diesen gegen härteste Preiskonkurrenz errungenen Spannenfortschritt als Erfolgsbeweis einer (auch vom Hertie-Konzern zum Teil abgekoppelten) „standortspezifischen Sortimentspolitik", die sich verstärkt „hochwertiger Qualitätsware zu günstigem Preis" zuwende.

Hausinterne Rationalisierung kam hinzu: Für die im Jahresdurchschnitt um 17,1 Prozent auf 1586 Vollbeschäftigte reduzierte Belegschaft stieg der Pro-Kopf-Umsatz um 14,1 Prozent auf 178 000 DM, während der gesamte Personalaufwand auf 61,5 (66) Mill. DM oder noch 66,6 (69,3) Prozent des Rohertrages zurückging.

Analog zur deutlichen Ertragswende nennt die Geschäftsführung für den Cash-flow (nach Steuern) eine Verbesserung auf 17,5 (4,5) Mill. DM oder das Dreifache der 5,7 (4,3) Mill. DM Gesamtinvestitionen. Übermütig wird Wertheim freilich aus alledem noch nicht. Die Prognose für 1983 wird, nachdem seit dem zweiten Quartal ein Umsatzanstieg zu registrieren sei, auf „vorsichtigen Optimismus" begrenzt.

GTZ / 2000 Entwicklungsprojekte in 106 Ländern

Deutsche Firmen profitieren

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn (bei Frankfurt), hat 1982 Neuaufträge im Wert von gut 1,4 Mrd. DM hereingenommen und damit gegenüber dem Vorjahr trotz der Sparpolitik der öffentlichen Hand nochmals ein ganz leichtes Plus erzielt. Für diesen bisherigen Höchststand im Auftragsvolumen sorgten zur Freude der Geschäftsführer des Bundesunternehmens die Erfolge im „Drittgeschäft", für das die GTZ im vergangenen Jahr 310 Mill. DM Aufträge gegen internationale Konkurrenz hereinnahm, nach erst 98 Mill. DM im Jahr zuvor. Die deutschen öffentlichen Auftraggeber kürzten ihre Aufträge gleichzeitig um 200 Mill. DM auf 1093 Mill. DM.

Wichtigster Partner der GTZ im Drittgeschäft – das heißt Entwicklungshilfe auf fremde Rechnung – ist Saudi-Arabien mit 263 Mill. DM Auftragsvolumen; der Löwenanteil davon fließt in das Wasserprogramm für die Sahelzone.

Insgesamt verwirklicht die GTZ mit ihren gut 3000 Mitarbeitern im Ausland und der Zentrale zur Zeit rund 2000 Projekte in 106 Ländern. Mit eigenem Personal war sie im vergangenen Jahr bei 384 Projekten vertreten, weitere 258 Vorhaben werden von Beratungsfirmen im Auftrag der GTZ verwirklicht. Dazu kommt eine Vielzahl kleinerer Projekte.

Grundsätzlich, so betont die Geschäftsführung, wird versucht, mit weniger Experten pro Projekt eine größere Multiplikatorwirkung zu erzielen, eine Politik, die sich in sinkenden Kosten niederschlägt und letztlich der GTZ erlaubt, mit rund 6 Mill. DM aus erwirtschafteten Mitteln pro Jahr kleinere „Eigenmaßnahmen" zu fördern.

Insgesamt verfügte die GTZ am Jahresende über 3,13 Mrd. DM Aufträge, knapp 450 Mill. DM mehr als im Jahr zuvor. Obwohl man sich an der entwicklungspolitischen Zielsetzung orientiere, gehe der „weitaus größte Teil" der erteilten Unteraufträge an deutsche Firmen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Fluggesellschaft

Bonn (K. S.) – Den schon länger gehegten Plan, ihre Tätigkeit im süddeutschen Raum zu verstärken, wollen die Gesellschafter der Düsseldorfer Touristik-Fluggesellschaft LTU mit der Gründung eines Unternehmens in München verwirklichen. Zur Erstausstattung sollen zwei Flugzeuge vom Typ Boeing 757 mit etwa 200 Sitzen gehören. Zusammen mit Ersatzteilen kosten beide Maschinen etwa 220 Mill. DM. Die erste startet voraussichtlich im Juni 1984, die zweite im folgenden Frühjahr. Der Name für die blau-weiße Fluggesellschaft steht bislang noch nicht fest.

Wella geht an die Börse

Frankfurt (rtr) – Die Darmstädter Wella AG, einer der weltweit größten Haarkosmetik-Hersteller, wird ab Herbst die Kurszettel der deutschen Börsen bereichern. Wie die Deutsche Bank mitteilte, sollen Aktien im Wert von insgesamt 27 Mill. DM ausgegeben werden. Das sich in Familienbesitz befindende Wella-Grundkapital, zur Zeit 96 Mill. DM, soll bis zur Börseneinführung auf 112 Mill. DM aufgestockt werden. Die Wella-Gruppe erwartet nach Angaben der Deutschen Bank im laufenden Jahr einen Umsatz von weltweit 1,4 Mrd. DM.

Kapital verdreifacht

Düsseldorf (J. G.) – Aus Rücklagen hat die Rheiner Maschinenfabrik Windhoff AG, Rheine, ihr Aktienkapital auf 4 (1,3) Mill. DM verdreifacht. Die Eigentümer des Familienunternehmens sehen darin nicht nur eine Anpassung an das gewachsene Geschäftsvolumen (1982er Gruppenumsatz 60 Mill. DM). Es soll auch der Gang an die Börse vorbereitet werden, den das mit 10 bis 20 Prozent Wachstumsrate pro Jahr rechnende Unternehmen „Mitte der 80er Jahre" plant.

Aufträge für Hasenclever

Düsseldorf (J. G.) – Aus der Sowjetunion erhielt die SMS Hasenclever Maschinenfabrik GmbH, Düsseldorf, den gut 30 Mill. DM teuren Auftrag zur Lieferung einer schlüsselfertigen Schmiedelinie für die Produktion von Mähdrescher-Halbachsen, die für ein neues Mähdrescherwerk in Taganrog/Ukraine bestimmt ist. Nach Libanon wird für 10 Mill. DM eine Aluminium-Strangpreß-Linie geliefert. Das seit 1981 zur Gruppe SMS Schloemann-Siemag AG gehörende Unternehmen sieht in diesen Aufträgen einen Erfolgsbeweis der neuen Strategie, neben dem Geschäft mit Standardmaschinen, das in den letzten Monaten gleichfalls lebhafter geworden sei, verstärkt und weltweit im Bereich der Gesamtanlagen zu arbeiten.

Satellit für Skandinavien

München (rtr) – Mit Entwicklung und Bau eines Fernseh- und Nachrichtensatelliten für Schweden, Norwegen und Finnland sind jetzt der französische Staatskonzern Aerospatiale und die von mehreren europäischen Firmen gebildete Eurosatellite GmbH in München beauftragt worden. Der Vertrag für den „Tele-X"-Satelliten im Wert von rund 650 Mill. Schwedischen Kronen wurde, wie Eurosatellite bekanntgab, mit der Schwedischen Raumfahrtbehörde Swedish Space Corporation (SSC) geschlossen. Der Satellit ist das erste Exportprojekt von Eurosatellite.

NAMEN

Dr. Ernst W. Becker, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Drogisten, Köln, wird seine Funktion in diesem Interessenverband zum 31. Dezember 83 aufgeben und leitende Aufgaben bei der UTC, Hamburg/Kanebo, übernehmen.

Peter Klever wurde zum 1. September zum Vorstandsmitglied der Simonbank AG, Düsseldorf, bestellt.

Dr. jur. Franz-Joseph Nenning, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Energie Umwelt Feuerungen e. V. und geschäftsführender Gesellschafter der Interessengemeinschaft Ölfeuerungen GmbH, Reutlingen, wird am 18. August 70 Jahre alt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Essen: Rainer Adamczak, Bautenschutz; **Fürth:** MANIC Manfred Nicolaus GmbH u. Co. KG, Obermichelbach; **Hamm:** Nachl. d. Friederike Stein; Heilbronn: „union" Getränke-Vertrieb GmbH, Lauffen; **Lüdenscheid:** Fritz Hedfeld, Inh. d. Einzelfa. Fritz Hedfeld – Kunstharzpress- und Spritzwerk, Kierspe; **München:** IPA Institut f. Prävention und ambulante Abhängigkeitsbehandlung GmbH; Ges. f. Systematisiertes Bauen DSB mbH; Isar-Trophy Sportpreise und Pokale GmbH; Nachl. d. Julius Alfred Ernst Meinl. Galerieaufseher, Taufkirchen.

Vergleich beantragt: Gifhorn: König Bau Ges. mbH, Hankensbüttel; **Westerstede:** Gert Harms, Bad Zwischenahn-Ekern.

Enttäuschung am Aktienmarkt

Zinsstabilisierung und Dollar-Rückgang regten nicht an

DW. – In den deutschen Börsensälen gab es am Mittwoch lange Gesichter. Obwohl sich der Dollarkurs überraschend stark ermäßigt hatte und am Rentenmarkt die Renditen weiter leicht rückläufig waren, gab es in den meisten Standardaktien mehr oder weniger deutliche Kurseinbußen. Verursacht wurden sie sowohl durch Abgaben aus dem Ausland als auch durch Gewinnmitnahmen der inländischen Kundschaft.

Die Titel der Großchemie selbst lagen mit Abschlägen bis zu 1 DM noch bemerkenswert widerstandsfähig. Deutlicher wirkte sich der Anlage-Attentismus bei Papieren wie Daimler (minus 5 DM) und Mercedes (minus 7 DM) aus. VW-Aktien gaben um 3 DM nach, daran konnte auch die erfolgreiche Vorstellung des neuen Golfs nichts ändern. Bei der Allianz Versicherung war der Abschlag um 10 DM auf 630 DM sogar zweistellig. In Börsenkreisen wird darauf verwiesen, daß die Gesellschaft in letzter Zeit sehr viel Pech mit ihren Beteiligungen hat. So bei der GHH, wo der hohe MAN-Verlust den Kurs in Mitleidenschaft gezogen hat, und auch bei Hapag-Lloyd, deren Aktien an der Mittwochbörse mit Minus angekündigt werden mußten.

Düsseldorf: Verseidag verminderten sich um 2 DM auf 85 DM, Pongs und Zahn gaben um 12,50 DM auf 113 DM nach und Allianz Vers. fielen um 7 DM auf 631 DM. Bilfinger erhöhten sich um 7 DM auf 231 DM, Hageda verbesserten sich um 5,50 DM auf 115,50 DM und Stinnes befestigten sich um 7 DM auf 575 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb auch heute etwas schwächer. Die Standardwerte verloren bis zu 3 DM pro Aktie. Von Nebenwerten blieben Binding-Bezüge 18 DM bei 2000 Stück Umsatz. Deutsche Atlanten 340 DM plus 14 DM, Chemieverwaltung 292 DM minus 8 DM, Effektenbank 365 DM minus 10 DM, Steigenberger 1320 DM minus 20 DM und Karstadt 272,50 DM minus 6 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan waren erneut schwächer zu 37,50 DM minus 3 DM, Phoenix Gummi wurden mit 138 DM minus 1,90 DM bezahlt. Beiersdorf konnten zu 335 DM minus 5,50 DM und Triton zu 131 DM minus 3 DM untergebracht werden. Versorgungswerte lagen wenig verändert. So HEW mit 99,50 DM bis 99 DM minus 0,40 DM und NWK-Vz. mit 158,50 DM minus 0,50 DM.

München: Agrob Vz. befestigten sich um 0,50 DM auf 330 DM, Flachglas zogen um 1 DM auf 263 DM an und Leonische Draht konnten sich um 6 DM auf 331 DM verbessern. Grünzweig sanken um 0,50 DM auf 153 DM, Hutschenreuther fielen um 4,50 DM auf 250,50 DM und NAK Stoffe verminderten sich um 0,50 DM auf 63 DM.

Berlin: Berthold zogen um 8 DM und Herlitz Stämme um 5 DM an. Engelhardt festigten sich um 2 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM. Orenstein wurden um 1,50 DM zurückgenommen. Kempinski bröckelten um 0,50 DM. DeTeWe wurden um 3 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	17. 8.	16. 8.		17. 8.	16. 8.		17. 8.	16. 8.		17. 8.	16. 8.
H AachM Betell. 9	729	724	H Breitenb.-C. *28	525G	525G	M En. Ostb. 5	290G	280	H Holsten-Br. 6	262	264,8
H Aach. M. Vers. 6+1	320G	313G	H Br. Straßb. *0	380B	385T	H Elkraft 0	50	50	F Holzmann 10	421	421
D Aach. Rück. 9+7,5	1020G	1010G	H Br. Vulkan 0	3,8	38bG	B Engelhardt 7	260	258	D Horten 2,5	159,5	162,5
D Aseag *4	180G	180G	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	125,1	126	D Enka 2,67	162	155	B Hw. Kayser *12	250G	250G
M Ack-Gögg 0	117bB	115bG	F BBC 6	205	207,6	M Erlus 10	460B	470bB	D Hussel 7	259,5	263
H Adca 0	123	121	S BSU Textil %28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	785TG	773	D Huta Heg. 5	116bB	116bB
D Adler 9	291G	291G	D Buckau-W. 0	117T	115	S esbl *0	22,6	22,9	M Hutschenr. 9	250,5	255TB
F Adt AG 4	169	169	D Buderus *12	430G	430	S Essl. Masch. *10	500G	520G	H Hypo Hbg. 10+2,5	440	440
F AEG-Telef. 0	71	72	M Bgl. Br. Ing. *11+1	758	735G	M Esterer **10	550G	530G			
D AEG-Kabel 7,5	230T	235G	S Bgl. Brh. Rav. *0	400TB	410TB	D Farb. Liqu. RM 0	11,35	11,3	D IKB 7	191	193
S Aesculap 8	295bG	300bB	S Calw D. **18	650TG	635bG	F Flachglas 8	267	261	S IWKA 0	146	149,9
D Agrippina *7	660T	660T	F Cassella *7	470,5	470	D Ford *0	1350T	1300T	M Isar-Amper 6	301	300
M Agrob *0	365bG	366bG	F Ceag 0	112	112	B Forst Ebn. *4	1950G	1950G	D Isenbeck *9,5	315G	315G
M dgl. Vz. *0	330bB	329,5G	F Chem. Vw. *0	292	300	M Fr. Obld.W. 5	301G	301	H Jacobsen *8	617	617G
M Akt. Kaufb. *17	1060G	1060G	D Colonia 5	225,5	227	F Frf. Hypo 11	580	580	H Jute Bremen *6	280	280G
D AG f. Chemie **0	–	–	D Commerzb. 0	175,5	175	F Frankona R. 8	405G	405bG			
H Agiv 8,5+1,5	322	314,1	D Comb. Rasse RM	–	–	F dgl. NA 8	359G	359G	D Kabelmetal 0	126	129,5
H Albingia 7	445	445bB	D Conc. Chemie *5	340G	340G	F dgl. 50% E. 4	344G	342G	D Kali-Chemie 7,5	333	333
D Alexanderw. 0	79	83	B Conc. Sp. *0	187T	190T				D Kali u. Salz 3	212	205,5

Optionshandel vom 16. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-80/18, 10-85/10,60, 10-75/3,50, 10-90/2, 1-80/7, 4-70/12,50, 4-75/11, 4-80/7,60, 4-85/6,50, Siemens 10-330/32, 1-370/14,90, 1-390/11, 1-400/8, 4-400/10,50, Veba 10-180/6,50, 1-160/30, 1-190/11, 4-180/19, 4-200/8, BASF 10-135/23, 10-145/12,60, 10-150/12,40, 10-160/4,90, 1-155/14, 1-160/12,60, 4-150/20, 4-170/8,50, 4-180/6, Bayer 10-136/16, 10-146/9,60, 10-150/9, 1-146/14,60, 1-160/8, 4-140/25, 4-150/19, Hoechst 10-140/23, 10-144,50/16,20, 10-160/6, 10-170/3,70, 1-144,50/17,15, 1-160/12,20, 1-170/7, 1-180/5, 4-150/21,75, 4-160/16,10, 4-170/10,90, 4-180/7,40, BMW 10-410/11,90, 1-420/25, 1-430/21, VW 10-180/46, 10-190/38, 10-200/29, 10-210/21, 10-220/17, 10-230/10, 1-180/47, 1-190/40, 1-200/33, 1-210/29,90, 1-220/29, 1-230/19, 1-240/11,10, 4-200/51, 4-210/40, 4-230/35, 4-240/21,25, 4-250/16, 4-260/12, 4-270/8,50, Conti 10-95/14,60, 10-110/5,30, 1-90/25, 1-110/10,60, 1-120/4,50, 1-130/4, 4-110/12, 4-120/11, 4-130/5, Lufthansa Vorz. 10-120/3,60, Commerzbank 10-190/2,90, 1-180/13,90, 1-190/8,40, 1-210/4,50, 4-170/25, 4-180/20, 4-200/15,60, Deutsche Bank 1-340/15,40, 1-350/11,40, 1-390/2,80, 4-320/35, 4-340/27, 4-360/19,10, 4-370/12,50, 4-400/7,50, Dresdner Bank 10-170/16, 10-180/5,60, 10-190/5, 1-190/20, 4-180/21,50, 4-200/10,25, Hoesch 10-55/1,90, 1-50/6, 1-55/3,50, 4-50/7, Mannesmann 10-150/4, 1-140/15, 1-150/8, 1-160/5,40, 4-150/12,40, 4-180/3,40, Preussag 10-270/12, Thyssen 1-70/7,80, 4-75/7,60, 4-80/7, 4-85/5,40, 4-90/2,50, Bay. Ver.-Bank 1-380/4, Deutsche Babcock 4-210/7, Babcock Vorz. 4-190/10, GHH 1-150/7,40, Karstadt 10-290/3,60, Kloeckner 4-40/5,80, MAN 1-150/8, Mercedes 1-520/27, Chrysler 10-70/7, 1-70/11, 1-75/8, 1-80/7,50, 1-90/3,70, 4-80/13, 4-90/7, Sperry Rand 10-100/29, Phillips 10-45/3,10, 1-40/7,90, 1-45/5, 1-50/3,20, 4-50/4,80, Royal Dutch 1-120/22,50, 1-130/14,40, 1-140/8,40, 4-146/13,60, EH 1-1-55/6,50, 1-60/3,60, Norsk Hydro 1-200/20,50, 1-210/15. *Verkaufsoptionen:* AEG 10-70/2,10, 1-65/2,50, 1-70/4, 4-70/5,10, Siemens 10-350/6, 1-340/5, 4-340/7, BASF 1-150/2,40, Bayer 10-150/2,50, Hoechst 10-160/2, BMW 10-370/6, 1-370/7,80, VW 10-230/17, 1-210/5,80, 4-200/5, 4-220/8, Conti 1-110/3,90, 4-110/5,40, Lufthansa 10-130/7,80, Commerzbank 10-180/5, 1-170/4,90, 1-180/7,40, Deutsche Bank 10-320/6, 4-330/15,90, Dresdner Bank 1-180/6, Hoesch 10-50/1,50, 10-45/1,25, 1-50/4,30, 4-55/5,20, Mannesmann 10-140/2, 4-140/6,90, Preussag 1-280/11, 4-280/16, Thyssen 1-70/5,40, 1-75/4,40, Bay. Hypobank 10-300/10, Bay. Ver.-Bank 1-330/13, BBC 10-210/10, 4-210/15,50, Daimler 1-370/18,50, Kali u. Salz 10-190/6, Karstadt 10-280/5, 1-380/8, Kaufhof 4-280/14, MAN 10-140/11, 1-130/9,40, 4-140/15, Metallges. 10-220/5, 1-220/15, Chrysler 10-70/2,90, General Motors 1-180/8, IBM 1-320/22.

1012 Optionen 52 450 (33 850) Aktien, davon 85 Verkaufsoptionen = 4650 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–10	5 –5⅛	4 –4⅛
3 Monate	9⅞–10¼	5¼–5½	4⅜–4½
6 Monate	10¼–10⅝	5⅝–6	4⅝–4¾
12 Monate	10½–10⅞	6 –6⅜	4½–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1585,00	1932,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1258,00	1474,46
5 US-Dollar (Liberty)	538,00	666,61
1 £ Sovereign alt	250,00	307,80
1 £ Sovereign Elizabeth II	252,00	310,08
20 belgische Franken	194,00	255,36
10 Rubel Tscherwonez	272,00	338,58
2 südafrikanische Rand	256,00	214,64
Krüger Rand, neu	1136,00	1340,46
Maple Leaf	1135,00	1339,50
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	253,00	322,62
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	277,02
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	271,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1083,00	1268,82
20 österr. Kronen (Neuprägung)	218,00	265,62
10 österr. Kronen (Neuprägung)	111,00	143,64
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	488,00	596,22
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	117,00	156,18

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

17. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,6483	2,6513	2,6151	2,60	2,69
London¹)	3,992	4,006	3,956	3,93	4,08
Dublin¹)	3,150	3,164	3,094	3,11	3,25
Montreal³)	2,1494	2,1514	2,1256	2,12	2,21
Amsterd.	89,250	89,470	89,22	88,50	90,50
Zürich	123,360	123,560	123,46	122,75	125,50
Brüssel	4,979	4,999	4,943	4,86	5,06
Paris	33,150	33,310	32,405	32,25	34,25
Kopenh.	27,620	27,740	27,430	26,50	28,80
Oslo	35,670	35,790	35,035	34,75	36,50
Stockh.**)	33,740	33,906	33,325	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,677	1,687	1,647	1,65	1,75
Wien	14,201	14,241	14,211	14,12	14,34
Madrid**)	1,762	1,772	1,647	1,72	1,84
Lissabon**)	2,180	2,200	2,080	1,84	2,74
Tokio	1,0850	1,0890	—	1,08	1,11
Helsinki	46,430	46,630	45,60	45,75	47,30
Buen. Air.	–	–	—	—	29,00
Rio	–	–	—	0,10	0,75
Athen*) **)	2,9280	2,9820	—	2,40	3,20
Frankf.	–	–	—	—	—
Sydney*)	2,3250	2,3440	—	2,26	2,37
Johannesbg.*)	2,3625	2,3815	—	2,05	2,30

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Dollar-Hausse scheint zu Ende zu sein. Im Tagesverlauf des 17. August geriet der Dollar unter Druck und fiel von 2,6710 zeitweise auf 2,6420 zurück. Glattstellungen von Pluspositionen und kommerzielles Angebot trafen aufeinander. Die amtliche Notierung wurde mit 2,6473 um 1,12 Prozent unter Vortag festgestellt, wobei die Bundesbank sich heute völlig vom Markt zurückhielt. Alle anderen amtlich notierten Währungen mußten ebenfalls zurückgenommen werden. Die stärksten Rückgänge wiesen neben dem Canadischen Dollar, der mit dem US-Dollar parallel lief, der Schweizer Franken mit einem Rückgang von 8 Promille auf 123,46, der Japanische Yen mit 9,1 Promille auf 1,0865, das Britische Pfund mit 5 Promille auf 3,998, sowie die skandinavischen Währungen mit Kursrückgängen von 6,3 Promille bis 2,7 Promille (Schwedische und Dänische Krone) auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,9695; Brüssel 53,0650; Paris 7,9650; Mailand 1583,20; Wien 1863,50; Zürich 2,1443; Ir. Pfund/DM 3,157; Pfund/Dollar 1,5106.

Ostmarkkurs am 17. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Durch eine niedrigere FED Funds Rate bedingt wurden Dollar-Zinssätze am 17. August um ¼ Prozent niedriger angeboten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,13/1,03	3,27/3,17	6,20/6,09
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,15/0,19	0,28/0,32
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	9,00/7,60
FF/DM	32/16	86/73	179/162

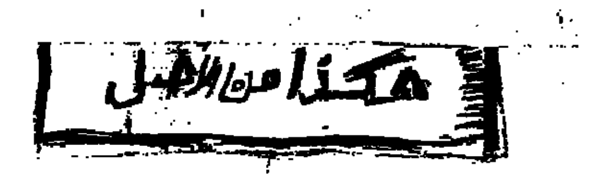
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 8.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,60–5,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 17. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25)–6,50 (5,38)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,96)–9,25 (7,43)–9,75 (7,82)–9,75 (8,00) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Langläufer weiter gesucht

Da sich bei den Zinsen in den USA eine Konsolidierung abzuzeichnen beginnt, und die Bonkurse dort seit Tagen nicht mehr gefallen sind, hat die Anlagebereitschaft auf dem deutschen Rentenmarkt eher zugenommen. Sie erstreckt sich allerdings vorwiegend nur auf Papiere mit längeren Laufzeiten, wo im öffentlichen Bereich neue Kurssteigerungen bis zu 0,30 Prozentpunkte zu verzeichnen waren. Bei den Pfandbriefen blieben sie bei sehr ruhigem Geschäft dahinter noch zurück. Der kürzere Bereich wurde verunsichert durch den Tender für 8prozentige Kassenobligationen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		17. 8.	16. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,8	100,8G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	100,75	100,75
7½ dgl. 72	2/84	100,45	100,45
8 dgl. 72	9/84	101,25	101,2
8½ dgl. 76	9/84	101,5	101,45
6 dgl. 78 III	11/84	99,15	99,1
6½ dgl. 79	2/85	99,15	99,05
8½ dgl. 73	2/85	101,4	101,4
7 dgl. 77	2/87	97	96,8

Bankschuldverschreib.

	17. 8.	16. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	90,5G	90,5
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	89G	89G
F 7½ Bakola Pf 104	99,9G	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 105	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Geringfügig niedriger schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Deutlicher waren die Verluste bei Silber, vor allem in den nahen Sichten. Auch bei Kupfer war die Tendenz schwächer. Überwiegend in den vorderen Positionen notierte Kaffee deutlich fester, während Kakao durchweg schwächer aus dem Markt ging.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16. 8.	15. 8.
Sept.	388,00	395,25
Dez.	409,00	413,50
März	419,00	421,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	16. 8.	15. 8.
St. Lawrence 1 CW	246,89	234,59
Amber Durum	252,84	552,84

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	16. 8.	15. 8.
Terminkontr. Sept.	128,60	127,45
Dez.	129,30	128,40
März	126,90	126,00

Kakao New York ($/t)	16. 8.	15. 8.
Sept.	21202220	
Dez.	2245	2288
Terminkontr. März	2265	2297
Umsatz	5687	6223

Zucker New York (c/lb) contrakt Nr. 11	16. 8.	15. 8.
Sept.	10,60	11,05
Okt.	11,06	11,38
Jan.	11,29	12,00
März	12,33	12,59

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	16. 8.	15. 8.
schw. Sarawak spez.	280,00	280,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	350,00	350,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	16. 8.	15. 8.
Nr. 1 RSS loco	80,50–82,00	80,50–82,00
Sept.	80,30–82,00	80,50–81,50
Okt.	80,70–81,70	80,70–81,40
Okt./Dez.	80,60–80,70	80,70–80,90

Tendenz: ruhig

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

	16. 8.	15. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–394	369–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420	420–422
MS 63	429–434	430–435

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Platin (£-Feinunze) London	16. 8.	15. 8.
fr. Markt	294,00	293,70

Palladium (£-Feinunze) London	16. 8.	15. 8.
f. Händlerpr.	100,65	102,05

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	16. 8.	15. 8.
3 Monate	8545–8548	8535–8540
Quecksilber ($/Fl.)	280–285	275–285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72–75	71,50–74,50

Für uns unbegreiflich ist der Tod meines lieben, guten Mannes und unseres treusorgenden Vaters

Paul Wolfgang Danz

geb. 12. 6. 1927 gest. 15. 8. 1983

Wir danken ihm für seine aufopfernde Liebe.

In tiefer Trauer, im Namen aller Angehörigen
Ilse Danz geb. Schlieshahn
mit Paul Benedikt, Sebastian und Carolin

5802 Wetter 4 (Wengern), Höltkenstraße 7, den 18. August 1983

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 19. August 1983, 14 Uhr, in der Trauerhalle zu Wengern statt, anschließend erfolgt die Beisetzung. Von Beileidsbesuchen und -bekundungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen. Statt evtl. zugedachter Blumen- und Kranzspenden bitten wir, den Betrag der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger" zukommen zu lassen, Konto-Nr. 10 97 237, BLZ 452 514 80, Stadtsparkasse Wetter.

Wir können es nicht fassen, daß unser verehrter Chef und Inhaber der Firma, Herr

Paul Wolfgang Danz

Dipl.-Volkswirt

plötzlich aus seiner Arbeit herausgerissen wurde.

Sein unermüdlicher, schonungsloser Einsatz galt dem Auf- und Ausbau seines Werkes und dem Wohle seiner Mitarbeiter.

Streng gegen sich selbst, von untadeligem, lauteren Charakter, verkörperte er das Wesen des aufrechten Mannes, dessen Vorbild und Name unlösbar mit der Geschichte seines Unternehmens verbunden bleiben wird.

Belegschaft
Ruhrtaler Verbandstoff-Fabrik
Paul Danz & Co.

5802 Wetter 4 (Wengern), Höltkenstr. 1–5, den 18. August 1983

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 19. August 1983, 14 Uhr, in der Trauerhalle zu Wengern statt, anschließend erfolgt die Beisetzung.

FUSSBALL / Hannes Bongartz und Rüdiger Abramczik – Stars auf dem Abstellgleis

Profi-Philosophie: „Wen es trifft, den trifft es"

M. HÄGELE, Kaiserslautern

„Kaum ein anderer Zugereister hat sich so schnell in die Herzen der Kaiserslauterer Fans hineingespielt. Wenn Hannes Bongartz irgendwann in hoffentlich noch langer Ferne aufhören wird, dann ist die Bundesliga um eine große Spielerpersönlichkeit ärmer."

Diese Laudatio steht im Steckbrief des 1. FC Kaiserslautern, in einem offiziellen Heft, das der Fußball-Bundesligaklub jedes Jahr neu herausgibt. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Hannes Bongartz, der große Spielmacher vergangener Tage, spielt nur noch den Notnagel. Fünf Tage vor Saisonbeginn haben ihm Trainer Dietrich Weise und das Präsidium von Kaiserslautern eröffnet, daß er nur noch der zwölfte Mann sei, daß er gehen könne, wenn er einen interessierten Klub finde.

Bongartz: „Da schluckt man schon. Und so einfach steckst du das nicht weg. *Ich habe zehn Jahre in der Bundesliga* gespielt, über 300 Spiele auf dem Buckel. Aber ich fand es fair, daß der Verein mir gleich reinen Wein eingeschenkt hat."

Doch die Situation ist schon fremd. Besonders für ihn, der in der Mannschaft immer den Status und nach außen den *Ruf* vom volkstümlichen Publikumsliebling besaß. Plötzlich, so Hannes Bongartz, seien da die Bedenken gekommen. „Wenn du jetzt einmal schlecht spielst, dann stehst du schlecht da und bist weg vom Fenster."

Hannes Bongartz hat ordentlich gespielt, als er beim ersten Spiel in Hamburg von der Bank ins Spiel kam. An ihm hat es auch nicht gelegen, daß der 1. FC Kaiserlautern gegen Borussia Dortmund nur ein 2:2 holte. Bongartz wirkte eine halbe Stunde ängstlich, dann 40 Minuten sehr stark, zum Schluß war er ziemlich ausgelaugt, von der Szene verschwunden.

Trainer Weise: „Hannes Bongartz hat Licht und Schatten gezeigt. Er ist ein wertvoller Spieler für uns und ein Verkauf *zum 1. FC Köln ist im Moment* kein Thema."

Die Betonung liegt dabei auf „im Moment". Denn wenn Wolfgang Wolf, Michael Dusek und Norbert Eilenfeldt ihre Verletzungen auskuriert haben, wird aus der Nummer 12 schnell eine 14 oder 15.

Denn Dietrich Weise setzt für die Zukunft auf die Jugend. Hannes Bongartz hat die Zeit des Umbruchs klar erkannt. Das ihm im gleichen Augenblick der VFL Bochum und Kölns Manager Hannes Löhr ein Angebot unterbreitet haben, ist für ihn Genugtuung und Bestätigung.

Hannes Bongartz ist nun dabei, sich das Geländer für einen ordentlichen Abgang aus der Bundesliga zu *schmieden. „Der 1. FC Köln"* sagt er, „das wäre eine tolle Sache. Ich müßte mich noch mal ungeheuer reinhängen, hätte nach sechs Jahren Kaiserlautern eine neue Aufgabe."

Er *sieht jedoch in diesem Reiz*, der großen Herausforderung am Ende seiner Karriere, auch die große Gefahr. „In Köln ist es bestimmt schwerer als in Kaiserslautern." Bongartz käme aus einem Klub, in dem alles seine Ordnung hat, mitten hinein in einen Klub, bei dem Streitereien an *der Tagesordnung sind.*

Vorerst jedoch muß er warten wie die Verletzungen seiner Kaiserslauterer Kollegen heilen. Für seine Lage hat er sich die banale Profi-Philosophie zurechtgelegt: „Wen es trifft, den trifft es eben." Auf Dietrich Weise schiebt er deshalb keinen Haß. Bongartz betrachtet auch *das* Ende seiner Zeit in Kaiserslautern als ein normales Stück aus dem Leben.

Der Mann, der viermal in der Nationalmannschaft spielte, hat sich damit abgefunden, *daß er auf seinen langen* dünnen Beinen, die ihm den Spitznamen „Spargeltarzan" einbrachten, vergeblich der Erfüllung seines Traumes nachgestakst ist: einmal einen Titel zu gewinnen.

Vor dem Bundesliga-Spitzenspiel am Freitag gegen den VfB Stuttgart *spürt er sogar Angst. „Der VfB ist* unser Angstgegner, wir haben gegen Dortmund viel Substanz verloren, ich habe wirklich Bammel vor einem Fehlstart." Ein Fehlstart wären für den 1. FC Kaiserslautern 1:5 Punkte.

Früher, als die rheinische Frohnatur Hannes Bongartz zusammen mit *Hans-Peter Briegel der Chef der Kai*serslauterer Mannschaft war, hätte er seine Bedenken niemals öffentlich zugegeben. Doch die Zeiten sind endgültig vorüber. Wie es scheint, hat sich Hannes Bongartz darauf inzwischen ganz gut eingerichtet.

„Flankengott" trainiert mit Amateuren und hofft

MARCUS BERG, Dortmund

In Westerholt – dort wohnt er zur *Miete, obwohl er in Wattenscheid* zwei Häuser besitzt – stieg er in sein Auto und fuhr nach Marl-Hüls. Das macht er jetzt jeden Abend. Am Mittwoch trieb ihn die Unruhe viel zu *früh zum Trainingsplatz der Landes*liga-Mannschaft des TSV Marl-Hüls. Mit ihr hält er sich fit für das Angebot irgendeines westeuropäischen Fußball-Profiklubs und ist felsenfest davon überzeugt, daß es *kommt.* Nach dem Training am Mittwoch ging er essen mit seiner Frau Christa, die sagt: „Diese ganze Situation nimmt ihn doch sehr mit." Es war 20.30 Uhr, *in Kaiserslautern hatte Dortmund* gerade den ersten Gegentreffer kassiert. Auch Götter werden arbeitslos.

Rüdiger Abramczik (27), der Mann mit dem etwas abgelebten Ehrentitel „Flankengott aus dem Kohlenpott", gebraucht in der Stimmung eines Mannes, der plötzlich in die Ecke *gestellt wurde, eine scheinbar* verquere Logik: „Wäre ich doch nicht so erfolgreich in der letzten Saison gewesen, dann könnten sie für mich nicht eine so hohe Ablöse verlangen, und ich hätte schon längst einen neuen Verein."

Abramczik, der zwischen 1977 und *1979 19* Länderspiele bestritt, hatte in der letzten Saison 16 Tore für Borussia Dortmund geschossen. Daraus leitet der Verein ab, 750 000 Mark müßten für den Flügelstürmer schon gezahlt werden. Aber den *Dortmundern* war „Abi" weit weniger wert. Sie machten ihm ein Angebot, das um 25 Prozent unter seinem bisherigen Gehalt von etwa 300 000 Mark lag. Abramczik lehnte ab, jetzt trainiert er mit den Amateuren von Marl-Hüls und wartet.

*Ein „Flankengott", vor dessen Na*men schon vor vier Jahren der Begriff „ehemaliger Nationalspieler" gesetzt werden konnte, scheint in dieser Situation für alle möglichen Menschen taugliches Objekt zu sein, noch einmal zuzutreten. Wenn auch nur verbal. Horst Döppenschmidt, so *stand überall zu lesen, habe gesagt:* „Er paßt menschlich nicht zu uns." Döppenschmidt ist Trainer von Olympia Bocholt, das in der Amateur-Oberliga spielt. Rüdiger Abramczik also noch nicht einmal mehr für die Amateure zu gebrauchen?

Der Spieler sagt, er habe niemals mit diesem Herrn Döppenschmidt gesprochen, nur mit dem Mäzen der Bocholter, der ihm ein Angebot gemacht habe. Wie auch immer. Abramczik versteht die Welt nicht mehr. Er sagt: „Da verpflichtet Leverkusen einen 31 Jahre alten Koreaner für 350 000 Mark Gehalt im Jahr und zahlt für ihn eine Million Mark Ablöse. Und einen wie mich läßt man hängen."

Mit dem RSC Anderlecht war er fast handelseinig. Doch die Belgier *wollten Dortmund in Raten auszah*len, daran sei das Geschäft gescheitert. US Catania wollte Abramczik auf einer Kanada-Tournee testen. Die Italiener wollten ihn dort unter Umgehung aller Regeln unter falschem Namen einsetzen. Da sagte Abramczik nein. Er wartet lieber weiter, *behauptet von sich,* mehr zu trainieren als bei den Dortmundern, und hat sich in der Schuldfrage beim Überdenken seiner Situation festgelegt: Uli Maslo, der neue Trainer von Borussia Dortmund, sei der Mann, dem er seine Misere zu verdanken habe.

„Der ist ein Umfaller", sagt Abramczik. Vorher habe Maslo immer gesagt, er plane nur mit Burgsmüller und Abramczik, jetzt sei der eine an Nürnberg verscherbelt worden, der andere arbeitslos. „Der kann mich *nicht leiden"*, sagt Abramczik. Das ist eine alte Geschichte. „Leck mich am Arsch", hatte Abramczik Maslo, damals waren beide noch bei Schalke, einmal zugeschrien, als der Trainer *seinem Spieler Anweisungen geben* wollte. Fest steht jedenfalls, daß Maslo sich nicht darum bemüht hat, Abramczik in Dortmund zu halten.

Rüdiger Abramczik, mal Welt-, mal *Kreisklasse: einst „Flankengott"*, dann von Paul Breitner als „dümmlicher yippi-yeah kreischender Cowboy-Fan" dargestellt, von Max Merkel öffentlich als Mensch bloßgestellt, dessen Kopf nur zum Haareschneiden tauge, und von Günter Siebert, dem ehemaligen Präsidenten von Schalke, *immer noch gelobt:* „Der hat im kleinen Zeh mehr Fußballkönnen als andere in beiden Beinen zusammen." Jetzt ist Abramczik arbeitslos, trainiert, wartet, hofft: „Ich bin mir zu schade dazu, jetzt schon abzutreten."

Kabarettist, Liedermacher und TV-Moderator: Jürgen von der Lippe

Die freche Klappe aus dem Sauerland

Der junge Mann versteht, ein noch unscheinbareres Gesicht zu Markte zu tragen. Auf nicht allzu kluge Fragen hat er die entwaffnende *Antwort auf der Zunge: „Ach, wenn* Sie meinen ..." Auf ausgesprochen aggressive Fragen bringt er freilich seine Zunge sofort in die Zielgerade und kontert mit einer Präzision, die *den humanistisch Gebildeten verrät:* Gemeint ist Jürgen von der Lippe, bürgerlich Jürgen Dohrenkamp, geboren am 8. 6. 1948 in Bad Salzuflen an der Lippe.

Die Herkunft aus dem sauerländischen Lipperland animierte ihn, sich den Künstlernamen Jürgen von der Lippe zuzulegen, gerade auch weil seine Eltern schon 1950 nach Aachen ziehen, wo er '66 sein Abitur macht und 1970 mit dem Studium der Philosophie, Germanistik und Linguistik beginnt. Aber Aachen, Studium und Lipperland hin, her mußte Berlin, wo er 1976 das Quartett „Gebrüder Blattschuß" gründet, dessen kabarettistischen Songs Furore machen. Ein Jahr später seine erste Platte „Sing was Süßes".

Showstart (2) – ARD, 21.00 Uhr

Da er nicht einzuordnen ist und lediglich einigen Radioredakteuren auffällt, dümpelt Jürgen von der Lippe so dahin. Dort eine Hörfunkserie namens „Lippenblütler", dort wieder ein Album. Erst 1981 entdeckt ihn Talentnase Hüttenrauch vom WDR für den „WWF-Club", wohl die erfolgreichste Regionalsendung der ARD. Jürgen läuft sich hier in der komischen Rolle des Club-Hausmeisters warm für die Bildschirm-Karriere, zumal ihm das Plattenglück nicht sonderlich hold ist. Und schließlich bucht ihn der WDR für die Serie „Showstart", die 1983 und 1984 je zwei Sendetermine erhielt.

Das Talent von der Lippes zu umschreiben, ist schwer. Denn seine kabarettistische Liedermacherkarriere war nicht viel mehr als ein Aufwär*men* des literarischen Show-Talents, das die Kunst des Slapsticks aus dem Hinterhalt perfekt beherrscht – manchmal auf Kosten der Zuschauer, die sich verschaukelt fühlen. Viel*leicht erklärt das die zögerliche Kar*riere. An diesen Ton mußten sich das Publikum und die Redakteure des Mediums erst gewöhnen. Oder richtiger: Hier mußte ein entsprechendes *Publikum heranwachsen. Die WELT* sprach mit Jürgen von der Lippe.

WELT: Soll es bei zwei Showstarts im Jahr bleiben?



Pflegt eine kesse Lippe: Jürgen von der Lippe FOTO: HIPP

JvL: Mehr wäre natürlich schöner. Es bleibt aber zunächst bei zwei.

WELT: Was will die Sendung?

JvL: Auf keinen Fall ein großerer „Talentschuppen" sein. Wir vermeiden auch deshalb den Begriff Talente. Es sind samt und sonders Jung-Profis, mit denen wir eine knallige Show machen. Deswegen lassen wir auch all das Palaver von Lampenfieber und „Ihr braucht nicht aufgeregt zu sein".

WELT: Wer sucht die Jung-Profis aus?

JvL: Manfred Tesch, der Redakteur der Sendung. *Und was er findet,* das besprechen wir dann zu dritt, also Tesch, Regisseur Klaudi Fröhlich und meine Wenigkeit. Das ist alles.

WELT: Bei der ersten Sendung fiel auf, daß Sie moderater an die Sachen herangingen, weniger aggressiv als gewohnt?

JvL: Ich habe schon auf meine Zielscheiben geschossen, aber die Künstler, die ich vorstelle, sind Kollegen und keine Zielscheiben. Das wäre nicht angemessen; unbekannte Leute zu ironisieren, wäre billig.

***WELT:** Ist mit „WWF-Club" und „Showstart" ihr Tele-Potential ausgefüllt?*

JvL: Nein, überhaupt nicht. Im Dezember wird meine Personality-Show gesendet. Und für '84 sind sechs Folgen einer Situationsshow fürs Dritte des WDR geplant: „Treffplatz". Das habe ich der englischen Serie „That's live" abgeschaut. Vielleicht kommt das mal ins Erste. Für '84 werde ich außerdem wieder eine Personality-Show absolvieren.

WELT: Wie sehen Sie sich selbst. Sind Sie Kabarettist, Liedermacher, *Moderator, Autor?*

JvL: Von allem etwas.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Traditionelle, verschüttete Tugenden

Soweit wird es in diesem Herbst *kommen können: Helmut Fröh*lich, Bremer SPD-Innensenator, wird seinen Senatskollegen und Landespartei-Vorsitzenden Henning Scherf durch Polizeibeamte – vielleicht ebenfalls Sozialdemokraten – zwangsweise von Demonstrations-Schauplätzen wegtragen lassen. Auf diese gar nicht mal mehr unvorstellbare, groteske Situation machte das WDR-Magazin **„Monitor"** in seiner jüngsten Ausgabe aufmerksam.

Gerd Ruge allerdings verschwieg die Hälfte, als er feststellte, als Sozialdemokrat könne man heutzutage zur *Nachrüstung „ja", „nein" und „jein"* sagen. Viel schlimmer ist doch: Sozialdemokraten werden in diesem *Herbst überall zu finden sein* – bei gesetzestreuen Demonstranten, bei Rechtsverletzern und bei Polizisten, Polizeipräsidenten und Ministern bzw. Senatoren, die von Rechts wegen gegen diese Rechtsverletzer – unter ihnen möglicherweise auch einige Bundestagsabgeordnete –, vorgehen müssen. So gespalten war die SPD zuletzt nur in den 20er Jahren, als es neben den Sozialdemokraten noch die Unabhängigen gab. Wie anders war es doch in den frühen 50er Jahren, als Kurt Schumacher die SPD-Opposition anführte. Da widerstand die SPD jeder außerparlamentarischen Versuchung.

Gerd Ruge erinnerte ebensowenig daran wie Interview-Partner Johannes Rau. Der mochte noch so sehr für die Einhaltung der Gesetze plädieren, an traditionelle, jetzt verschüttete sozialdemokratische Tugenden vermochte er nicht zu appellieren. *Denn Rau kommt ja – wie Eppler und* andere und manche Dauerdemonstranten –, aus Heinemanns „Gesamtdeutscher Volkspartei", die sich bereits vor 30 Jahren als außerparlamentarische Opposition versuchte und bestrebt war, die biedere SPD vom Pfad parlamentarischer Tugenden abzubringen. *Nicht alle diese* Gesichtspunkte wurden in der ansonsten gelungenen Magazin-Sendung sichtbar.

GISELHER SCHMIDT

Stuttgart hatte Mühe

Mainz (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart kam im vorgezogenen Spiel der ersten Hauptrunde um den DFB-Pokal beim Amateur-Oberligaklub FSV Mainz 05 zu einem 1:0-Sieg. Das entscheidende Tor für die Stuttgarter erzielte Buchwald vor 7000 Zuschauern in der 52. Minute. Die anderen Spiele der ersten Runde werden am 28./29. August ausgetragen.

Länderspiel im Fernsehen

Düsseldorf (sid) – Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt das Fußball-Länderspiel zwischen Ungarn und Deutschland am 7. September in Budapest live im Ersten Programm (20.10 – 22.00 Uhr).

Deckarms Vater gestorben

Saarbrücken (sid) – Rudolf Deckarm, Vater des 1979 schwer verunglückten Handballspielers Joachim Deckarm, ist im Alter von 63 Jahren in Saarbrücken gestorben. Nach der Rückkehr seines behinderten Sohnes in die elterliche Wohnung hatte Rudolf Deckarm, der 1972 bei den Olympischen Spielen in München als Leichtathletik-Kampfrichter fungierte, die Betreuung übernommen.

Pole lebenslang gesperrt

Warschau (sid) – Weil er bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Helsinki beim Kaufhaus-Diebstahl erwischt wurde, ist der polnische 400-m-Läufer Ryszard Podlas vom Verband lebenslang gesperrt worden. Podlas *versuchte, vier Paar Schuhe zu steh*len. Sein Komplize Ryszard Wichrowski kam mit einer zweijährigen Sperre davon.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Cincinnati, erste Runde: Connors – Wilkinson (beide USA) 6:4,6:1, Lendl (CSSR) – Hooper (USA) 6:3,6:4. – **Damen-Turnier in Toronto:** *Zweite Runde: Jäger (USA)* – Inoue (Japan) 6:1,6:2, Navratilova – Phelps (beide USA) 6:3,6:1. Doppel, erste Runde: Kohde/Pfaff (Deutschland) – Moulton/Smith (USA) 6:2,6:2.

BASKETBALL

Weltmeisterschaft der Junioren in Palma de Mallorca, dritter Spieltag der Vorrunde, Gruppe A: Deutschland – China 102:66, Brasilien – Australien 82:62.

SCHACH

Internationale deutsche Meisterschaft in Hannover, 9. Runde: Bastian (Deutschland) – Balaschow (UdSSR) 0,5:0,5, Karpow (UdSSR) – Quinteros (Argentinien) – 0,5:0,5, Ostermeyer – Glienke (beide Deutschland) 1:0, Jingxuan (China) – Torre (Philippinen) 0:1, Georgadze (UdSSR) – Lobron (Deutschland) 0,5:0,5, Hartmann (Deutschland) – Sosonko (Holland) 0,5:0,5, *Kavalek (USA) – Pfleger* (Deutschland) 0,5:0,5. **Gesamt:** 1. Karpow, Georgadze je 6,5 Punkte,... 4. Torre, *Ostermeyer* je 5,0, 6: Chen De (China), Bastian, Lobron je 4,5.

SEGELN

Von Below überraschte

sid, Los Angeles

Nicht die deutschen Mitfavoriten, sondern der 48 Jahre alte Hamburger Uwe von Below sorgt bei der Segel-*Weltmeisterschaft der Starboot-Klas*se für Aufsehen. Während die Europameister Alexander Hagen/Vincent Hösch (Lübeck/Rimstig) und die Sieger der vorolympischen Wettbewerbe, Joachim Griese/Michael Marcour (Hamburg/Möhnesee), vor Los Angeles noch nicht richtig in Fahrt gekom*men sind, liegt von Below nach zwei* Wettfahrten in der Gesamtwertung auf Platz zwei.

Nach seinem dritten Platz am ersten Tag war der Hamburger Uwe *von Below mit einem neunten Platz* in der zweiten Wettfahrt erneut bester Deutscher. Zusammen mit seinem Vorschootmann Franz Wehofsich hat von Below auf den führenden Amerikaner John Dane einen Rückstand von 6 Punkten.

Seit 1955 segelt der Hamburger im Starboot, aber erst 1977 gelang ihm der Vorstoß in die Weltspitze. Damals wurde er bei der Weltmeisterschaft Dritter.

Wenn es für den Hamburger bei der diesjährigen WM weiter so gut läuft, will der Hamburger im nächsten Jahr die erste Olympia-Teilnahme ansteuern. „Dann legen wir noch einmal kräftig zu", spornt sich von Below *bereits selbst an.*

MOTORSPORT / Formel 2 befindet sich im Umbruch

Bellof und Danner hoffen auf ihre Beziehungen . . .

sid, Düsseldorf

Die Formel 2 steht vor dem Umbruch. Stefan Bellof, Christian Danner, Jonathan Palmer, March und *BMW, vielleicht auch Honda – Na*men, die die Formel 2 mitgeprägt haben, verlassen die Nachwuchsserie in Richtung Formel 1. Erst fällt am Wochenende in Zolder aber noch die sportliche Entscheidung über die Europameisterschaft. Jonathan Palmer braucht nur noch einen sechsten Platz (einen Punkt), um sich den Titel endgültig zu sichern.

Der 26 Jahre alte Palmer, ein Kinderarzt aus London, ist der erste Formel-2-Europameister seit sechs Jahren, der direkt in ein gutes Grand-Prix-Team wechselt. Palmer, der bereits seit zwei Jahren einen Testfahrer-Vertrag mit dem Williams-Team hat, wird schon beim Großen Preis von Europa *am* 25. *September* in Brands Hatch einen dritten Williams steuern.

Davon können Bellof und Danner derzeit nur träumen. Der Münchner Christian Danner hofft eher auf seine guten Beziehungen zu BMW, die ihm schon vor drei Jahren in das March-BMW-Werksteam geholfen haben. Ein Grand-Prix-Team wie Arrows, das vermutlich in der nächsten Saison den BMW-Turbomotor einsetzt, könnte Danner vielleicht eine Chance geben.

Stefan Bellof baut durch seinen Porsche-Vertrag auf Verbindungen zum McLaren-Team. Beim nächsten Grand Prix am 28. August in Zand*voort wird McLaren den Porsche*-Turbomotor einsetzen. Doch Direktor Ron Dennis erteilte bislang eine klare Absage: „Es ist nicht unsere Aufgabe, einem Nachwuchsfahrer das Grand-Prix-Fahren beizubringen. Wir müssen gewinnen, das verlangen schließlich auch die Sponsoren von uns."

Für Stefan Bellof bedeutet das, daß *er – wie schon so viele Fahrer vor ihm* – den langen Weg über kleinere Teams antreten muß. Unter Umständen wird er Nachfolger von Manfred Winkelhock beim deutschen Rennstall ATS. Der Waiblinger macht kein Geheimnis daraus, daß seine Zusammenarbeit mit ATS voraussichtlich *Ende der Saison auslaufen* wird.

Den Rückzug aus der Formel 2 hat auch das BMW-Werk bekanntgegeben. Ab der nächsten Saison wird es keine Werksmotoren mehr geben. Die Münchner brauchen die dadurch freiwerdenden Kapazitäten, um ihre wachsende Kundenschar mit dem Formel-1-Turbo zu versorgen. Dadurch aber ist auch dem March-Team, das mit BMW-Motoren in den letzten zehn Jahren fünf Titel gewann, ein Teil der Erfolgsgrundlage entzogen.

Doping-Geständnisse aus Ungarn

Die Anstrengungen des Internationalen Verbandes für Modernen Fünfkampf, den Dopingmißbrauch zu bekämpfen, sind vorerst gescheitert. Dafür liefert jetzt das offizielle Organ der ungarischen Sportführung, „Nepsport", eine überraschend offene und eindeutige Bestätigung. In einer Nachbetrachtung zu den 27. Weltmeisterschaften in Warendorf schreibt das Blatt:

„Aus ungarischer Sicht brachte das Schießen die angenehmste Überraschung dieser WM. Mit einem Durchschnitt von 197 Ringen belegte unsere Mannschaft den ersten Rang. Eine Erklärung für den Aufwärtstrend ist darin zu suchen, daß Mediziner sich in die Vorbereitung eingeschaltet haben. Es ist kein Geheimnis: Experimente liefen und laufen auch weiter, um zu erforschen, mit welchen Beruhigungsmitteln die beste Wirkung bei den einzelnen Athleten zu erzielen ist."

Die zur Zeit bekannten Präparate stehen zwar auf der Dopingliste des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), doch die Kontrollen sind bei den Fünfkämpfern oberflächlich. In Warendorf wurde nach dem Schießen lediglich eine Alkoholprobe durchgeführt.

Bereits bei der WM 1982 in Rom wurde die Reihenfolge der Wettbewerbe verändert. Schießen und Laufen finden seitdem am gleichen Tag statt. Diese Änderung des Wettkampfablaufs konnte jedoch die Pillen-Epidemie nicht, wie vorher erhofft, bremsen. „Nepsport" bestätigt das: „Das schwächere Abschneiden von Gabor Pajor im Laufen erklärt die Tatsache, daß er von den drei Ungarn beim Schießen das stärkste Mittel nahm. Da zwischen den zwei Disziplinen lediglich eine Pause von knapp drei Stunden zur Verfügung stand, konnte sein Körper das Präparat nicht ausscheiden. Dadurch ist sein physischer Zustand erheblich gemindert worden."

STAND PUNKT

Klare, *unmißverständliche* Äußerungen innerhalb eines Artikels, den der Präsident des ungarischen Verbandes für Modernen Fünfkampf, Laszlo Abel, mit den Worten beschließt: „Wenn wir auch im nächsten Jahr um die Goldmedaillen kämpfen wollen, ist eine bessere Planung nötig. Aus den Mängeln müssen wir lernen."

Es ist müßig, jetzt hierzulande mit dem Finger gen Osten zu zeigen und wieder einmal lauthals zu verkünden, die Bösen seien immer die anderen. Die WELT hat (am 30. Juli) als bisher einzige deutsche Zeitung die Darstellungen einer (anonymen) „Initiative Sauberer Fünfkampf" aufgegriffen, die derartige Zustände im deutschen Verband anprangert. Die Verantwortlichen schweigen. Ihnen werden die ungarischen Verhältnisse aus eigener Erfahrung wohl nicht unbekannt sein.

PETER MOSER/DW.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Internationales Leichtathletik-Sportfest (ISTAF) aus Berlin
11.05 Titel, Thesen, Temperamente
Kulturmagazin
12.00 Umschau
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Unsere kleine Farm
Das Seeungeheuer
16.10 Tagesschau
16.15 Ungewöhnlich leben
Mit vierzig noch ein Kind
Film von Ingrid Oppermann
Immer mehr Frauen entscheiden sich für eine späte Mutterschaft. Was sind die Gründe? Zwei Mütter schildern, warum sie sich den Wunsch nach einem, bzw. einem weiteren, Kind in einem Alter erfüllen, in dem bei anderen die *Sprößlinge bereits aus dem Haus* sind.
17.00 Matt und Jenny
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Holgers Tauben gegen 7000
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Schlag auf Schlag
Politische Talkshow mit Claus-Hinrich Casdorff
Zu Gast: Oskar Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken und Landesvorsitzender der SPD Saarland
21.00 Showstart (2)
*Live aus der Paderhalle in Pader*born stellt Jürgen von der Lippe zum zweiten Mal Nachwuchskünstler vor: Chansonsängerin Nanette Scriba, die Gruppe „Zebra Zebra", die 14jährige Vincente und die Zauberer „The Magic Orvellis".
22.30 Tagesthemen
23.00 Jenseits von Schweden
Fernsehspiel von Carlheinz Caspari
00.40 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Hänsel und Gretel
Puppentrickfilm nach der Märchenoper von Engelbert Humperdinck
16.50 Der Ferienkalender
17.00 Musik und Technik
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Serena Lark
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Der Paragraphenwirt
Das Testament
Mit Hans Clarin, Lotti Krekel u. a.
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind. Als Gäste: Stephan Sulke, Vico Torriani, Dieter Augustin Dschingis Khan.
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Themen: ... und Danzig liegt *in* der „DDR" – Junge Nordhessen entdecken Thüringen / Asyl oder Auslieferung – Der Fall Cemal Kemal Altun / Müll kennt keine Grenzen – Wie sicher ist die „DDR"-Mülldeponie Schönberg vor den Toren von Lübeck?
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Tu was, Kanake
Buch und Regie: Nenad Djapic
23.25 heute



Szene mit Karl Walter Diess und Elisabeth Ackermann aus dem Fernsehspiel „Jenseits von Schweden", ARD, 23.00 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Jim Knopf und die Wilde 13
Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
2. Teil: Vom Magnetberg in die Wüste
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und die Wilde 13
19.00 Sie machten Steine aus gebrannter Erde (6)
Eine Geschichte der norddeutschen Backsteinarchitektur
19.15 Die Erde ist unsere Mutter, und seine Mutter verkauft man nicht
Indianer in Nordamerika heute

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 König der Freibeuter
Amerikan. Spielfilm 1958
Mit Yul Brynner, Charlton Heston, Claire Bloom, u. a.
Regie: Anthony Quinn
22.10 Die goldenen Hungerjahre (8)
23.10 Gespräche in Harvard
23.56 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
15.00 Der Ferienfilm
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.26 Nachrichten
19.30 Gericht über Las Casas
Ein Fernsehspiel
20.50 Zu hoffen wider die Hoffnung
Portrait des Dichters Reinhold Schneider
21.35 Das Himmlische lobt in seinen Tönen
Film über den Komponisten Joseph Martin Kraus
22.20 Dallas
Die Suche

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Bitte recht freundlich, es wird geschossen (1)
Fernsehspiel in zwei Teilen
Von Peter Yeldham
Mit Walter Wilz, Grit Böttcher, Alexander Hegarth, u. a.
Regie: Rolf von Sydow
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Zu Gast: Max Schmeling (1)
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.30 Dallas
Die Mordanklage (2)
23.15 Rundschau

Worte, die keiner hört

egw – Prompt hat sich in Salzburg wiederholt, was in Wien schon vorher beklagt worden war: Bei der Aufführung von Eliots „Mord im Dom" im Kirchenraum wurden die Besucher auf weite Strecken dazu gezwungen, sich mit der Rolle als bloße „Zuschauer" abzufinden, weil der hallende Raum die auf der Altarfläche gesprochenen Texte verschlang. Es ging ein Aufatmen durch das Publikum, als Romuald Pekny im Laufe des Spiels die Kanzel bestieg und nun jedes Wort deutlich zu vernehmen war.

Kirchenräume aus früherer Zeit sind nun einmal akustisch daraufhin gebaut worden, daß das Wort von der Kanzel verkündet wird, wobei ein oft sehr kunstvoller Schalldeckel dazugehört. Bis zum heutigen Tage ungelöst bleibt die Frage, welcher fromme Eiferer wohl nach dem Vatikanischen Konzil die Meinung verbreitete, Geistliche dürften nicht mehr auf die Kanzel steigen, worauf sie ihre Predigten vom Altar aus hielten und leider weitgehend unverständlich wurden. Eine Begründung dafür ist, der Geistliche solle nicht „über" den Kirchenbesuchern stehen, sondern mitten unter ihnen predigen, wie es auch Christus getan hat.

Gewiß, das hätte etwas für sich, wenn er nun wirklich mitten unter dem Kirchenvolk stünde und vielleicht im Hin- und Hergehen die Illusion einer persönlichen An- und Aussprache erzeugen würde. Daß er aber, doch etwas erhöht, vom Altar her spricht und schwer verständlich wird, kann unmöglich beabsichtigt gewesen sein. Wozu noch zu sagen ist, daß nie eine Anweisung vom Konzil erfolgt ist, die der Kanzel abgesagt hätte.

In mißverstandener Demokratisierung ist da etwas passiert, was sich die ehrwürdigen Väter des Konzils gewiß nicht gewünscht haben. Vielleicht, so möchte man wünschen, schafft die aus dem Theatereffekt erwachsene Einsicht jetzt eine Ehrenrettung der verwaisten Kanzeln. Wahrscheinlich ist's nicht: Errare humanum, errata permanent.

Der große Zorn eines rumänischen Poeten – WELT-Interview mit dem Schriftsteller Ion Negoitescu

Heimatlos geworden im eigenen Land

Wer den rumänischen Schriftsteller und Lyriker Ion Negoitescu (60) kennt, weiß: Das Aufbegehren gegen jede Art der diktatorischen, kunstfeindlichen Gewalt ist ein nicht wegzudenkender Teil seiner Persönlichkeit. Im Jahre 1943 protestierte er gegen faschistische Übergriffe, die Zeit des Stalinismus und Dogmatismus bescherte ihm Gefängnishaft und Berufsverbot, und im Jahre 1977 stellte er sich als einziger prominenter rumänischer Literat öffentlich an die Seite des Bürgerrechtlers Paul Goma. Seit vier Jahren nun weilt Negoitescu in der Bundesrepublik. Die WELT sprach mit ihm in Münster.

WELT: Welche Auswirkungen hat die Krise des von Nicolae Ceausescu „vielfältig entwickelten Sozialismus" auf das geistige Leben in Rumänien?

Negoitescu: In Rumänien herrscht gegenwärtig ein großes Chaos. Es hat alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens erfaßt, von der Wirtschaft bis zur Kunst, von der sich allmächtig gebärdenden Partei bis zum militärischen Unterdrückungsapparat, von dessen chaotischem Zustand nicht zuletzt die Flucht von Generälen der Sicherheitskräfte in den Westen kündet. Trotz der enormen zerstörerischen Wirkung dieses Chaos hat es in den letzten Jahren einige künstlerische Leistungen von Rang gegeben. Man kann darin einen Beweis für die geistige Vitalität des rumänischen Volkes sehen, aber ebensogut auch ein Ergebnis der chaotischen Verhältnisse, speziell des schlecht funktionierenden Kontrollsystems, dessen eigentliches Ziel darin besteht, Mittelmäßigkeit und Bedeutungslosigkeit zu fördern und originelle Schöpfungen zu unterbinden.

Es mutet seltsam an, daß zur gleichen Zeit, da die Gattin des Staats- und Parteichefs immer hemmungsloser ihrer akademischen Titelsucht frönt (wobei sie keine Wege und Mittel scheut, um sich diese selbst zuzuerkennen), die rumänischen akademischen Eliten einer fast sadistisch zu nennenden Behandlung ausgesetzt sind. Weil es der Familie Ceausescu so paßte, wurde das weltweit bekannte Bukarester Mathematische Institut aufgelöst. Die rumänischen Historiker sind gehalten, sogar auf internationalen Tagungen die sinnlosen, das Hirn des Staats- und Parteichefs bevölkernden Theorien nachzubeten. Sucht man nach den tieferen Gründen für diesen „horror competentiae", so muß man weniger die Politologie als vielmehr die Psychopathologie zu Rate ziehen.

WELT: In den ersten Jahren nach seinem 1965 erfolgten Amtsantritt konnte Nicolae Ceausescu sich dank der Fortführung der schon von seinem Vorgänger Gheorghe Gheorghiu-Dej eingeleiteten relativen Unabhängigkeitspolitik von der Sowjetunion, die gleichzeitig mit einer Rückbesinnung auf nationale Traditionen und Emotionen einherging, einer gewissen Popularität seitens der rumänischen Bevölkerung erfreuen. Was ist heute davon übriggeblieben?

Negoitescu: Als Gheorghiu-Dej den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen dazu nutzte, um sich schrittweise aus der sowjetischen Umklammerung zu lösen, sicherte er sich ein gewisses Maß an Beliebtheit. Nicht nur viele Menschen wurden damals aus der Gefangenschaft entlassen, sondern auch die rumänische Geschichte und die rumänische Kultur, die zuvor verboten oder verstümmelt worden waren. Ceausescu hat diese Politik der Förderung der nationalen Interessen und der Ermunterung des Nationalgefühls übernommen, wobei unklar bleiben muß, wie aufrichtig seine Politik in jener Anfangsphase wirklich war. Kein Zweifel herrscht jedoch darüber, daß sie ziemlich bald zu einer barbarischen Taktik mit dem Ziel der alleinigen Machtausübung verkommen ist. Ich nenne diese Taktik barbarisch, weil das obrigkeitlich verordnete, banal überspitzte Nationalgefühl dadurch, daß es auf die Spitze getrieben, zweckentfremdet und von einer edlen Qualität in eine monströse Quantität umfunktioniert worden ist, aufgehört hat, als spontane, natürliche Sinnesäußerung zu existieren. Die Rumänen müssen plötzlich feststellen, daß sie unter einer Lawine von aufgezwungenem Nationalismus zu ersticken drohen.

WELT: Einst wollte es scheinen, als ginge die Rückbesinnung auf nationale Werte einher mit einer gewissen Liberalisierung zumindest im geistigen Bereich. Weshalb hat die Führung diesen Ansätzen Ihrer Meinung nach ein Ende bereitet?

Negoitescu: Ceausescus „nationale Politik" ist nicht schöpferisch, sie ist steril und sogar schädlich. Würde das rumänische Volk mit Verstand und Verantwortungsgefühl regiert, so daß ihm daraus echte materielle und geistige Vorteile erwachsen würden, so käme die Liberalisierung des Regimes von selbst. Unter den gegebenen Umständen jedoch, die Ceausescu durch seine staatsmännische Unzulänglichkeit und seine Unfähigkeit, Mitleid für sein geschundenes Volk zu empfinden, selber geschaffen hat, ist eine Liberalisierung undenkbar. Zwischen dem absolut herrschenden „Führer" und seinen Untergebenen, die wie Sklaven behandelt werden, ist heute in Rumänien ein extremer Spannungszustand entstanden, der von einem großen Maß an gegenseitiger Furcht gekennzeichnet ist. Jeder Schritt in Richtung auf eine Liberalisierung würde ein Minimum an Vertrauen zwischen Herrscher und Beherrschten voraussetzen, und gerade das ist es, was in Rumänien gänzlich fehlt.

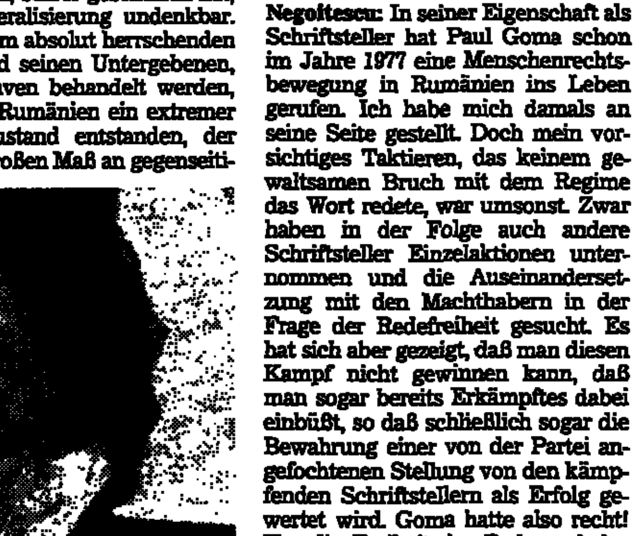
WELT: Wie wirkt sich Ceausescus Politik auf das kulturelle Leben der nationalen Minderheiten aus?

Negoitescu: Natürlich werden Ungarn und Deutsche in Siebenbürgen verfolgt, doch wie könnten sie der Verfolgung durch ein Regime entgehen, das auch die Rumänen so bitter unterdrückt? Die Deutschen lösen ihr Problem, indem sie samt ihrer Kultur auswandern. Für sie und für uns Rumänen stellt das Verlassen des Landes, in dem sie geboren sind, eine große Tragödie dar. Als Rumäne kann ich mir Siebenbürgen ohne die Deutschen nicht vorstellen, und es ist kein bloßes Paradox, wenn ich behaupte, daß die Rumänen sich in einem Rumänien ohne Deutsche noch heimatloser in ihrem eigenen Land fühlen werden.

WELT: Welche Stellung nehmen die Intellektuellen heute in Rumänien ein? Sind von ihrer Seite Anstöße, Denkmodelle, Aktionen zur Überwindung der Krise zu erwarten?

Negoitescu: In seiner Eigenschaft als Schriftsteller hat Paul Goma schon im Jahre 1977 eine Menschenrechtsbewegung in Rumänien ins Leben gerufen. Ich habe mich damals an seine Seite gestellt. Doch mein vorsichtiges Taktieren, das keinem gewaltsamen Bruch mit dem Regime das Wort redete, war umsonst. Zwar haben in der Folge auch andere Schriftsteller Einzelaktionen unternommen und die Auseinandersetzung mit den Machthabern in der Frage der Redefreiheit gesucht. Es hat sich aber gezeigt, daß man diesen Kampf nicht gewinnen kann, daß man sogar bereits Erkämpftes dabei einbüßt, so daß schließlich sogar die Bewahrung einer von der Partei angefochtenen Stellung von den kämpfenden Schriftstellern als Erfolg gewertet wird. Goma hatte also recht! Um die Freiheit der Rede und des künstlerischen Schaffens zu gewinnen, um den Demütigungen ein Ende zu machen und um die wahre moralische Autorität in den Augen der Mitbürger zu erringen, müssen die rumänischen Schriftsteller und Künstler zum Kampf für die Grundrechte der Menschen antreten.

ANNELI UTE GABANYI



„Der Demütigung ein Ende machen": Ion Negoitescu FOTO: DIE WELT

Kino der Gewalt: Rosenthals Film „Bad Boys"

Blutrausch auf Zelluloid

Bemerkenswerter als Rick Rosenthals Film „Bad Boys" ist die Welle, auf der er reitet. Coppola hat mit seinen „Outsidern" auch gerade so eine Blutspur durch die Kinos gezogen (vergl. WELT v. 16. 6.). „Bad Boys" – „Böse Buben", aber ohne die Verschmitztheit eines Max und Moritz – spielt wiederum im Milieu krimineller Jugendbanden. Die stehen, was Brutalität und Blutrunst angeht, erwachsenen Gangstern nicht nach. Vielleicht sind sie noch schlimmer, weil sie durch Gewalt zu ersetzen versuchen, was ihnen an cooler Verbrecherroutine noch fehlt. Es gibt also genügend Anlässe, im Blut zu baden.

Zugleich aber kann man all diese Widerwärtigkeiten mit ein paar sozialkritischen Randbemerkungen verbrämen: Aus solchen häuslichen Verhältnissen, aus solchen Korrektionsanstalten kann nur Kriminalität wuchern. Und wenn der jugendliche Held am Schluß gerade noch davor zurückschreckt, seinen Widersacher abzumurksen, dann soll der gute Kern in ihm wohl gesiegt haben. Die Moral von der Geschichte: Laßt sie nur rauben und morden und seid nachsichtig mit ihnen – irgendwann bricht sich edle Menschlichkeit auch in ihren verkorksten Charakteren Bahn.

Rick Rosenthal läßt keine Sparte des Gewaltverbrechens aus. Erst ein Raub, dann, nach ein bißchen Drogendealerei, der groß inszenierte Raubüberfall: Eine Leiche fliegt ins Schaufenster, eine zweite liegt auf dem Asphalt. Auf der Flucht im – selbstredend geknackten – Wagen wird jede Menge Schrott angerichtet, dann ein Kind überfahren, und schließlich explodiert die Karre.

Szenenwechsel in die Besserungsanstalt: Da wird die Straßenkriminalität unter den Augen der Aufseher nur fortgesetzt. Wir erleben eine homosexuelle Vergewaltigung, einen geglückten und ein paar versuchte Morde, Messerstechereien und sogar einen Sprengstoffanschlag, der einem Junghäftling die Visage zerfetzt, dazwischen einen Ausbruchsversuch, allerlei Knast-Perfidien und die Vergewaltigung eines Mädchens.

Das summiert sich tatsächlich zu einer schlüssigen Geschichte, ist recht gut fotografiert: Alles sehr professionell und insoweit also handwerklich kein schlechter Film. Aber die Kamera verrät, worum es dem Regisseur eigentlich geht. Sie bringt den Blutschmier ins Bild, wann immer es geht. Der Film spekuliert auf ein Publikum, das sich an solchen Horrorbildern nicht sattsehen kann. Er findet es in jener starken Kinogängergruppe der 16- bis 20jährigen. Ob sie sich dabei abreagieren oder aufheizen lassen, mögen die Psychologen beantworten. Gefährlich ist dieses Spiel allemal.

Der Hauptdarsteller, Sean Penn, hat ein bißchen Ähnlichkeit mit Robert de Niro. Das soll seiner Karriere aufhelfen. Es wird kaum reichen. Denn, außer einem unbeweglichen Gesicht hat er nichts zu verkaufen. Sein Gegenspieler, der Puertoricaner Esai Morales, hat da als Type schon bessere Aussichten, genau wie der kleine Eric Gurry als mauschelnder Jud' Horowitz. Na ja, ein Schuß Rassismus durfte bei einem solchen Streifen auch nicht fehlen. Frei ab 16 Jahren. Haben sich nicht kürzlich Leute über Filmzensur beschwert?

REINHARD BEUTH

Elsa Morante 65

Vertrauen zu den Mandelaugen

Die reichbegabte Elsa Morante, verheiratet mit dem immer krampfhafter schreibenden Moravia, wollte ihren heutigen 65. Geburtstag nicht erleben. Aber der Versuch, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, mißlang.

Ich schlage ihr erstes Buch auf, den Erzählungsband „Il gioco segreto" von 1941. Ob es ins Deutsche übersetzt wurde, weiß ich nicht. Damals war sie 23, ihr beigegebenes Foto zeigt ein schönes, strenges, fast trotziges Gesicht mit forschenden Augen unter einer nachdenklichen Stirn. Als sie die Erzählungen schrieb, war sie im Alter einer Abiturientin, viele waren schon vorher in Zeitschriften erschienen.

Der Stil des jungen Mädchens ist genau, unmetaphorisch, ganz sachlich. Natur und Menschen entstehen vor den Augen des Lesers, als sehe er alles mit eigenen Augen dicht vor sich. Und doch bewegen sich die Ereignisse oft auf der Schwelle zwischen Realität und Vision. Neben zarten erotischen Mädchenträumen, noch ganz ohne Sexualität, stehen Visionen von frühem Verkümmern, Altern und Tod. Sie ist ganz durchdrungen vom Bewußtsein der Vergänglichkeit, aber ohne Vanitas-Pathos: Der Tod ist einfach da und hat das Gesicht eines spöttischen Jungen oder einer schönen Frau.

Einmal, in der Erzählung „Die Pilgerin", taucht etwas Religiöses auf. Eine alte, von der ganzen Familie gefürchtete Patriarchin verschwindet eines Abends und nimmt an einer nächtlichen Wallfahrt des Dorfes zu einem wundertätigen Marienbild teil. Gegen Morgen kommt sie mit der psalmodierenden Menge, von der sie Distanz hält, an dem Heiligtum an. Die Alte betet zur Jungfrau: „Du hast mich stolz und autoritär gemacht. Das hätte für eine Kaiserin gepaßt. So aber bin ich nur eine wohlhabende Witwe mit Schwiegertochter und Enkeln. Ihre Furcht nützt mir nichts, sie vergiftet mich. O Jungfrau, du



Elsa Morante FOTO: UPI

hast mir die hochmütige Seele einer Königin gegeben und mich dann in dieses erniedrigende Dasein gestoßen. Deshalb komme ich zu dir. Dieses Leben ödet mich an. Ich bitte um meinen Tod." Sie fixiert lange das Madonnenbild mit seinen weit auseinandergezogenen Mandelaugen.

Dann macht sie sich auf den Rückweg, hält übermüdet vor einer Osteria am Wegrand inne und setzt sich schließlich widerwillig an einen der dichtbesetzten Tische. Aber als die Fremden sich freundlich besorgt um sie kümmern, schwindet ihr Hochmut, sie fühlt sich plötzlich wohl, obwohl sie sehr schwach wird, und da kommt plötzlich eine Person mit weit auseinandergezogenen Mandelaugen auf sie zu und nimmt sie wortlos mit „den Abhang hinunter in den Abgrund".

Man hat den Eindruck, das junge Mädchen hat hier das Evangelium tiefer verstanden als so mancher beamtete Prediger. Dies eine Mal nur, als ob sie uns zeigen wolle, daß sie auch das kann. Sonst sind es alltägliche Ereignisse, oft Lappalien, aber häufig taucht eine Figur mitten im genau beschriebenen Alltag auf, die nur der Person sichtbar ist, der die Botschaft von „draußen" gilt.

Schon in diesen ersten Erzählungen ist die ganze spätere Elsa Morante da. Sie sollte selbst einmal wieder diese kargen, keuschen Jugendschriften lesen. Sie könnte Vertrauen zu sich und zu den Mandelaugen wiederfinden.

R. K.-B.

Schloß-Spiele Heidelberg: Jommelis „Iphigenie"

Wild wuchern die Ränke

Die einen schätzten ihn als „italienischen Gluck". Den anderen war er schlechtweg „zu deutsch". Christoph Daniel Friedrich Schubart rühmte ihn als „ersten Komponisten in der Welt", Eduard Hanslick war er ein Beispiel für die Kurzlebigkeit eines Erfolgs, und Carl Maria von Weber, wahrhaft kein leichtfertiger Kritiker, charakterisierte ihn in einer Rezension als „geistreichen, feurigen und hochstrebenden Künstler", befand aber auch, „daß er zugleich nicht selten von einem unbegreiflich kleinlichen, der Kunst unwürdigen Geiste des Malens und Auspünktelns einzelner Momente zum großen Nachteil des Ganzen besessen war".

Niccolò Jommelli im Widerstreit der Meinungen. Obwohl wir heute dazu neigen, seine Bedeutung eher geringer einzustufen als früher, hat der 1714 nahe Neapel geborene Komponist zu den Großen seiner Zeit gehört. 1753 holte ihn der ebenso kunstsinnige wie verschwenderische Herzog Carl Eugen als Hofkapellmeister nach Stuttgart und Ludwigsburg, um seinem Ballettmeister Jean-Georges Noverre einen ebenbürtigen Partner an die Seite stellen zu können.

Seine „Iphigenie auf Tauris" allerdings komponierte er 1771 in Neapel, wohin er zwei Jahre zuvor wieder zurückgekehrt war. Sie sollte sein Ansehen in der Heimat mehren, erwies sich indes als ein rechter Mißerfolg. Erst jetzt, zweihundert Jahre später, entriß sie Peter Osolnik wieder der Vergessenheit.

Seine Einstudierung für die sommerlichen Schloß-Spiele Heidelberg bestätigt freilich das Verdikt von damals. Denn diese Opera seria ohne eine einzige Chorszene durchbricht zwar das starre Da-capo-Schema, läßt aber noch kaum einen Reformgeist ahnen, wie er Gluck nicht mal ganz ein Jahrzehnt später in der Oper gleichen Inhalts selbstverständlich ist.

In Jommellis Werk wuchern die Ränke so ungehindert wild, daß man die eigentliche Geschichte schier übersieht. Liebe und Leidenschaft halten sich zumeist in Schach. Und wenn am Ende das Spiel der Affekte doch noch obsiegt, dann kann man sicher sein, daß ein spektakulärer Schluß nicht weit ist: König Thoas, der vergeblich um die hehre Iphigenie buhlt und dabei auch nicht vor einem Giftanschlag auf seinen Widersacher zurückschreckt, kommt zuletzt nicht einfach in den Flammen seines Palastes um; er entzieht sich seinem Schicksal, indem er sich mit dem Schwert selbst entleibt.

Möglicherweise wird die Hinfälligkeit dieser „Iphigenie" noch durch den Ort der Aufführung betont. Der Königssaal des Heidelberger Schlosses bietet für die musikalische Antiquität zwar einen angemessenen aristokratischen Rahmen. Aber die Auftritte lassen sich selbst von einem so gewieften Regisseur wie Osolnik auf einem kümmerlich bestückten Konzertpodest nicht ohne Spannungsverlust arrangieren. Und da auch Gudrun Ebel (Iphigenie), Armeen Dishtchekenian (Orest), Jane Mengedoht und Alexander Stevenson (Thomas) unter der Leitung von David Effron kaum über sich hinauswachsen, bleibt dem Zuhörer allein die Hoffnung auf das Zwischenspiel.

Bei Kerzenlicht und Kartoffelsuppe mundet denn ein paar Stockwerke tiefer im historischen Faßbaukeller Jommellis Intermezzo „Die Vogelfängerin", von Mitgliedern der Eastman Philharmonia als dem Orchestra in Residence zur Tafelmusik aufgewertet, als handele es sich weniger um einen kompositorischen Eintopf als um einen leckeren Nachtisch. Judith Wilkinson als flotte Verführerin und Craig Fields in der Rolle des selbstverliebten Don Narciso machen gehörig Appetit – wenn auch nicht auf weitere Opern Niccolò Jommellis.

HARTMUT REGITZ

Berlin: Geburtstagsausstellung für Heinz Trökes

Paradies mit Filzstift

Die Freunde der Nationalgalerie bereiteten Heinz Trökes sein 70. Geburtstagsfest, aber der Gefeierte brachte das Geschenk gleich selbst mit: 31 seiner in den letzten vier Jahrzehnten entstandenen Skizzenbücher. Sie enthalten rund 2300 Zeichnungen, davon ein Zehntel in Farbe. Es ist, wie der Direktor der Nationalgalerie, Professor Dieter Honisch, freudig die schon längere Zeit erwartete Gabe begrüßte, „die überwältigendste Zuweisung", die dem Museum jemals von einem einzelnen Künstler gewidmet wurde.

Zuerst waren es ungedruckte Bücher, Blindbände, Kladden, die der Künstler zufällig gefunden hatte. Später folgten Exemplare, die ihm der Stuttgarter Freund und Drucker Cantz als „Mitglied der fiktiven Gesellschaft der Freunde leerer Bücher" mit schöner Regelmäßigkeit zusandte. Trökes hat diese Bände nicht im üblichen Sinne zum Skizzieren, Notieren, geschweige als Tagebuch benutzt. Tatsächlich führte dieser große Ausflügler und Globetrotter der deutschen Nachkriegskunst selbst noch auf einer Gummiplantage in Ceylon oder in einer Schiffskabine nach Colombo so ein Exemplar bei sich.

Die leeren Seiten übten auf ihn bis heute einen ganz eigenartig starken „Sog" aus. Und der Künstler erlaubte sich kein Nachlassen seiner zeichnerischen Energie. Jedes Blatt sollte möglichst vollkommen und akzeptabel werden. Keine Seite durfte herausgerissen werden. Für die jetzige Ausstellung wurden erstmals einige wenige Bände, deren Bindung es zuließ, aufgeteilt. Der Inhalt der meist nur aufgeschlagenen Skizzenbücher wird jedoch mit einer sehr geschickten und findigen Flachprojektion in den Vitrinen gezeigt.

Trökes, der bekanntermaßen ein Häuptling unter den Meistern eines Zeicheninstrumentes namens Flo-Master ist, hat sich für seine Buchzeichnungen diverser Bleistifte, Tuschfedern, Aquarellfarben und Kugelschreiber bedient. Gelegentlich riskierte er schon mal den lichtanfälligen modischen Filzschreiber und entwarf kostbar puzzlige Paradiesgärten, die sich keck den transparenten Tapisserien der Aquarelle zugesellen.

Trökes' Werkchronologie – hier bietet sie sich so dar, wie sie sprichwörtlich im Buche steht. Von den ersten Köpfen und verschnörkelten Gegenständlichkeiten zu jenem typisch figurativen Surrealismus der Stunde Null, der Menschen als Schemen zwischen Kulissenruinen inszenierte, auf denen Pflanzen wachsen. Die Dingerscheinungen, die gleichermaßen aus Unterbewußtsein und erfahrener Realität künden, lösten sich bald auf. Frottagen-ähnliche Strukturen, wie mit dem Lineal erfundene Gebilde folgten und endlich rätselhafte Dikkichte, wundersame Topographien, Musterbögen skurriler Geheimnisse. Die schnelle Caprice hat in diesen Büchern ihren Platz neben äußerst durchgearbeiteten Bilderfindungen.

Daß Trökes keineswegs ein retrospektiv geneigter Mensch ist, sondern zu den immer Wachen und Aufgeschlossenen gehört, wird allein schon durch den schönen Fries neuester großformatiger grauer Tuschbilder belegt, der diese erquickliche Ausstellung einbindet. „Orakel" werden befragt, „Eruptionen" ereignen sich, und die „Abendsonnen" scheinen sogar morgens. Auch hier gelingen Trökes wieder Zauber, Poesie und Wunder, die sein Lebenswerk ohne Unterlaß durchziehen. Nur ein einziges Skizzenbuch übrigens hat der Künstler nicht der Nationalgalerie geschenkt: Seine Frau fand es so schön, daß sie es behalten durfte.

PETER HANS GÖPFERT



Ausflügler und Globetrotter der deutschen Nachkriegskunst: Heinz Trökes FOTO: BINDER-THIELE

KULTURNOTIZEN

Eine Johann-Michael-Haydn-Gesellschaft wurde jetzt in Salzburg gegründet.

Marcel Marceau wird 1984 eine Dépendance seiner Pariser „Ecole internationale de mimodrame" in Montepulciano eröffnen.

Das Prädikat „Besonders wertvoll" erhielten die Filme „Fanny und Alexander" von Ingmar Bergman, „Rambo" von Ted Kotcheff und der deutsche Film „Schwarzfahrer" von Manfred Stelzer.

Die „Jacques-Offenbach-Festwoche" veranstaltet die Offenbach-Gesellschaft, Bad Ems, vom 1. bis 8. Oktober.

Zeichnungen Jean Cocteaus zeigt die Stadt Villefranche-sur-Mer anläßlich des 20. Todestags des Künstlers.

Schönste Bücher aus aller Welt sind im Leipziger Börsenverein zum 17. Mal vom 3. bis 25. September zu sehen.

Der Schlagersänger Julio Iglesias bekommt für mehr als 100 Millionen verkaufter Langspielplatten eine „diamantene Schallplatte" sowie einen Eintrag ins „Guiness-Buch der Weltrekorde".

JOURNAL

Das Schicksal der Londoner Polen-Bibliothek

JGG. **London**

Noch im Hagel der V 1 ist sie mit Hilfe der Briten entstanden: die „Polnische Bibliothek London". Sie ist heute die größte ihrer Art im Exil und sozusagen eine Ergänzung der vierzehn Jahre älteren „Polnischen Nationalbibliothek" in Warschau. Sie disponiert über in Polen verbotene Publikationen, Periodika des Exils, historische und schöngeistige polnische Literatur sowie über solch brisante Dinge wie die umfangreiche „Katyn Bibliography", an die man über Bibliotheken im Mutterland überhaupt nicht herankommt. Im Jahre 1953 erlebte die „Polish Library" ihre erste Krise, als die Briten sie auflösen wollten. Mit Erfolg wurde eine Petition von 21 360 Britannien-Polen eingereicht, britische Freunde intervenierten. Zwölf Jahre darauf fiel dem „Department of Education and Science" ein, nicht nur der Bibliothek die Subventionen zu streichen, sondern sie sogar in die „Bibliothek Russischer Studien" einzuverleiben. Wieder konnte eine Woge des Protestes dies in letzter Minute verhindern. Zwei Jahre später wurde „The Polish Library" dem Londoner „Polnischen Kulturzentrum" übergeben, das aus Spenden der britischen Polen entstand und auch zwei polnische Theater beherbergt. Bis zur Zeit des Kriegsrechts gab es einen regen Leihaustausch mit Bibliotheken im Mutterland. Davon ist heute nichts mehr zu spüren.

Größter Beschleunigerring der Welt geplant

dpa, **Chicago**

Für den Bau eines Elementarteilchenbeschleunigers mit einem Umfang von rund 160 Kilometern haben sich amerikanische Hochenergiephysiker ausgesprochen. Die Maschine, mit der die Suche nach den Urbausteinen der Materie vorangetrieben werden soll, soll nach den Vorstellungen der Physiker mit 40 Billionen Elektronenvolt die größte Anlage ihrer Art in der Welt werden. Die Kosten der Anlage, deren Bau rund zehn Jahre in Anspruch nehmen würde, werden auf bis zu zwei Milliarden Dollar (rund 5,4 Milliarden Mark) geschätzt. Die bisher größte Anlage der Welt ist der „Tevatron"-Rundbeschleuniger beim Fermilab in Batavia mit einem Umfang von 6,4 Kilometern. Mitte September soll am europäischen Kernforschungszentrum CERN in Genf mit dem Bau des weltweit stärksten Elementarteilchenbeschleunigers, der einen Umfang von 27 Kilometern haben wird, begonnen werden.

Rücktritt wegen Streit um „Stern"-Buch

bit, **Hamburg**

Der Rücktritt des Verlagsleiters von Hoffmann und Campe, Hans-Helmut Röhring, ist endgültig. Gespräche zur Beilegung des Konfliktes zwischen ihm und Verleger Thomas Ganske führten zu keiner Einigung. Ausgelöst worden war der Streit durch den Einspruch Ganskes gegen Erich Kubys Buch über die „Stern"-Affäre; Ganskes Wunsch nach Tilgung einiger Passagen mochten weder Kuby noch Röhring zustimmen. Zahlreiche Lektoren und Autoren des Verlages haben sich inzwischen mit Röhring solidarisiert. Das Abspringen vieler von ihm betreuter Autoren, vor allem aus dem Sachbuchbereich, ist wahrscheinlich. Hans Walter Berg („Gesichter Asiens") hat das Manuskript seines neuen Buches bereits zurückgezogen und an Kindler gegeben. Auch Hoimar von Dittfurth hat den Verlag verlassen.

Späte Uraufführung eines „Othello"-Balletts

Reg. **Aachen**

Mit einem abendfüllenden Ballett will sich der neue Aachener Ballettchef Günter Pick am 22. Januar 1984 vorstellen. Bei „Othello und Desdemona" greift er dabei auf eine Komposition des in Berlin lebenden Amerikaners Gerald Humel zurück, die 1973–75 im Auftrag John Neumeiers entstand, aus verschiedenen Gründen aber nie von der Hamburgischen Staatsoper uraufgeführt wurde.

Ginzburg verfilmt „Die Sache Makropulos"

rst. **Moskau**

In den Moskauer Filmateliers „Mosfilm" begannen die Dreharbeiten zum Film „Die Sache Makropulos" nach dem Drama des 1938 verstorbenen tschechischen Dramatikers und Schriftstellers Karl Capek. Der Regisseur des Films, Jewgenij Ginzburg, erklärte, daß sein neues Werk eine Mixtur aus einem Science-fiction-Film, Kriminalfilm sowie Musical sein soll. Als Oper von Leos Janacek wurde Capeks Drama auch im Westen bekannt.

Präkolumbianische Pyramide entdeckt

dpa, **Mexiko-Stadt**

In dem an Zeugnissen der präkolumbianischen Kultur reichen Mexiko haben Arbeiter eine neue archäologische Stätte entdeckt. Wie Zeitungen in Mexiko-Stadt berichteten, liegt die etwa acht Hektar große Fläche im Bundesstaat Tabasco im Südosten des Landes zwischen den Städten Villahermosa und Frontera.

Klage: Kann ein Vater Mutter sein?

Rechtsstreit um Mutterschaftsgeld in der letzten Runde

KNUT TESKE, Bonn

Die Klage eines Hamburger Vaters auf Mutterschaftsgeld hat jetzt den deutschen Justizbereich verlassen und beschäftigt den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg – mit besseren Aussichten auf Erfolg. Deutsche Gerichte haben diese und andere Klagen bislang stets als widersinnig und paradox zurückgewiesen. Motto: Ein Vater kann nicht Mutter sein, wie also sollte er Mutterschaftsgeld kassieren können?

Diese „biologische Argumentation" hat so groteske Ausmaße angenommen, daß das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz die entsprechende Klage eines Vaters abgewiesen *hatte, obwohl die Mutter* zwei Wochen nach der Geburt ihres Kindes gestorben war.

Ganz *anders sieht es seit Jahren* schon die EG. Danach soll, wenn es über die biologischen Schutzpflichten *der Mütter hinaus noch Mutter*schaftsgeld gibt, es den Eltern überlassen bleiben, wer die viermonatige *Unterstützung von maximal 25 Mark* pro Tag kassiert. In Frankreich und Italien ist diese Regelung bereits Gesetz *geworden. Hintergrund:* Bei berufstätigen Eltern soll – abgesehen von ihrer ganz privaten Entschei*dung – derjenige das Mutterschafts*geld beanspruchen, dem ein kurzfristiger Berufsausstieg leichter zuzu*muten ist.*

Niedergelegt ist diese Rechtsauffassung in den „europäischen Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung von Männern und Frauen". In der Bundesrepublik Deutschland hinkt man diesen Richtlinien nach EG-Auffassung ein wenig hinterher, so daß die Europäische Kommission schon vor längerer Zeit gegen Bonn ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat.

Zweifelsohne aber hat dieser Rechtsstreit Brüssel gegen Bonn die Richter des Hamburger Landessozialgerichts veranlaßt, von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Klage des 38jährigen Hamburgers den Luxemburger Kollegen vorzulegen. Vorgeschrieben war das nicht. Erst das Bundessozialgericht in Kassel *hätte den Fall nach Luxemburg* weitergeben müssen. Den Instanzenweg auszuschöpfen hieße aber, das Verfahren um weitere zwei Jahre zu verlängern, das immerhin schon seit 1979 anhängig ist.

In erster Instanz hatte das Hamburger Sozialgericht die Klage abgewiesen. Die Richter der zweiten Instanz wollen nun wissen, ob es gegen die EG-Richtlinien verstößt, wenn Mut*terschaftsgeld in der Bundesrepublik* Deutschland ausschließlich erwerbstätigen Müttern gewährt wird und *nicht auch* arbeitenden Vätern.

Parallel zum Verfahren in Luxemburg liegt bereits seit vier Jahren eine *Verfassungsbeschwerde des Ham*burger Klägers in Karlsruhe vor, über die bisher aber nicht verhandelt wurde – und mit Sicherheit nicht verhandelt wird, solange nicht der Europäische Gerichtshof seinen Spruch ge*fällt hat.*

Es könnte sich nämlich folgende Situation ergeben, daß Karlsruhe die Klage des Hamburgers abweist, während Luxemburg ihr stattgibt. Karlsruhe hat nur über deutsches Recht zu *entscheiden, und nach der „biologi*schen" Argumentation deutscher Richter könnte es durchaus so kommen, daß die Zahlung des umstrittenen Geldes ausschließlich an Mütter in den Augen der Karlsruher Juristen durchaus mit dem Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 des Grundgesetzes (GG) vereinbar ist.

Luxemburg wiederum könnte entscheiden, daß das deutsche Recht in punkto Gleichheitsgrundsatz gegen das europäische Recht verstößt. Dieser Korrektur wird sich Karlsruhe nicht aussetzen wollen.



Größere Lücken als gewöhnlich auch auf dem Petersplatz in Rom: Hoteliers und Gastronomen melden das schlechteste Urlaubsgeschäft seit Jahrzehnten. FOTO: GIANSANTI/STUDIO X

Zu „Ferragosto" begann das große Klagen

Italienische Tourismus-Industrie erlitt enorme Einbrüche / Nicht nur Deutsche und Franzosen, auch Italiener blieben aus

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Inflation und Rezession haben vielen Italienern die Freude an den Ferien versalzen. Seit langem sind nicht mehr so viele Großstädter daheim geblieben wie in diesem Sommer. Andere haben sich mit einem verlängerten Wochenendausflug zur „Ferragosto" (15. August) begnügt. Da gleichzeitig auch „devisenbeschränkte" Franzosen und Deutsche ausbleiben, die Länder mit einem günstigeren Wechselkurs bevorzugen, signalisiert die Touristikindustrie des Landes Alarm.

„*10 Prozent weniger* Übernachtungen", „20prozentiger Umsatzrückgang", „das schlechteste Juli-Ge*schäft seit Jahrzehnten" – fast überall* sehen die ersten Sommerbilanzen der Hoteliers und Gastronomen wenig verheißungsvoll aus. *In den meisten* Seebädern an der adriatischen und an der ligurischen Riviera waren nur die Tage vom 12. bis zum 16. August voll ausgebucht. In Sizilien und mehr oder weniger in ganz Süditalien waren nicht einmal an diesen Tagen alle Betten belegt. Nach Venedig kamen zu „Ferragosto" nur noch halb so viele Touristen wie im Vorjahr. In Capri entstiegen an diesem Tag den Fährbooten nur 10 000 Personen – 8000 weniger als 1982. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Neapels verzichtete auf den traditionellen „Ferragosto"-Ausflug.

Kaum eine der Großstädte des Landes erlebte in diesem Jahr den üblichen Massenexodus und die Überflutung durch ausländische Touristen. In der römischen Innenstadt war der Verkehr zwar flüssiger als zu „normalen" Zeiten, aber keineswegs auf dem gewohnten minimalen „Ferragosto"-Niveau. Viele Römer zogen es vor, morgens an die Strände von Ostia, Fregene und Castelporziano zu fahren und abends zurückzukommen, anstatt viel Geld für ein festes Urlaubsdomizil an der See auszugeben. Sie kamen damit trotz des hohen Benzinpreises (1,92 Mark pro Liter) immer noch weit besser weg als mit einer Übernachtung für mehrere Personen.

Der Hauptgrund für die Touristik-Flaute liegt ohne Frage bei den hohen Preisen. Eine vierköpfige Familie muß, selbst wenn sie keine besonderen Ansprüche stellt, für einen dreiwöchigen Ferienaufenthalt rund drei Millionen Lire (mehr als 5000 Mark) auf den Tisch legen. Im Vergleich zum letzten Jahr sind beinahe überall die Preise weit über die 16prozentige Inflationsrate hinaus gestiegen. 1982 hatten sich die meisten Hoteliers und Gaststättenbesitzer noch an den Maßhalteappellen der staatlichen Tourismusfunktionäre orientiert. In diesem Jahr sind diese Appelle ins Leere gegangen, und viele Unternehmen haben nachgeholt, was sie vor einem Jahr versäumten.

In erster Linie hat der Preisanstieg den inländischen Tourismus getroffen, da seine Wirkung durch die Rezession (Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit) potenziert *wurde. Und da der Italiener im allge*meinen nichts davon hält, am Ferienort zu sparen, bleibt er lieber kürzer, *als daß er knausert. Die Devise lautet:* Besser zehn Tage wie ein Löwe als zwanzig Tage wie ein Lamm leben. *Ausgerechnet im Urlaub eine* „schlechte Figur" machen, ist das letzte, wozu er bereit wäre.

Im vergangenen Jahr hatten 43 Prozent aller Italiener um „Ferragosto" mindestens vier Tage voll Ferien gemacht. In diesem Jahr ist fast die Hälfte davon ausgefallen. Die einen sind zu Hause geblieben und wollen den Urlaub in der billigen Saison nachholen, die anderen sind jeden Abend wieder nach Hause gefahren. Wieder andere sind privat bei Freunden am Meer oder in den Bergen untergekommen.

*Hinzu kommt das Ausbleiben fran*zösischer und deutscher Touristen. An der Adria konnte man schon im *Juli überall die Klage hören: „Die* Franzosen bleiben – offensichtlich wegen der Devisenbewirtschaftung in ihrem Land – fast ganz aus, und viele Deutsche bevorzugen das preisgünstigere Jugoslawien.

Nur auf einem ganz besonderen „Tourismus"-Gebiet hat sich auch in diesem Jahr pünktlich der Boom wieder eingestellt: Wie die Turiner „Stampa" meldet, wurde einmal *mehr mit gewohnter Großzügigkeit* „Urlaub" aus den Gefängnissen gewährt. Allein in Rom öffneten sich für sieben *als höchst gefährlich gel*tende Untersuchungshäftlinge die Gefängnistore. Zwei der sieben sind der Zugehörigkeit zur Camorra-Organisation „Neue Familie" verdächtigt, die anderen fünf waren in der Nacht zum 5. Juni auf frischer Tat ertappt worden, als sie in Rom eine Bank ausräumen wollten. Alle wurden „aus Gesundheitsgründen" aus der Haftanstalt entlassen und unter „Hausarrest" gestellt.

Behörde auf der Flucht vor dem Bürgermeister

SAD, Anthony

„Der Bürgermeister ist ein richtiger kleiner Diktator", schimpft der Vorsitzende der Wohnungskommission der Stadt Anthony in Texas, August Lavora. Um dem „kleinen Diktator" zu entweichen, zog die Kommission aus dem Rathaus aus und mietete Büroräume in einem drei Wohnblöcke entfernten Gebäude. Dort hat der Bürgermeister nichts mehr zu sagen. Das neue Büro befindet sich nicht in Texas, sondern *im Staat New Mexico.* „Lächerlich", sagt Bürgermeister Adrian Baca dazu. „Außerdem ist es verfassungswidrig. Eine Behörde kann ihren Amtssitz nicht in einen anderen Staat verlegen." Hauptaufgabe der Wohnungskommission ist es, billigen Wohnraum für die etwa 60 bedürftigen Familien zu finden, die in der 5000 Einwohner großen Stadt leben. Die Kommission entschloß sich zum Umzug, als Bürgermeister Baca ankündigte, er werde einige seiner politischen Freunde zu Mitgliedern *der Kommission ernennen. Die ei*gentliche Ursache des Streites soll freilich woanders liegen: Baca weigert sich, bedürftige Familien in die ihm gehörenden Wohnungen aufzunehmen. Der Bürgermeister ist der größte Hausbesitzer der Stadt.

Furcht vor „Alicia"

SAD, Galveston

Tausende Amerikaner sind auf der Flucht vor „Alicia", dem ersten Hurricane der diesjährigen Saison. Nach Auskunft der Meteorologen nähert sich der Wirbelsturm mit einer Geschwindigkeit von 152 km/h der texanischen Küste. Unterdessen verlor in Japan der Taifun „Abby" an Kraft. Er war über Zentraljapan hinweggefegt, die Regenmassen hatten Tausende von Häusern überflutet.

Unfall in Fußgänger-Zone

rtr, Berlin

Ein Straßenreinigungsfahrzeug ist gestern im Berliner Bezirk Tegel in *eine Fußgänger-Zone gerast. Dabei* erfaßte der Lkw 13 Menschen und verletzte sieben von ihnen schwer. *Laut Polizei war der Fahrer betrun*ken.

Neue Staus zum Wochenende?

AP, München

Den Höhepunkt der Rückreisewelle aus den Urlaubsgebieten erwartet der ADAC für das kommende Wochenende. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und bei Audi in Ingolstadt gehen die Ferien zu Ende.

Geiselnehmer gab auf

AP, Los Angeles

Ein bewaffneter Spanier, der das spanische Konsulat in Los Angeles überfallen *und fast zehn Stunden* lang vier Menschen als Geiseln gehalten hatte, ergab sich gestern nach zehn Stunden. *Der Mann* hatte Flugtickets für seine Frau und zwei Kinder von Los Angeles nach Puerto Rico verlangt.

Sturm auf Supermärkte

AP, Caninde

In dem von einer Jahrhundertdürre heimgesuchten Nordosten Brasiliens greift die hungernde Bevölkerung immer häufiger zur Selbsthilfe. Anfang der Woche stürmten nach offiziellen Angaben tausende Verzweifelter in zwei Städten Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte.

LEUTE HEUTE

Kampf der Langeweile

Einen Job während der Sommer*ferien hat er nicht bekommen und* sonst ist in dem kleinen Ort in Pennsylvania auch nicht viel los. Also begann **Darryl Adams** vor einer Woche mit dem „Brückesitzen". „Weil ich nichts Besseres zu tun habe und sie nun mal da ist", meinte er zu seiner neuen „Beschäftigung", die ihm, wie er hofft, eine Eintragung ins Buch der Rekorde bringt, weil vor ihm noch nie jemand auf die Idee gekommen sei, auf einer Brücke zu sitzen.

Eintritt für Auftritt

Wohl zum ersten Mal in ihrer Karriere dürfte die US-Rockgruppe „**Beach Boys** Eintritt dafür bezahlt haben, daß sie auf die Bühne durften. Ein Wachbeamter lehnte es trotz flehender Bitten ab, die Gruppe ohne Spezialausweis auf das Messegelände in Kalifornien zu lassen. Erst nachdem jeder der Insassen des Kleinbusses, mit dem die weltweit bekannten Bandmitglieder vorgefahren waren, vier Dollar entrichtet hatte, wurden sie eingelassen. „Das Geld wird ihnen nach dem Konzert zurückerstattet", versprach einer der Veranstalter.

Luxusreise rund um die Welt für 23 900 Mark mit Halbpension

Nach dem Motto „teurer, besser, komfortabler" versuchen sich die Fluggesellschaften in aller Welt die 1.-Klasse-Passagiere abzujagen

A. BÄRWOLF, Hamburg

Mit immer teureren Geschenken, immer frischeren Speisen der Nouvelle cuisine, Proben kostbarer Weine in 12 000 Meter Höhe, Kaviar, Leinenservietten und gewichtsverschwendenden Silberbestecken versuchen die großen Airlines, den 1.-Klasse Jet-Luxus in der Stratosphäre noch luxuriöser zu machen. Die größte Attraktion sind die Schlafsitze, die eine Sieben-Stunden-Reise von Europa nach New York *zur angenehmen* Schlummerpartie machen. Mit diesen Extras wollen die Luftverkehrs*gesellschaften die in den letzten Jah*ren abgesprungenen Erster-Klasse-Passagiere wieder anlocken.

Eine beträchtliche Zahl von Passagieren, die es gewohnt war, nach individueller Betreuung über einen roten Teppich, begleitet von den *Grüßen* weißbehandschuhter Stewards den vorderen Rumpfteil der Düsenriesen zu besteigen, mußte den bevorzugten Logensitzen am Düsenhimmel ade sagen, weil die Weltwirtschaftslage in ein Luftloch geraten war und clevere amerikanische Luftverkehrsmanager die sogenannte Business Class in der Not geboren hatten. Die fleißigen interkontinentalen Luftreisenden der Großkonzerne hatten in den letzten Jahren mit diesen Business-Sitzen vorlieb nehmen müssen, da Ebbe in den Kassen der Firmen war. So ko*stete denn ein Business-Sitz nur die* Hälfte des Erster-Klasse-Tickets, für das die Fluggesellschaften auf der *Strecke New York–Frankfurt* beispielsweise den unbescheidenen Preis von 3028 Dollar oder 8145 Mark (Kurs *2,69 Mark*) verlangen.

Man bleibt unter sich

Neuerdings haben die Großfirmen bei frischem Aufwind der Konjunktur den Gürtel ein wenig gelockert. Sie gestatten ihren Top-Managern einen Platz auf dem Schlafsitz, mit dem seit kurzem auch alle Lufthansa-Maschinen auf den entsprechenden Strecken bestückt sind. Die sogenannten Executives, die nicht unbedingt die englische Sprache beherrschen müssen, finden nun wieder Platz neben denjenigen, die ohnehin, koste es, was es wolle, in der Lage sind, bei künstlicher Atmosphäre *über die Rennstrecken der Welt zu* jetten. Die gewichtigen Vorstandsmitglieder, die außerhalb ihrer Bran*che kaum jemand kennt, sitzen nun* wieder neben den Movie-Stars und Politikern, deren Meinung sie nicht *unbedingt teilen.*

Zumindest auf der lukrativen innermerikanischen Transkontinentalstrecke *New York–Los Angeles* wird der spürbare Trend zur besseren Ausnutzung der Erster-Klasse-Kapazität in den Linienmaschinen durch die Einführung einer neuen Super-Luxus-Airline begünstigt. Die dunkelgespritzten Boeing 727 von „FirstAir" mit den geschwungenen Initialien am Seitenruder befördern in ihren voluminösen Rümpfen nur maximal 20 Passagiere. Die 20 Gäste, die von 5 Stewardessen verwöhnt werden, können sich auf der Viereinhalb-Stunden-Strecke auf einem Raum breitmachen, auf dem normalerweise *160 Menschen Platz finden müßten.* Kostenpunkt für den Super-Luxus-Service von Küste zu Küste: 1500 *Dollar oder 4035 Mark* – für eine Strecke.

Ein komplettes Angebot

Die Airline hofft, daß vor allem Manager der Filmindustrie auf dem Weg zwischen Hollywood und New York auf den üppigen Ledersesseln Platz nehmen werden. Die besonders schallisolierte Kabine läßt sich in Konferenzräume unterteilen. Die einzelnen Sitze können in Betten verwandelt werden. An Bord stehen Telefone, Börsenticker und Kopiermaschinen, ein kompletter Sekretariatsdienst rundet das Angebot ab.

Auf dem europäischen Luftverkehrsmarkt gibt es bislang nichts, was sich mit der „FirstAir" vergleichen ließe. Lediglich in Zürich ist eine Boeing 727 von „Jet Aviation" *stationiert, die ähnlich ausgestattet* ist und die gechartert werden kann.

Auch die Lufthansa hat eine Boeing 707 besonders ausgerüstet und an Hanseatic-Tours vermietet. Mit nur 80 Personen gehts im November in 24 Tagen rund um die Welt – immer westwärts mit der Sonne: San Francisco, Mexico City, Tahiti, Hongkong, Delhi. Der Preis der Luxus-Weltreise mit Halbpension: 23 900 Mark. Der Flug ist ausgebucht.

Hungrige Haie vor der griechischen Küste

E. ANTONAROS, Athen

Einen überraschenden Fang hat der deutsche Urlauber Werner Vogt (51) aus Konstanz im Küstengewässer vor der griechischen Halbinsel Peloponnes gemacht: Nach fünfstündigem Kampf hat er, von seinem 11jährigen Sohn und zwei griechischen Freunden unterstützt, einen vier Meter langen *und 480 Kilogramm* schweren *Hai*fisch auf seine Yacht ziehen können.

„Wir waren in aller Früh auf Fischfang gegangen und hatten, Gott sei dank, auch Sonderausrüstung für größere Fische mitgenommen", sagte Vogt. Seit Tagen wimmelte es in der Kleinstadt Argos Kynourias, wo er Urlaub macht, von Gerüchten, wonach Fischer in den letzten Tagen mehrere größere Haifische unweit der Küste gesehen haben wollten. Vogt: „Etwa 500 Meter von der Küste entfernt warfen wir unsere Schleppangel ins Wasser und warteten."

Der Hai biß zehn Minuten später an. „Wir spürten den Druck und zogen, alle vier Mann an Bord, mit aller Kraft die Angel heran. Der Hai wollte nicht nachgeben. Fünf Stunden tobte der Kampf. Dann war sein Widerstand gebrochen."

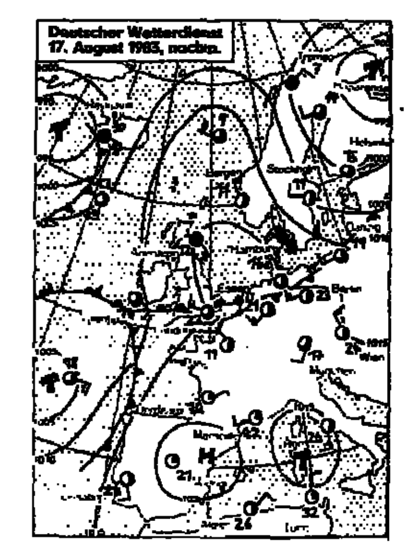
Zwar war der getötete Hai für griechische Verhältnisse ungewöhnlich groß – beileibe aber keine Einzelerscheinung in diesem Sommer. Haifische wollen Fischer und Schwimmer seit Wochen immer wieder an Griechenlands Küsten gesehen haben. Vor einer Woche töteten Amateurfischer ein kleineres Exemplar vor der Küste Attikas bei Athen.

Seit Wochen empfiehlt die griechische Hafenpolizei allen Badenden, sich nicht allzu weit vom Strand zu entfernen. Mit kleinen Kanonen ausgerüstete Schnellboote der Küstenwacht patrouillieren Tag und Nacht vor den wichtigsten Badeorten.

Die griechischen Meere galten bisher als Haifisch-sicher. In den vergangenen 30 Jahren sind ganze drei Angriffe auf Menschen registriert worden. Experten führen die diesjährige Haifisch-Schwemme auf die Tatsache *zurück, daß den Räubern die Nahrung* ausgeht. Das Plankton, das vielen Sorten von Kleinfischen als Nahrungsbasis dient, nimmt ab. „Wen wundert es da, daß sich die Haie auf der Suche nach Brauchbarem an Küstengebiete heranwagen", sagte ein Experte in Athen. (SAD)

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hoch über Dänemark zieht zum Baltikum, an seiner Flanke gelangt trockene Festlandsluft aus Osten nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Für das gesamte Bundesgebiet und Raum Berlin: Heiter, zeitweise auch wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Im Alpenraum nachmittags örtlich Gewitter. Höchsttemperaturen 24 bis 29 Grad, nachts Abkühlung auf 16 bis 10 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Weiterhin freundlich und warm.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	30°
Bonn	23°	Kopenh.	16°
Dresden	23°	Las Palmas	24°
Essen	21°	London	22°
Frankfurt	24°	Madrid	21°
Hamburg	16°	Mailand	23°
List/Sylt	16°	Mallorca	29°
München	17°	Moskau	23°
Stuttgart	22°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	19°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Athen	29°	Prag	22°
Barcelona	24°	Rom	26°
Brüssel	18°	Stockholm	19°
Budapest	26°	Tel Aviv	31°
Bukarest	24°	Tunis	32°
Helsinki	15°	Wien	24°
Istanbul	24°	Zürich	20°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 6.13 Uhr, Untergang: *20.37 Uhr*, **Mondaufgang:** 18.51 Uhr, Untergang: 0.37 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Miethund macht auch Überstunden

CONSTANCE KNITTER, Toulouse

„Mieten Sie einen Wachhund für einen Tag, ein Wochenende, ein Jahr. Meine Hunde sind mutig, unbestechlich und auf Bewachung von Villen abgerichtet." Plakate mit diesem Slogan zieren in diesem *Sommer die* Litfaßsäulen von Toulouse. Die Idee dazu hatte ein ehemaliger Privatdetektiv. Er bietet Villenbesitzern, die in Urlaub fahren wollen, seine abgerichteten deutschen Schäferhunde zum Schutz vor Einbrechern an.

Louis Chirouze (42) leitet seit 1976 in Toulouse in Südfrankreich eine Wach- und Schließgesellschaft. Bisher beschäftigte er 50 Wachmänner. Seit einigen *Monaten hat er seine* Wachmannschaft durch 15 deutsche Schäferhunde verstärkt. Die schrekken vor nichts und niemandem zurück. Sie sind fixiert auf den Mann, der sie führt und ihnen zu fressen gibt.

Chirouze war seit langem über die Unzulänglichkeit von Alarmanlagen verärgert. Zudem stellte er fest, daß die nächtlichen Runden seiner Wachmänner offensichtlich angesichts der zunehmenden Haus- und Wohnungseinbrüche nicht mehr ausreichten. Da kam im die Idee mit den abgerichteten Hunden. „Vor ihnen haben Diebe mehr Angst als vor der Polizei", behauptet er, der sich außerdem darüber freut, daß ein Tier nur halb so teuer ist wie ein Wachmann, der monatlich 3300 Mark kostet. „Mit einem Hund gibt es auch keine Diskussionen wegen Überstunden. Der verrichtet seine Aufgabe ohne Murren."

Seine deutschen Schäferhunde im Alter zwischen 14 Monaten und acht Jahren ließ Chirouze in einem ultramodernen Hundezwinger abrichten. Dort brachte man ihnen bei, einem Angreifer nicht gleich an die Kehle zu springen, sondern lediglich in Beine und Schenkel zu beißen. „Am schwierigsten war es jedoch, ihnen *beizubringen, ihr Fressen nur von* einer Person anzunehmen, die sie kennen. Nur so läßt sich die Gefahr der Vergiftung vermeiden", sagt Louis Chirouze.

Alles anderes ist denkbar einfach: Einige Tage vor Urlaubsbeginn ruft der Hausbesitzer bei der Wachgesellschaft an und bestellt sich für die Dauer seiner Abwesenheit einen Miethund. Am Tag der Abreise wird *der Hund gebracht und* im abgeschlossenen Garten allein zurückgelassen. Ein Angestellter des Hundezwingers bringt ihm täglich das Fressen und besucht ihn mehrmals Tag und Nacht. Nur der Urlauber darf nicht unverhofft zurückkommen – die Hunde würden wohl keinen Unterschied machen.

Ein Schild „Vorsicht, bissiger Wachhund" am Gartentor warnt jeden Eindringling. Der Preis *für den* Wachhund beträgt pro Tag 60 Mark oder 1665 Mark pro Monat, Hundefutter inbegriffen. Für die diesjährige Feriensaison sind die Toulouser Wachhunde bereits ausgebucht. „Dank der Anwesenheit eines solchen Hundes auf meinem Grundstück bin ich zum ersten Mal ruhig in die Ferien gefahren." Stoßseufzer der Erleichterung eines Villenbesitzers.

Allerdings gab es auch Beanstandungen. Nachbarn der von Hunden bewachten Villen fürchten um die Sicherheit ihrer Kinder, falls der Hund auskneifen sollte. Chirouze winkt ab: „Ein Wachhund greift nur an, wenn er provoziert wird. Auf der Straße läßt er alle in Frieden. Man muß sich schließlich etwas einfallen lassen, um Einbrecher zu vertreiben." Und schon weitet er das Hunde-Projekt *aus:* Nach dem Ende der Ferienzeit will der Ex-Privatdetektiv seine Vierbeiner Geldtransportunternehmen zum Schutz vor Überfällen anbieten. (SAD)

ZU GUTER LETZT ...

„Während andere über „Sexismus" diskutieren, machen sich die Liberalen konkrete Gedanken über die Gleichstellung von Mann und Frau." Einladung zu einer Pressekonferenz mit FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwätzer.